

5. Die Analyse des in den Fokusgruppen produzierten Materials¹

5.1 ZWISCHEN „COCOONING“² UND PRAGMATISMUS: FAMILIE UND WOHNEN

Eines der zentralen Themen der Mitte ist die Familie. Die Familie besteht in der Regel aus dem Lebensgefährten (ohne dass mit dieser Bezeichnung gleich eine bestimmte Familienform intendiert ist) und den Kindern. Umfasst jedoch ebenso Eltern, Schwiegereltern, die Partner der Kinder und gegebenenfalls die Enkelkinder. Wobei für die Jüngeren aus dem Sample Familie häufig die Herkunftsfamilie bedeutet, also Mutter, Vater und gegebenenfalls die Geschwister, während die Älteren an erster Stelle immer die eigenen Kinder und den Partner unter der Vokabel summieren. Interessant dabei ist, dass dies für die Älteren völlig unabhängig davon gilt, ob sie selbst Kinder haben oder nicht.

Die Familie ist *die* Bezugsgruppe der Mitte³ und bedeutet einen schützenden und bergenden Ort, an dem man sich von der Arbeit erholen kann, mit der man seine freie Zeit verbringt, die einen nach einem harten Arbeitstag umsorgt und

-
- 1 Im Folgenden stammen alle Zitate aus den erhobenen Fokusgruppen und sind den Transkripten entnommen. Es erschien an dieser Stelle nicht sinnvoll, den einzelnen Zitaten konkrete Sprecher aus den jeweiligen Untersuchungswellen zuzuordnen, da hier die Mitte an sich im Fokus steht.
 - 2 Ein Begriff aus der Sinus-Forschung. Vgl. exempl. Carsten Wippermann, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?, 2009.
 - 3 Dies gilt offenbar über die Mitte hinaus auch für andere Bevölkerungsgruppen. Vgl. Renate Köcher, Veränderte Einstellungen zur Familie, in: Dies. (Hg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, Bd. 12, Berlin 2007, S. 659-663, hier S. 659.

bei Schwierigkeiten wie ein Netz fängt und hält.⁴ Somit ist Familie „gelebte Solidarität“⁵. Die hier Befragten suchen größtenteils heile, harmonische Familienstrukturen, die Rückhalt und Schutz vor den raueren Praktiken der Außenwelt bieten, Stabilität und Ruhe garantieren; sie schaffen sich einen privaten Raum, mit kooperativen Beziehungsstrukturen und guten intergenerationellen Kontakten. Für die Mitte ist es wichtig, dass man sich auf die Familie verlassen kann, sich bei ihr geborgen fühlt. Die Familie schützt vor der „Welt da draußen“ und bietet gleichzeitig einen Ausweg aus dem Gehetzt-sein an. Ohne Familie und deren Unterstützung kann man – so sehen es zumindest die hier Befragten – den Anforderungen des Alltags kaum begegnen. Besonders wenn man aktiv ist und sich engagiert, ist die Unterstützung der Familie äußerst wichtig. Mit ihr muss man darüber reden können, was einen bewegt, sie muss einen bestärken und ist oftmals sogar Ansporn zu Aktivismus und Engagement.

Häufig wurde in den Fokusgruppen der Wunsch geäußert, eine „ganz normale“ Familie haben zu wollen, in der alles funktioniert, niemand krank ist, jeder sich einbringt, keiner „aus der Reihe tanzt“. Man ist stolz auf die gelungenen Kinder, die hilfsbereite Schwägerin und den finanziell aushelfenden Vater. Doch eine solch sichernde familiäre Struktur existiert nicht von allein. Sie muss aufgebaut und gepflegt werden. Alle Mitglieder sind gezwungen, viel und hart dafür arbeiten, dass es der familiären Gemeinschaft gut geht, genug Geld für die Hobbies, die Urlaube, die Autos, das Eigenheim vorhanden ist. Und dennoch ist ständig die Sorge präsent, dass die Familie auseinanderbricht, dass jemand krank wird oder verstirbt, dass man vom Partner betrogen oder verlassen wird, dass einem die Kinder im Alter die notwendige Hilfe verweigern könnten. Eine mögliche Ursache dieser Unsicherheit liegt womöglich darin begründet, dass viele selbst Teil einer zusammengesetzten Familie sind und die Fragilität dieses Bündnisses bereits durchlebt haben oder im Freundes- und Bekanntenkreis ständig von den „geplatzten Familienblasen“ hören. Auffällig ist, dass diese Befürchtungen besonders von jenen geäußert werden, die selbst Kinder haben. Die Verantwortung für die Familie, die Sorge um ihr Wohlergehen, lastet vor allem

4 So gaben auch in einer Allensbachumfrage mehr als 80 Prozent der Befragten an, dass Familie für sie ein soziales Netz sei, das im Krisenfall Unterstützung leistet. Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, Berlin 2009, S. 6.

5 (Hg.), Vorwerk Familienstudie 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2010, S. 6.

auf den Eltern der Mitte, strengt diese besonders an⁶ – wobei das Einkommen hier keinerlei Auswirkungen zu haben scheint. Während die Kinderlosen ebenso die Relevanz und Wertigkeit der Familie betonen, aber weniger unter den Zukunftssorgen für diese leiden.

Bisweilen bedauern die Befragten auch, dass die Großfamilie „heutzutage“ nicht mehr *den* Stellenwert einnimmt, für den sie noch vor einigen Jahrzehnten genuin prädestiniert war. Einige nehmen sich für diesen von ihnen konstatierten Niedergang auch selbst in der Verantwortung. Sie selbst hätten die Kontakte außerhalb ihrer eigenen Kernfamilie vernachlässigt, sie ahnen, dass ihre Mutter oder Großmutter selten anruft, weil sie nicht stören will und sie wissen, dass auch sie selbst weniger Kontakte pflegen, weil man abends nach einem langen Tag einfach keine Kraft mehr dafür hat. Daneben geben sie auch den „Strukturen“ die Schuld am Auseinanderbrechen der Familien. So wohnen die Kinder beruflich bedingt nur noch selten in den gleichen Städten wie die Eltern. Die attraktive Ausbildungsstelle gab es nur in einem anderen Bundesland, für den besser bezahlten Job muss der Vater jetzt wöchentlich von Hannover nach Stuttgart pendeln. Daneben macht die Mitte für den Bedeutungsverlust der Familie auch „die anderen“ verantwortlich, die ihre Kinder nicht mehr „familienbewusst“ erziehen würden. Schließlich sehen sie eine Ursache für den Bedeutungsverlust der Familie im allgemeinen Wandel der Zeit. Alles sei schnelllebig geworden, man nehme sich keine Zeit mehr füreinander und in der Folge brechen die familiären Strukturen auseinander. Sich selbst möchten die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte eigentlich hiervon ausnehmen. Sie wünschen sich, dem Gehetzt-sein entfliehen und die familiären Beziehungsstrukturen mehr pflegen zu können, sodass den eigenen Kindern die „heile Familienwelt“ erhalten bleibt. Im Grunde sind sie davon überzeugt, dass ihnen all das gelingt.

Auffällig ist, dass es für die Familie und deren tragende, Sicherheit vermittelnde, Funktion keinen Ersatz zu geben scheint. In der Frage eines stützenden Netzwerkes gelten Freunde und Bekannte lediglich als Reserve. Und rücken nur dann in die vorderste Reihe auf, wenn die betreffende Person selbst nicht in familiäre Strukturen eingebunden ist. Häufig traf dies auf junge Menschen zu, die bei dieser Gelegenheit jedoch beinahe ausnahmslos betonten, in Zukunft eine

6 Hierzu passen auch die Ergebnisse einer Allensbachumfrage, nach der Familie noch immer als das Ziel aller Lebensformen gilt, damit jedoch nicht immer zwingend persönliches Glück assoziiert wird. Immerhin glaubten im Jahr 1953 noch 78 Prozent, dass man eine Familie zum glücklich sein braucht, im Jahr 1999 nur noch 63 Prozent. Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, 2002, S. 114.

eigene Familie gründen zu wollen. Doch selbst überzeugte Singles oder kinderlose Gesprächspartner thematisierten die Relevanz des familiären Netzwerkes. Niemand unter den insgesamt über zweihundert befragten Personen formulierte, dass er Familie für unwichtig halte und auf diese verzichten könne, weil ihm Arbeit und Freunde genug seien oder es doch andere gesellschaftliche Ersatzstrukturen gebe. Dieses Ergebnis wird auch durch repräsentative Längsschnittanalysen bestätigen: „Das Bewusstsein für den Wert der privaten Netze und insbesondere für die, durch familiäre Beziehung auf Dauer angelegten Netze ist stärker geworden.“⁷

Lediglich ein einziger Teilnehmer einer Gruppendiskussion in Bielefeld bekannte, dass seine Familie weit weg wohne und er sich deshalb in einer Notsituation auf die Nachbarschaft verlassen müsse. Diese Aussage steht auch exemplarisch dafür, wie bedeutungsvoll den Vertretern der Mitte eine „gute Nachbarschaft“ und eine hohe Lebensqualität in ihrem Wohnquartier sind. Zur Lebensqualität zählen vor allem eine gut ausgebaute Infrastruktur, ein vielfältiges kulturelles Angebot, das Vorhandensein guter Bildungseinrichtungen und ein lebendiges Stadtzentrum. Besonders die älteren Teilnehmer der Befragung betonen die Notwendigkeit einer funktionierenden Infrastruktur, die sich nicht nur durch ein gut getaktetes Netz von öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern auch durch eine ausgewogene Einzelhandelsversorgung ausweist. Die Dinge des täglichen Bedarfs sollten fußläufig erreichbar sein, die städtischen Zentren nicht ausschließlich durch Handelsketten und Franchiseunternehmer dominiert werden. Vor allem in den kleineren Städten und ländlichen Gebieten müsse die Politik dafür sorgen, dass die Versorgungsstrukturen aufrechterhalten werden. Hier wünschen sich zumindest die Befragten der älteren Mitte ein Tätigwerden der Politik.

Daneben legt die Mitte Wert auf soziale Kontakte und den Austausch mit der möglichst homogenen Nachbarschaft.⁸ Man möchte „ohne Probleme durch das Viertel gehen“ können, ist stolz darauf, dass man „aufeinander achtet“, betont die Solidarität mit den Menschen aus dem Haus oder in der Straße. Falls sich mit ihnen keine Verbindungen ergeben, macht man häufig die Andersartigkeit der Mitbewohner dafür verantwortlich und bedauert diese anonyme Art zu leben. Aus einem Umfeld, dem sich die Befragten zugehörig und verbunden fühlen,

7 Renate Köcher, *Veränderte Einstellungen zur Familie*, 2007, S. 660.

8 Vgl. auch *Soziale Segregation und sozialer Raum*, Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse, Eine Studie im Auftrag des vhw-Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V., o.O., 2008.

ziehen sie nur ungern wieder weg. Dies gilt nur dann nicht, wenn innerhalb des Wohnumfeldes eine anerkannte Bildungseinrichtung für die schulpflichtigen Kinder fehlt oder wenn die Grenzen zum nächstgelegenen sozial schwächeren Viertel fließend werden. Die Mitte bedarf offenbar einer homogenen Nachbarschaft, als Ort, um soziale Kontakte zu knüpfen, aber auch als Rückversicherung für ihren eigenen Lebensweg.⁹ Denn hier kann man sich orientieren und sich gleichzeitig dadurch ein wenig entlasten.¹⁰ Abweichungen nach oben oder unten werden von den Befragten eher als störend wahrgenommen. So führen die einen den Individuen aus der gesellschaftlichen Mitte tagtäglich vor Augen, was sie selbst womöglich nie erreichen wird, während die anderen den Verfall der eigenen Wert- und Moralvorstellungen dokumentieren. Und eben diese sind, so mutmaßt die Mitte, infolgedessen durch den Einfluss der „Unterschicht“ auf ihre eigenen Kinder bedroht.

Wenn es ihnen möglich ist, wohnen die Mitte-Menschen nicht in der Hamburger City oder in Berlin-Mitte, höchstens an den Rändern solcher Großstädte oder in der Provinz, auf dem Land und in Kleinstädten mit weniger als 100.000 Einwohnern. Dort sind sie entweder bei der Suche nach einem Eigenheim für ihre junge Familie angekommen oder leben schon immer in dem Haus ihrer Eltern. Das Eigenheim ist eine Kapital- und Wohnform, ja: schon beinahe Ausdruck einer Lebenseinstellung. Oftmals betonen die in der Studie interviewten Männer – obwohl sie weder Dachdecker noch Klempner oder gar Maurer sind – das Haus „selbst gebaut“ zu haben. Im Wohneigentum – und das ist den Befragten vor allem im Alter wichtig – lässt es sich verhältnismäßig unbeschwert leben. Beständiges Nachdenken über mögliche Mieterhöhungen oder darüber, ob man die Mietzahlung auch in Zukunft im Alter wird aufbringen können, sind so obsolet. Sofern es möglich ist, leben die Vertreter der Mitte gemeinsam mit den Eltern, Schwiegereltern oder Kindern unter einem Dach. So können die Lasten der Finanzierung geteilt, der Alltag gemeinsam organisiert und sich die Arbeit rund um Haus und Garten geteilt werden. Die im Zusammenhang mit einem Eigenheim beständig anfallende Arbeit gilt den Wenigsten als Last, sondern mehr als Entspannung, Kurzweil, Abwechslung vom Arbeitsalltag. So schafft sich die Mitte häufig ein liebevoll und behaglich eingerichtetes Refugium mit Garten.

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. zu diesem Zusammenhang auch Torben Lütjen, Monologe in der Echo-Kammer. Wisconsin und die ideologisch-geographische Balkanisierung Amerikas, in: INDES, H. 1/2013, S. 116-127.

Die familiären Räume sind zwar Rückzugsorte, aber keine Zufluchtsstätten. Die Mitte versteckt sich nicht ängstlich hinter ihrer Familie sondern versucht, den gesellschaftlichen Anforderungen durch zaghaftes Herantasten an unkonventionellere Lebensformen zu begegnen. Weder die Karrierefrau mit Kindern, noch das Alleinverdienermodell sind für sie Orientierung bietende Strukturen. Gerade für die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte scheinen sich althergebrachte und vormals Sicherheit gebende Rollenvorbilder aufzulösen, während neue Visionen für ein Zusammenleben kaum entwickelt werden können.¹¹ Väter und Mütter versuchen, sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen: während er gelegentlich und wenn es möglich ist, etwas weniger arbeitet, die Kinder auch mal an einem Nachmittag in der Woche vom Kindergarten abholt und sporadisch das Essen kocht, arbeitet sie halbtags oder geht ein paar Stunden in der Woche einer Tätigkeit nach, um das Familieneinkommen aufzubessern, aus dem Job nicht ganz herauszufallen, ihre Selbstständigkeit zu bewahren. Je nach Lebensabschnitt und individuellen Erfordernissen müssen innerhalb der Mitte-Familien die Aufgaben und Rollen immer wieder neu überdacht und verhandelt werden.¹² Hier wünscht sich die Mitte häufig mehr Unterstützung durch den Staat und die Politik.¹³ Doch auch die Gesellschaft an sich sollte ihren Teil beitragen. So hofft man auf verständnisvollere Kollegen¹⁴ oder kinderfreundlichere Restaurants, auf Räume, die Familien insgesamt willkommener heißen. Immerhin empfindet ein großer Teil der Befragten und laut einer repräsentativen Umfrage auch beinahe zwei Drittel der gesamten Bevölkerung, dass das Land nicht kinderfreundlich ist.¹⁵

Gerade weil die Mitte Arbeit und Familie nicht nur besser „unter einen Hut bekommen will“, die Alltäglichkeiten nicht nur bewältigen und managen möch-

11 So auch: Carsten Wippermann, *Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?*, 2009, S. 34, 46.

12 Ebenso Carsten Wippermann, *Wege zur Gleichstellung heute und morgen*, 2007, S. 21.

13 Vgl. auch Katha Wippermann u. Carsten Wippermann, *Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern. Einstellungen, Erfahrungen und Forderungen der Bevölkerung zum „gender gap“*, Osnabrück 2008, S. 35.

14 So sieht nicht nur allein die Mitte die Unternehmen in der Pflicht, mehr Betreuungseinrichtungen für die Kinder der Mitarbeiter anzubieten. Laut einer repräsentativen Umfrage wünschen sich dies immerhin 78 Prozent aller Deutschen. Vgl. *Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009*, 2009, S. 18.

15 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, 2002, S. 664.

te, sondern bewusst gestalten, in persönlicher Zufriedenheit und zum Wohlergehen aller Beteiligten sorgenfrei das Dasein genießen möchte, wünschen sie sich einerseits unterstützende Strukturen wie mehr Betreuungseinrichtungen für Kinder oder ein besseres Finanzierungsmodell für die eigene Betreuung und andererseits weniger gesellschaftliche Regeln und Normen. Die Befragten möchten ein für sie verträgliches Modell finden, ohne dass man sich im Beruf rechtfertigen muss, warum man nur einhundert, statt zweihundert Prozent Einsatz zeige, ohne dass man vor der Nachbarin erklären muss, warum die Kinder einmal in der Woche in den Hort gehen, ohne dass man als Mutter bemitleidet wird, wenn man ganz aus dem Berufsleben aussteigt. Dafür ist das traditionelle Familienbild schon lange keine typische Selbstverständlichkeit mehr für die bundesdeutsche Mitte.

Ganz im Gegenteil: selbstverständlich scheint es zu sein, dass Kinder in den Kindergarten gehen – sofern die Eltern es möchten, dass Mütter Vollzeit tätig sind – wenn sie ein handhabbares Modell finden, dass man nicht den eingefahrenen Rollenbilder folgt, die die eigenen Eltern noch vorgelebt haben, weil man in der individuell arrangierten Flexibilität zufriedener ist. Dass die berufliche Tätigkeit von beiden Elternteilen selbst bei kleineren und schulpflichtigen Kindern nicht ausschließlich aus der ökonomischen Notwendigkeit heraus praktiziert wird, zeigen auch die Aussagen derjenigen, die hier als obere Mitte bezeichnet werden. Selbst jene verteufeln nicht die außerhäuslichen Betreuungsangebote, sondern setzten sich mitunter vehement für diese ein. Und schließlich scheint das Eintreten für einen Elternkindergarten oder flexible Betreuungsstrukturen in der Vergangenheit mitunter ein Auslöser für Engagement gewesen zu sein. Auch wenn laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage das dominierende Ideal des Frauenbildes eine Verbindung aus Mutterrolle und Teilzeitbeschäftigt ist, führt die Mitte schon lange keine Grabenkämpfe mehr um ein vermeintlich richtiges Modell. In den 23 durchgeführten Fokusgruppen und 13 Einzel- und Doppelinterviews fiel nicht einmal das Wort „Rabenmutter“ im Zusammenhang mit einer arbeitenden Mutter von Kindern im betreuungspflichtigen Alter.¹⁶ Auch Alleinerziehende werden nicht mehr – zumindest wird es so verbalisiert – als abseits von der Mehrheitsgesellschaft stehende Gruppe betrachtet: „Das ist ein unheimlich positiver Fortschritt, dass man als Alleinerziehende nicht mehr wie eine Aussätzige behandelt wird.“

Dennoch: Die gesellschaftliche Mitte ist kein Experimentierfeld für neue Rollenverteilungen oder gar ein Vorreiter bezüglich alternativer innerfamiliärer

16 Auch das Wort „Rabenvater“ kam nicht einmal vor.

Arbeitsteilungen. Immerhin waren einige der hier befragten Frauen jenseits der Pensionsgrenze als Mutter- und Hausfrau von der klassischen Erwerbstätigkeit befreit. Unter den Männern fand sich diesbezüglich nicht ein Vertreter, allerdings waren zwei alleinerziehende Väter im Sample vertreten. Der Wandel des Familien- und Ehebildes wird demzufolge nicht nur als Verlust, dem man nachtrauert, wahrgenommen, sondern man geht diesen Prozess aktiv an und gewinnt ihm überdies positive Seiten ab. So bedauern die Befragten beispielsweise den Werteverlust des Eheversprechens und die steigenden Scheidungsraten. Sehen jedoch gleichzeitig den darin enthaltenen fortschrittlichen Aspekt, dass Frauen gegenwertig weder wirtschaftlich, noch sozial ausschließlich vom Ehemann abhängig sind. Interessant ist, dass nicht nur Frauen sondern auch Männer den positiven Aspekt der Entwicklung verbalisieren.

Die flexiblen und individuellen Aushandlungsprozesse innerhalb der Familie würden jedoch noch besser funktionieren, wenn so – die Befragten – Männer und Frauen bezüglich der Entlohnung finanziell gleichgestellt wären. Hier sieht die Mitte eindeutig die Politik in der Verantwortung, die auf die privatwirtschaftliche Unternehmenskultur einwirken müsse. Schließlich sind – und auch das ist inzwischen bei den hier befragten Vertretern der gesellschaftlichen Mitte angekommen – Männer und Frauen gleich gut ausgebildet, verfügen in Partnerschaften häufig über einen gleichwertigen Bildungsabschluss, sind intellektuell einander ebenbürtig. Diese Erkenntnis und vor allem die Schlussfolgerung daraus müssten sich letztlich nur noch in der Arbeitswelt durchsetzen.

All diesen in den Fokusgruppen geäußerten gleichberechtigten Wunschkonstellationen und Idealbildern zum Trotz, bringen Frauen noch immer mehr Arbeitskraft, Zeit und Engagement für die Familie auf. Sie kümmern sich nicht nur mehr um den Haushalt und die Kinder, sondern pflegen die Eltern oder sorgen sich um die kranken Geschwister des Mannes. Dieses Übermaß an Verantwortung sind sie auch deshalb bereit zu übernehmen, weil ihnen das „Eingebettetsein in die familiäre Gemeinschaft“ mehr bedeutet als den Männern.¹⁷ Dabei sind

17 Jutta Allmendinger, Frauen auf dem Sprung, die BRIGITTE-Studie 2008. Die Lebensentwürfe junger Frauen in Deutschland im Alter von 17 bis 19 und 27 bis 29, Eine repräsentative Untersuchung im Auftrag der Zeitschrift BRIGITTE in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum in Berlin für Sozialforschung und dem Sozialforschungsinstitut infas, Hamburg 2008, S. 9. So betonen in einer repräsentativen Umfrage auch mehr als drei Viertel der Befragten, dass sie den familiären Zusammenhalt als „sehr eng“ oder „eng“ bezeichnen würden, wobei Frauen mit Kindern unter 18 Jahren immerhin zu fünfzig Prozent das Verhältnis aus „sehr eng“ beschrieben, Män-

die befragten Frauen der Mitte diejenigen, die über ein weitreichendes Netzwerk verfügen, organisiert sind, verschiedenste Dinge miteinander koordinieren. All dies kann manchmal höchst anstrengend, anspruchsvoll und kräftezehrend sein. Doch die Frauen erlauben es sich selten, Schwächen zu zeigen, sondern signalisieren scheinbar selbstbewusst, dass sie den Beruf, den Haushalt, die Sorge um die Familienmitglieder gleichzeitig bewerkstelligen können.

All dies würde selten funktionieren, wenn die Mütter und Väter beziehungsweise Omas und Opas nicht als Stützen innerhalb dieses Netzwerkes agieren würden – dies gilt insbesondere dann, wenn beide Eltern berufstätig sind oder einer gar alleinerziehend ist. An diesem häufig kooperativ zusammenarbeitenden Familiennetzwerk ist auch ersichtlich, dass die gegenwärtige Mitte nicht gegen ihre Eltern rebelliert, sich von diesen auf der Suche nach dem richtigen Leben nicht absetzt, sondern sich mit dem von ihnen in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs erreichten Lebensstandard misst. Überdies müssen die im zweiten, dritten und vierten Lebensjahrzehnt stehenden Kinder häufig auf ihre (Schwieger-) Mütter und Väter zurückgreifen. Die Omas und Opas springen nicht nur bei der Kinderbetreuung ein, sondern helfen auch bei ökonomischen Engpässen aus, finanzieren gerne kleinere oder größere Extras, weil sie es sich leisten können und sich gleichzeitig wünschen, dass es den Kindern gut geht. Laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage unterstützen zwei Drittel der Großeltern ihre Kinder öfter oder ab und zu bei der Elternarbeit.¹⁸ Immerhin ein Drittel springt finanziell ein¹⁹. Schließlich findet sich in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren der größte Anteil Vermögender. Somit sind heute die zwischen 1940 und 1950 Geborenen auch ein Garant der Sicherheit, nach der sich die Mitte der Gesellschaft sehnt.

nern hingegen nur zu 35 Prozent. Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, 2009, S. 6.

18 Vorwerk Familienstudie 2009. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Wuppertal 2009, S. 7.

19 Ebd. S. 50.

5.2 BILDUNGSANSTRENGUNGEN UND BILDUNGSVERSPRECHEN

Die Kindheit der Mitte ist organisiert und kontrolliert. Und vor allem: sie findet zu Hause, im Einflussbereich der Familie statt. „Straßenkinder“, wie die heutigen Mitte-Eltern womöglich selbst noch welche waren, sind zumindest gegenwärtig keine akzeptierten Freizeitformen mehr für ihre Kinder. Ganz im Gegenteil: Es sind immer die bedauernswerten Kinder der „anderen“, die an den Bushaltestellen stehen und „nichts mit sich anzufangen wissen“, die „aus Langeweile Blödsinn machen“, womöglich kriminell werden. Bezüglich ihres eigenen Nachwuchses sind die befragten Eltern äußerst erwartungsvoll und ängstlich zugleich. Die Mitte vertritt das Leitziel einer guten und gelungenen Erziehung, die ihren Kindern einen optimalen Start in das Bildungsleben ermöglichen soll. Daher suchen sie nach den für die kleinkindliche Betreuung und später für das Lernen zuständigen besten Institutionen, die gleichzeitig den eigenen, flexiblen Lebens- und Arbeitsentwürfen möglichst gerecht werden.

In die Zukunft ihrer eigenen Kinder²⁰ investieren die Eltern ungemein viel. Auch wenn Mutter und Vater arbeiten, möchten sie für ihre Kinder da sein und sind darum bemüht, sie zu unterstützen, zu fördern, gelegentlich auch zu überfordern. Dabei ist das Belegen von Kursen mit Kleinkindern schon beinahe obligatorisch. Babymassage, Wassergewöhnung, Delfi, PEKiP – die Frühförderung unter Anleitung dient auch der Selbstvergewisserung, die Entwicklung ihrer Kinder optimal unterstützt zu haben. Englisch im Kindergarten ist ein Muss, das gilt auch für die musikalische Früherziehung und den Sportverein. Dabei werden die besten Angebote herausgesucht, miteinander verglichen und irgendwie in den stressigen Arbeitsalltag integriert. Denn schließlich begleiten die Eltern ihre durchaus schon selbständigen Kinder nicht selten zu solchen Angeboten, nicht nur um ihnen durch die Fahrt mit dem Auto den Bus oder Fußweg zu ersparen, sondern auch um ein Auge auf die Entwicklungsfortschritte der Sprösslinge werfen zu können.

Daneben wünschen sich die Befragten in den staatlichen Institutionen eine weitgehend kostenlose Betreuung und Bildung ihrer Kinder – unter wachsendem Standard. Sie fordern eine bessere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, eine bessere Ausstattung der Einrichtung und eine besserer Auswahl der Inhalte.

20 Wobei hier 60 Prozent der repräsentativ Befragten zwei Kinder noch immer für die ideale Zahl halten, vgl. Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009. Bd. 12, Berlin 2007, S. 668.

Die Kinder sollten „mehr für das Leben“ und weniger „Faktenwissen“ lernen. Besonders die Teilnehmer der Proteststudie betonten in diesem Zusammenhang, dass die Schule ihre Verantwortung für „das Demokratie-Lernen“ vernachlässigt und dass diesbezüglich vor allem bei den nicht-gymnasialen Schultypen nachgebessert werden muss.

Außerdem empfinden es viele Eltern als Farce, als lächerlichen Slogan, wenn Deutschland als eine „Bildungsrepublik“ angepriesen wird. Schließlich sehen sie bei ihren eigenen Kindern, in was für einem maroden Zustand die Sporthallen sind, wie wenig über die Konsequenzen von Schulreformen nachgedacht wird, welche Investitionen in das Bildungssystem nicht geleistet werden. Vor allem von Gesprächspartnern der unteren Mitte und denjenigen aus der Mitte der Gesellschaft wurde am bestehenden staatlichen System die heftigste Kritik geäußert. Sollte es bei ihren Kindern widererwartend zu Entwicklungsverzögerungen, Misserfolgen in der Schule oder privaten Entgleisungen und Fehltritten kommen, stehen – so sind zumindest die Äußerungen in den Fokusgruppen zu interpretieren – immer die anderen in der Verantwortung und Schuld. Die in diesem Zusammenhang höchst engagierter Mitte zieht selbst in den wenigsten Fällen in Betracht, bei den Kindern und ihrer Erziehung Fehler gemacht oder gar versagt zu haben. All die oftmals konstatierten schlechten Eigenschaften der heutigen Jugend gehen auf das Konto der Erzieher und Lehrer, des Systems, des Zeitgeistes und des schlechten Umgangs. Und obwohl die Mitte der Gesellschaft, die immerhin in der subjektiven Wahrnehmung (und abhängig von den angewandten Indikatoren im Grunde auch nach objektiven Maßstäben) die Mehrheit der Bevölkerung stellt, sieht sie sich hier nicht in der Pflicht.

Dem konstatierten „Bildungsnotstand“ des staatlichen Schulsystems zum Trotz artikulierte kein Fokusgruppenteilnehmer, dass der Besuch einer Privatschule eine Alternative darstellt. Unbesehen der anhaltenden Debatten über eine angebliche Schulflucht in private Einrichtungen ist die hier befragte Mitte im Kern offenbar von der Leistungsfähigkeit der staatlichen Bildungseinrichtungen überzeugt. Weder in den Fokusgruppen noch anhand anderer Befunde kann ein Hinweis darauf gefunden werden, dass dem staatlichen Schulsystem massenhaft der Rücken zugekehrt wird. Obwohl es im Jahr 1992 lediglich 226 private Grundschulen in der Bundesrepublik gab, und diese Zahl im Jahr 2009 bereits auf 669 anstieg²¹, sind all dies noch keine eindeutigen Indikatoren für eine massenhafte Abwanderung in den privaten Bildungssektor. Immerhin vermeldete der

21 Zahlen nach Steffen Mau, Lebenschancen, 2012. S. 160.

Berliner Bildungsbericht 2010, einen Bestand von rund 500 staatlichen Grundschulen allein in der Bundeshauptstadt.²²

Ein Schritt zur Qualitätssicherung des Bildungssystems aus der Perspektive der Befragten ist offenbar die sogenannte Pisa-Studie. Die seit dem Jahr 2000 unter den Mitgliedsstaaten der OECD durchgeführte internationale Untersuchung bewirkte zunächst einen Schock über die vermeintlich desaströsen Lesefähigkeiten der 15-Jährigen, scheint aber gegenwärtig vor allem durch die nationale Erweiterung unter Einbeziehung des Bundesländervergleiches einige Eltern zu beruhigen. So nehmen die Fokusgruppenteilnehmer die Ergebnisse der Pisa-Untersuchung als seriös und normierend wahr. Besonders wenn ihr Bundesland im Vergleich zu anderen besser abschneidet, halten die Befragten dies für einen Beleg der Leistungsfähigkeit der Schulen ihrer Kinder. Aber alles in allem sorgt die Pisa-Erhebung während des Untersuchungszeitraumes nicht für große Aufregung unter den Eltern. Auffällig ist jedoch, dass die Studien nur von den Vertretern der unteren Mitte thematisiert wurden. Hier besteht offenbar ein größeres Bedürfnis nach externen, Orientierung bietenden Strukturen.

Je gebildeter die Befragten sind und je höher ihre Berufsposition ist, desto weniger wird Bildung von ihnen als Bring-, denn als Holschuld betrachtet. Die obere Mitte nimmt sich und die Eltern bezüglich der Kinder häufiger in die Verantwortung. Sie schreibt nicht sämtliche Fehlentwicklungen dem Versagen des chronisch unterfinanzierten Bildungssystems, den schlecht ausgebildeten und wenig motivierten Lehrern zu, sondern nimmt ebenso die Familien in Haftung. Erziehung ist für jene mehr Aufgabe des Elternhauses, denn der Einrichtungen und Institutionen. Sie sehen sich selbst als diejenigen, die weder in der Erziehung noch der Setzung entsprechender Stimuli für die Bildung ihrer Kinder versagen dürfen. Und je ressourcenstärker die Eltern der gesellschaftlichen Mitte sind, desto sicherer sind sie, ihre Kinder für „die Welt da draußen“ fit gemacht zu haben und befürchten weniger Tragiken und Schicksalsschläge für ihren Nachwuchs.

In diesem Zusammenhang scheint neben dem Einkommen und der individuellen Berufsposition, auch die Erwartung an die Zukunft beeinflussend zu wirken. Denn vor allem diejenigen der oberen Mitte, die am wenigsten Unsicherheit bezüglich ihrer persönlichen Zukunft und der Gesellschaft äußern, vertreten vehement die These, dass Bildungserfolge ausschließlich an das Elternhaus gekoppelt sind und keinesfalls von den Strukturen und äußeren Einflüssen ab-

22 Vgl. o.A., Bildung in Berlin und Brandenburg 2010. Ein indikatorgestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf, Berlin 2010, S. 110.

hängen. Auf alle anderen Studienteilnehmer trifft dieser Zusammenhang nicht zu. Aus der Perspektive der zukunfts gewissen Ressourcenstarken sind es immer nur „die anderen“, die auf gute staatliche Bedingungen angewiesen sind, während sie sich selbst um ihre Kinder kümmern können. Dies ist dann letztlich auch eine der Abwertungsstrategien, mit der – zumindest Vertreter dieses Segments der gesellschaftlichen Mitte – ihre soziale Position verteidigen wollen. Sieht man die Verantwortung für die Bildung in eigener Hand, haben bei den „Bildungsarmen“ letztlich die Individuen versagt und nicht systemische Mechanismen. In der Konsequenz fühlt man sich für diese womöglich auch nicht mehr in der Pflicht beziehungsweise übersieht gemeinschaftliche Verantwortlichkeiten.

Doch diese radikale Schlussfolgerung wird nicht durch das Material bestätigt. In den Fokusgruppen konnte eine aktive Selbstentnahme aus den staatlichen Bildungsinstitutionen nicht beobachten werden. Ganz im Gegenteil: vor allem diese zukunfts gewissen, obere Mitte betonte in den Diskussionen immer die Notwendigkeit einer guten *staatlichen* frühkindlichen Erziehung und Bildung, gerade für all jene Kinder, denen diese Möglichkeiten im Elternhaus nicht gegeben werden können. Darüber hinaus nimmt sich dieser Teil der Befragten auch selbst in die Pflicht. Sie wollen, wie sie es formulieren, damit der Gesellschaft „wieder etwas zurückgeben“. Schließlich hat diese die eigene gute Ausbildung finanziert, welche letztendlich die Basis für den empfundenen persönlichen Erfolg bildet. Ob auch in Zukunft die Mitte insgesamt ähnlich wie die Befragten weiterhin am herkömmlichen Schulsystem festhält und worin genau die Ursachen für diese Beharrlichkeit liegen, muss aufgrund des Untersuchungsdesigns ungewiss bleiben.

Doch gerade weil die Eltern derzeit, sei es, weil der Finanzierungsspielraum zu gering ist oder ein passendes Angebot in der Nähe fehlt, ihren Nachwuchs in staatliche Einrichtungen schicken, überlassen sie nichts dem Zufall, sondern begleiten die Bildungslaufbahn ihrer Kinder minutiös.²³ Man gibt die Tochter oder den Sohn nicht *irgendwo* hin. Nur weil der Kindergarten drei Straßen weiter ist, wird er nicht automatisch präferiert. Die Eltern prüfen die Institutionen genau, die für ihre Kinder in Frage kommen und haben große Erwartungen an das persönliche Engagement der Erzieher, Betreuer und Lehrer. So wägen sie ab,

23 Eine Ursache mochte bereits Charles Wright Mills vor mehr als sechzig Jahren erkannt haben mit seiner Feststellung, dass die Mitte eben nicht mehr Besitz und Vermögen sondern nur noch Bildung und Titel zu vererben habe und daher hier alle Anstrengung konzentrierte. Vgl. Charles Wright Mills, *White Collar. The American Middle Class*, Oxford 1951.

zwischen dem erwarteten „Umgang“ in der in Frage kommenden Einrichtung, zwischen dem „guten Ruf“, dem besonderen Modell. Mit den Kindern dürften zwar keine „Experimente“ veranstaltet, jedoch sollten neue – sich bewährte – Entwicklungen und Konzepte schon angeboten werden. Dabei schauen die Eltern den Lehrern im Elternrat engagiert über die Schulter, kontrollieren die Hausaufgaben ihrer Kinder, fahren sie – falls sie den Leistungserwartungen nicht gerecht werden – zur Nachhilfe. Die Eltern der Mitte erleben das hiesige Bildungssystem als ausgesprochen reformbedürftig und anstrengend. Ein System, dass die Eltern nicht ent- sondern belastet²⁴.

Obwohl in Deutschland der Schulbesuch kostenlos ist und derzeit nur noch in Bayern und Niedersachsen Studiengebühren erhoben werden, haben die Eltern in der Mitte der Gesellschaft das Gefühl, dass „richtig gute Bildung“ in Deutschland kostspielig ist. Denn besondere Förderung, der Musikunterricht, die Sprachförderung oder der Chinesischunterricht sind teuer, besonders wenn eine umfassende Bildung und Ausbildung solcher Art mehr als einem Kind ermöglicht werden soll. Dabei vertritt die untere Mitte weitaus häufiger und vehementer die Meinung, dass hochwertige Bildung an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern gebunden ist, während hingegen die obere Mitte mehr solche Aussagen tätigt, dass Bildung an den individuellen Fähigkeiten und Talenten hängt.

Gleichzeitig erwartet die Mehrzahl der Eltern, dass sich die Investitionen an Zeit und Geld in ihre Kinder auszahlen und stellt unbemerkt höchste Anforderung an deren Aufnahmebereitschaft und Leistungsvermögen: Dreisprachig, Abitur – aber nicht auf einem „Allerweltsgymnasium“ – ein sich daran anschließendes Studium – alles darunter wäre eine Enttäuschung, denn in den Augen der Mitte-Eltern garantieren nur höchste Bildungszertifikate Planungssicherheit und einen angemessenen Platz in der Arbeitswelt. Wenn die Kinder dies leisten, nach dem Studium auch die finanzielle Unabhängigkeit erlangen, tragen sie ihren Teil zu einer „gut funktionierenden Familie“ bei. Die Mitte möchte gerade im Bildungsbereich nicht Mittelmaß bleiben, sondern hat die Forderung angenommen, kreativ, exzellent und vor allem leistungsbereit zu sein.²⁵

Ob das Bildungssystem positiv oder negativ bewertet wird, hängt offenbar mehr von den Zukunftserwartungen der befragten Individuen als von ihrem Status ab. Gerade diejenigen, die der Gesamtgesellschaft glänzende positive Aussichten für die künftigen Jahre bescheinigen, die individuelle Zukunft jedoch in einem ausgesprochen negativen Licht sehen, fühlen sich und ihre Kinder

24 Heinz Bude, *Bildungspanik. Was unsere Gesellschaft spaltet*, München 2011, S. 14.

25 Detlef Josczo, *Lob des Mittelmaßes*, 2004, S. 86-90.

durch das bestehende unzulängliche Bildungssystem abgehängt. Die Gruppe der vom gesellschaftlichen Aufstieg gefühlt Abgehängten hat den Eindruck, dass in der Bildungspolitik etwas schief läuft und ihre Kinder, obwohl sie sich anstrengen und alles geben, es womöglich nicht schaffen könnten.

Dennoch bleiben sie innerhalb der vorgegebenen Systemlogik und rebellieren nicht dagegen: Die frustrierten Mitte-Eltern geben den Anspruch nach einem höchstmöglichen Bildungszertifikat für ihre Töchter und Söhne nicht auf. Dies mag an einem spezifischen gesellschaftlich-hegemonialen Diskurs oder an den fehlenden Alternativen und Perspektiven liegen. Aus einer volkswirtschaftlichen Sichtweise heraus, die in den öffentlichen Debatten keinesfalls zu unterrepräsentiert ist, sind die harten Bildungsanstrengungen der breiten Bevölkerung eine Zukunftsinvestition, die letztlich dem gesamten Wirtschaftssystem zu Gute kommen. Gerade weil die gesellschaftliche Mitte nach Bildung strebt, auf bestmögliche Ausbildung bedacht ist, bekommt sie hier einen volkswirtschaftlichen Nutzen zugeschrieben.²⁶ Diesen wiederum übernimmt die Mitte unterhinterfragt: „Wenn wir mehr Geld in Bildung investieren, könnten wir die Straßen mit Blattgold belegen.“ Dass sie damit gleichzeitig Druck auf sich selbst ausüben beziehungsweise ihn zumindest nicht von sich weisen, bleibt einem Großteil offenbar verborgen. Denn sie haben diese hohen Ansprüche bezüglich der Bildungsanstrengungen in ihren eigenen Erwartungshorizont transferiert.

„Bildung“ heißt für die Mitte nicht mehr ein Zehnte-Klasse-Abschluss mit anschließender Ausbildung. Bildung bedeutet für sie Schule, möglichst mit acht- oder neunjähriger Gymnasialzeit, vielleicht einer guten Ausbildung, damit man „etwas Solides“ hat, und einem Studium. Dieser Bildungsweg ist nicht mehr das Besondere, Außergewöhnliche, höchstmöglich Erreichbare, sondern der Standard-Weg, unter dem, so empfinden es zumindest die Befragten, man kaum noch anzutreten braucht. Die gesellschaftliche Mitte grenzt sich nicht – wie Steffen Mau es formuliert – gegen Haupt- und Sonderschulen ab, schon die Demarkation zur Realschule wird, wenn auch nicht immer verbalisiert, aber im Grunde ständig mitgedacht.²⁷ Die Vertreter der Mitte möchten innerhalb des Bildungssystems auf den zu verteilenden Rängen kein Mittelmaß einnehmen. Das Studium an sich scheint für sie beinahe eine Pflichtveranstaltung zu sein – wenn es irgendwie intellektuell und finanziell möglich ist. Dabei muss man zielgerichtet vorgehen, darf sich kaum noch ausprobieren, treiben lassen, muss möglichst den straffen Studienplan durcharbeiten, und sich dem getakteten Stundenplan erge-

26 Vgl. Steffen Mau, *Lebenschancen*, 2012, S. 42.

27 Vgl. ebd. S. 97.

ben. Ein Umstand, den die Befragten zwar gelegentlich bedauern, dem sie sich aber letztlich fügen.

Aber auch bezüglich ihres Studiums geben sich die von uns Befragten keinerlei Illusion hin: Sie wissen, dass ihnen der Abschluss eines Standardstudiums keine lebenslange Anstellung mehr garantiert. „Ich bin BWLerin. Wir sind 500 Leute im Hörsaal. Wie wollen sie diese Leute im Job alle unterbringen? Hätte ich nicht so viel vor und in meinem Studium gemacht, wäre ich auch nicht untergekommen. Ein Standard-BWLER ist nichts.“ Auch wenn die Mitte konstatiert, dass man mit einem Hochschulstudium zwar immer noch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat als ohne, wirkt sie mitunter erschöpft. In dem Wissen, das oftmals ein einfacher B.A.-Abschluss nicht „mehr ausreicht“, müssen sie ständig Zeit, Kraft und Geld in ihre private Bildung investieren. Dabei ist es noch nicht einmal die völlige berufliche und materielle Sicherheit, die die hier Befragten mit dem Studium anstreben, sondern lediglich eine bessere Planbarkeit. Sie wollen mit dem Studium keine Garantie auf einen sicheren Arbeitsplatz sondern nur die Erhöhung ihrer Chancen im Kampf um einen solchen. Eben weil durch die rein numerische Vermehrung an Bildungstiteln und Zertifikaten diese zunehmend entwertet werden²⁸, besteht für die Mitte auch große Unsicherheit darüber, was nun diesbezüglich gilt.

Dabei sind erstaunlicherweise nicht diejenigen am stärksten verunsichert, die innerhalb der gesellschaftlichen Schichtung verhältnismäßig weit unten stehen. All jene, die den Bildungsaufstieg aus erster Generation geschafft haben, deren Eltern noch mit einem Volksschulabschluss und einer Ausbildung durch das Leben gekommen sind, zeigen oftmals stolz ihren Studienabschluss in den Vorstellungsrunden an. Gleichzeitig wirken sie bezüglich ihrer Bildungsanstrengungen weniger abgekämpft im Vergleich zu jenen, deren Eltern dreißig Jahre als verbeamtete Lehrer gearbeitet haben, während sie sich selbst nach ihrem Studium mit Volontärstellen und befristeten Halbtagsjobs herumschlagen müssen. Auch daher war in den Fokusgruppen der unteren Mitte das Thema Berufsausbildung präsent, während es bei den anderen Gruppendiskussionen überhaupt nicht angesprochen wurde. Doch selbst für einen attraktiven Ausbildungsplatz ist – so die Befragten – Abitur nötig, reicht ein Realschulabschluss schon lange nicht mehr. Für die Mitte ist Bildung demzufolge kein Versprechen mehr. Das Prinzip, das auf Anstrengung und Gymnasialabschluss ein gesicherter Arbeitsplatz folgt, hat sich für sie aufgelöst.

28 Vgl. ebd. S. 60.

Gleichzeitig befürchteten einige, dass es für die Jugend gegenwärtig zu wenige Arbeitsplätze gibt und deren Anstrengungen daher völlig sinn- und nutzlos sind. In diesem Zusammenhang ist ein bestimmtes Argumentationsmuster von einer auffälligen Subgruppe interessanterweise mehrmals aufgetaucht: Es sei, da es doch ein Recht auf Bildung gäbe, für die Bundesrepublik Deutschland ein inadäquater Zustand, dass Ausbildungsplätze nicht ausreichend vorhanden sind. Und schließlich müsse die Verfügbarkeit an Ausbildungsmöglichkeiten im Grundrecht festgeschrieben werden.²⁹ Diese Situationsbeschreibung und damit zusammenhängende Forderung ist fast ausschließlich von Menschen ohne Kinder geäußert worden. Dieser Befund deutet darauf hin, dass der marode Zustand des Bildungs- und Ausbildungssystems dann besonders dramatisiert wird, wenn man ihn aus eigenen Anschauungen nicht kennt.

Daneben fürchten sich die Eltern aus der Mitte der Gesellschaft ein wenig vor einer langen Schul- und Ausbildungskarriere ihrer Kinder. Ihnen ist zwar irgendwie bewusst, dass sie ihre Kinder mitunter bis zum 30. Lebensjahr und länger unterstützen müssen, doch fragen sie sich im gleichen Zusammenhang, ob sie dies auch noch in Zukunft bewältigen können, ob ihr Einkommen für solcherlei Anforderungen auch noch in zwanzig Jahren ausreichen wird. Darüber hinaus beschäftigt sie die Notwendigkeit, ihre Kinder „stark und fit“ für den Arbeitsmarkt, die Anforderungen einer globalisierten Welt und die kommende Gesellschaft machen zu müssen. Einerseits wollen sie ihrem Nachwuchs ein Paket mit auf den Weg geben, was sie für die Zukunft bestehen lässt, sie befähigt, zwischen den Anforderungen aus Wirtschaft und Politik auf eigenen Beinen zu stehen, andererseits möchten sie ihre Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und ihnen die eigenen Wertvorstellungen vermitteln – dieser Spagat überfordert die Eltern der Mitte bisweilen.

Doch nicht nur die Eltern stoßen an Leistungsgrenzen. Auch für die Kinder entsteht Stress in der Ausbildung – ein Problem, welches von den Befragten gleichwohl sehr sensibel wahrgenommen wird. Sie stehen generell für eine Entschleunigung der Ausbildung ihrer Kinder: Sie wollen keine Kindergärten für Zweijährige, sie finden die Einschulung ab dem sechsten Lebensjahr zu früh, sie sind gegen Leistungskontrollen in den ersten Schuljahren, sie plädieren für gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse (was in ihren Augen auch Chancengleichheit bedeutet), sie lehnen das Turboabitur ab und sind für eine Rückfüh-

29 So scheint der Dahrendorf'sche Gedanke, dass Bildung eher ein Anrecht und nicht ein Privileg ist, tief in der Gesellschaft verankert zu sein. Vgl. auch Heinz Bude, *Bildungs-panik*, 2011, S. 62.

rung der Master- und Bachelorgrade in die alten Abschlüsse. Sie problematisieren die uneingeschränkte „Outputorientierung“ im Bildungswesen und das Kind nur noch als „Ware“ betrachtet werden. Sie finden den Konkurrenzgedanken innerhalb des Bildungssystems zu stark präsent und wünschen sich stattdessen für ihre Söhne und Töchter Spaß, dass sie behütet und unter möglichst wenig Druck aufwachsen können.

Hier wird die Ambivalenz, zwischen der sich die Mitte oftmals bewegt, erneut sichtbar: während sie auf der einen Seite den Zwang zur Selbstflexibilisierung kritisiert, fordert sie ihn auf der anderen Seite ein. Lehrpläne sollen national abgestimmt werden, Lehrbücher und Schulreformen aus den Händen der Länder und der Zuständigkeit des Bundes übergeben werden, damit ein eventuell störungsfreier Umzug innerhalb Deutschlands möglich wird. So entsteht der Verdacht, dass ein Teil des von der Mitte empfundenen Drucks auch aus ihrer fraglosen Anpassungsbereitschaft resultiert. Weniger vorausseilender Gehorsam und mehr Renitenz könnten in diesem Zusammenhang eventuell zu einer gesteigerten Verarbeitungskompetenz von äußerem Druck führen.

Doch viele Eltern stellen sich die Frage, ob sie ihre Söhne und Töchter auch hinreichend auf das Leben vorbereiten, ihnen die nötigen Grundsteine des Lebens legen und gleichzeitig noch eine gute Kindheit bieten. Sie suchen jeden Tag aufs Neue nach der richtigen und guten Erziehung. Dabei fällt es ihnen schwer, eigene Vorstellungen zu entwickeln, vielmehr orientieren sie sich an Vor- und Gegenbildern. Sie sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder, darum, dass sie später – auch wenn sie eine gute Ausbildung haben – zu wenig verdienen und um die Rente sowieso.

Neben all den Zweifeln verfügen sie über die Selbstgewissheit, dass sie beurteilen können, was für die Kinder und ihren Bildungserfolg das Beste ist. Deswegen fordern sie Wahlfreiheit bezüglich der Bildungseinrichtung. Ist die Schule wohnortgebunden und wird von ihnen als unangemessen empfunden, zieht man notfalls um oder meldet einen Zweitwohnsitz in der Nähe der Wunscheinrichtung an. In dieser Beziehung ist die Mitte findig und engagiert und möchte sich weder von Politikern noch Pädagogen etwas vorschreiben lassen.

Es bleibt für einen Großteil der gesellschaftlichen Mitte bis zum Schluss unsicher, ob sich die Bildungsanstrengungen gelohnt haben. Dies ist ein Grund, warum die Eltern mit ihren Kindern nach den höchstmöglichen Bildungsabschlüssen streben. Auch deshalb hat das Gymnasium in den letzten Dekaden mit einer rasanten Geschwindigkeit an Exklusivität verloren. Waren es 1990 lediglich rund dreißig Prozent, die die Schule mit dem Abitur beendeten, sind es

zwanzig Jahre später beinahe fünfzig Prozent eines Jahrgangs.³⁰ Und auch die Zahl der Studenten hat in den vergangenen zehn Jahren um über zwanzig Prozent zugenommen.³¹ Dies ist auch ein Grund, warum die Frage nach einer „mittleren Bildung“ bei der Rekrutierung der Teilnehmer nicht eindeutig beantwortet werden konnte. Laut dem International Standard Classification of Education lässt sich der Bildungsabschluss in die Kategorien niedrig, mittel und hoch einsortieren.³² Ein niedriger Bildungsabschluss umfasst einen Haupt- und Realschulabschluss, während eine mittlere Bildung berufsqualifizierende Abschlüsse, Abitur und Fachhochschulreife beinhaltet und die höchste Bildung mit einem akademischen Abschluss erreicht ist, aber auch Meister und Techniker dazuzählt. Daher waren hier für die Auswahl der Teilnehmer des Untersuchungssamples sowohl die Abschlüsse aus dem Bereich der mittleren sowie der höchsten Kategorien ein Kriterium – nicht nur, weil mittlerweile immer mehr Menschen studieren, sondern auch weil der Referenzrahmen für die bundesdeutsche Mitte ein Abschluss des Studiums oder ein höher qualifizierter Beruf ist.

Und gerade weil die Zukunft trotz guter Bildung und Ausbildung ungewiss ist, möchten die Eltern in diesem Bereich keine Experimente, verlassen sich auf die alten gymnasialen Strukturen und gehen kein Risiko ein. Sie lehnen Modellschulen ab und möchten nicht, dass ihr Kind das „Versuchskaninchen“ für die achtjährige Gymnasialzeit oder gemeinsames Lernen ist. Überhaupt stellen Gesamtschulen Teile der gesellschaftlichen Mitte vor ein schwerwiegendes Problem. Sie formulieren durchaus Lippenbekenntnisse, dass längst mögliches, gemeinsames Lernen vorteilhaft sei, besonders für diejenigen, die aus „bildungsfernen Familien“ kommen. Doch da sie selbst davon ausgehen, dass ihre Kinder nicht aus „solchen Verhältnissen“ kommen, halten sie deren Besuch eines dreigliedrigen Schulsystems für die bestmögliche Lösung. Denn nur dort hätten sie

30 o.A., Jeder zweite Schüler schafft die Hochschulreife. Spiegel Online, 2011, online einsehbar unter <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/abi-boom-jeder-zweite-schueler-schafft-die-hochschulreife-a-748622.html> [eingesehen am 09.08.2012].

31 Vgl. Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2011. Ebenso Reinhold Sackmann u. Thomas Ketzmerick, Differenzierungsdynamik und Ungleichheit in der Mitte der Gesellschaft, in: Swiss Journal of Sociology, Jg. 34 (2010), S. 109-129, hier S. 134.

32 Vgl. exemplarisch Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.), Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 2011, S. 26.

die Chance, am meisten zu lernen und somit für zukünftige Konkurrenzsituationen auf dem Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Auffällig ist, dass die Familie und ihre Zukunftsperspektiven – verbalisiert durch die Ausbildung der Kinder – der zentrale Ankerpunkt für die Mitte sind, sie aber gleichzeitig einen Bedeutungsrückgang der Familie innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen und beklagen. Bei den Befragten selbst jedoch hat sich die Relevanz des familiären Binnenraums keinesfalls verschoben. Ganz im Gegenteil: Sie definieren und identifizieren sich nicht nur über ihre Familie und deren Erfolge und Leistungen, sondern nehmen die Gesellschaft insgesamt über familiäre Strukturen wahr. Sie sprechen nicht von dem arbeitslosen Jugendlichen, sondern von „Hartz-IV-Familien“, in die man hineingeboren wird und aus denen sich offenbar in der Vorstellungswelt der gesellschaftlichen Mitte wieder neue „Hartz-IV-Familien“ reproduzieren. Die Mitte weist – eben weil für sie die Familie eine zentrale Funktion hat – allen anderen Personen innerhalb der Gesellschaft einen Platz zu, der ihnen aufgrund ihrer familiären Herkunft gegeben zu sein scheint. Diese deterministische Sichtweise bezüglich der familiären Herkunft gesteht dem Individuum letztlich verhältnismäßig wenig Handlungsspielraum zu. Aus der Perspektive der Befragten ist es den gesellschaftlich Abgehängten, jenen mit Mangel an sozialem, kulturellem und finanziellem Kapital kaum möglich, Positionsveränderungen zu erreichen. Haben die Vertreter der Mitte selbst oder zumindest ihre Eltern noch genuin davon profitiert, dass ihnen der Weg nach oben offen stand, gestehen sie diese Fähigkeiten und Möglichkeiten den anderen offenbar nicht mehr zu. Im Erwartungshorizont der Mitte hat sich ein Glaube an verfestigte und determinierte gesellschaftliche Strukturen und Schichten eingeschrieben. Womöglich stellt diese Strategie auch eine Art Selbstschutz beziehungsweise Immunisierung vor der bedrohlichen Situation, dass sich ihre eigene Stellung innerhalb der Gesellschaft verändern könnte, dar. Geht man demgegenüber von unbeweglichen Mustern aus, erscheint auch der eigene Platz zumindest einigermaßen sicher.

5.3 AUFSTIEGSERFAHRUNGEN IM EXPANDIERENDEN WOHLFAHRTSSTAAT: DIE HISTORISCHEN ERFAHRUNGEN DER MITTE

Dabei ist die Grunderfahrung der Mitte eine diesem Verhalten völlig diametrale. Ihre historische Erfahrung ist die des wirtschaftlichen und sozialen Aufstieges. Besonders diejenigen, die zwischen den 1950er und 1970er Jahren sozialisiert wurden, aber auch die nachfolgende Generation, die grundlegend von den dama-

ligen Entwicklungen profitieren konnte, sind durch einen kontinuierlichen Aufstieg in allen Bereichen geprägt worden: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Ausbau des Sozialstaates, Bildungsrevolution, Lohnerhöhungen, Reduzierung der Arbeitszeiten und technischer Fortschritt – all das formt den Erfahrungsraum der Mitte bis heute³³ und strukturiert ebenso ihren Erwartungshorizont. In dieser „Schubphase“ ereigneten sich die „Fundamentalprozesse der Vermittelschichtung“.³⁴ Und gerade die im Zuge dieser gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erfahrene Aufstiegshoffnung war ein „Motor der gesellschaftlichen Mitte“³⁵, trug zu ihrer zahlenmäßigen Ausbreitung und Expansion, zu einer Evidenz der mittigen Gesellschaft innerhalb der alten Bundesrepublik, bei. Allein diese Tendenzen haben der „deutschen Gesellschaft eine Mitte gegeben und ihr Identität und einen hohen Integrationsgrad verliehen“³⁶. Und eben jene Erfahrungen wirken bis in die Gegenwart nach.

Dabei wurde politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in dieser historisch einmaligen Stärkungsphase der Mittelschichten vor dem Hintergrund der Unruhe der Weimarer Republik, den Weltkriegserfahrungen und Deflationserlebnissen wahrgenommen. Das heißt, der Erfahrungsraum der Mitte in der jungen Bundesrepublik war ein gänzlich instabilerer, kontingenterer, reversibler als die nun von ihr erlebte Gegenwart. Eben weil in dem damaligen Erfahrungsraum die zuvor erlebten großen Unsicherheiten und ständigen Gefahren eingeschrieben hatten, wirkten Gegenwart und Zukunft durch die stabilen ersten Jahrzehnte in der Bundesrepublik umso unglaublicher und sicherer. Dieser zeitgenössische Erwartungshorizont, der nicht ausschließlich determiniert und erwartungsreich, sondern verhalten optimistisch und offen war, wird – so die These – in der gegenwärtigen Rückschau auf die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik durch die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte überzeichnet. Da diese Projektion ein evidenter Bestandteil des jetzigen Erfahrungsraumes der Mitte ist, speist sich ein Teil der gegenwärtigen Unsicherheiten auch aus der irrtümlichen Annahme, dass „früher“ alles voller Gewissheit und Erwartungssicherheit gewesen sei.

33 Vgl. exempl. Stephan Lessenich, „Neue Mitte“, 2009, S. 93. Die These, dass die Mittelschicht ein Produkt des Sozialstaates ist, wird ebenso vertreten von Günter Rohrmoser, *Konservatives Denken im Kontext der Moderne*. Bietigheim 2006, S. 9.

34 Paul Nolte, *Wandel und Selbstbehauptung*, 2007, S. 67.

35 Rolf G. Heinze, *Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung*. Weinheim 2011, S. 23.

36 Stefan Hradil, *Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf...* 2006, S. 34f.

Doch auch nach der expansiven sozio-ökonomischen Phase ab Mitte der 1970er Jahre wusste die Mitte sich zu behaupten. Sie trotzte den ökonomischen Krisen, wehrte sich gegen linken Terrorismus und kämpfte sich aus den Rezessionen wieder heraus. Staatliche Subventionen wie die Pendlerpauschale oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen wie die kostenlose Hochschulbildung für die breitere Bevölkerungsschicht und das Kindergeld unterstützen die Mitte finanziell enorm, subventionieren dadurch auch partiell ihren Lebensstil. Doch die staatlichen Institutionen „organisieren und kanalisieren“ nicht nur die Transferleistungen, sondern sind gleichzeitig ein wichtiger Arbeitgeber für typische Mittelschichtberufe.³⁷

Der Mitte gelang im Zuge der Modernisierung eine beachtliche Metamorphose: Mussten ihre Mütter noch mit der väterlichen Lohntüte von Woche zu Woche haushalten und sie selbst die Schuhe ihrer Geschwister abtragen, gab es Fleisch nur ein bis zwei Mal in der Woche und hatte längst nicht jeder in der Familie sein eigenes Fahrrad, besitzen sie heute Autos, Fernseher, Ultrabooks, iPads, Smartphones und fahren jedes Jahr mindestens einmal in den Urlaub. Die gesellschaftliche Mitte habe es sich, so einige zugespitzte Analysen, im Wohlfahrtsstaat bequem eingerichtet.³⁸ Ein Wohlfahrtsstaat, der weniger zwischen den einzelnen sozialen Schichten sondern mehr zwischen den Lebensphasen der gesellschaftlichen Mitte umverteilt. Der Eltern und Rentner unterstützt und in den berufsintensiven Phasen über Steuern und Abgaben die Mittel dafür einsammelt.³⁹

Es überrascht daher nicht, wenn für die meisten der hier Befragten der Wohlfahrtsstaat eine wichtige Funktion innehat, sie den Staat und die sie umgebenden zentralen politischen Institutionen, selbst die Demokratie an sich ohne die Komponente der Wohlfahrt, des sozialen Ausgleichs, des grundsichernden Schutzes und der finanziellen Umverteilung nicht mehr denken können. Der Staat, genauer der Wohlfahrtsstaat, ist schließlich „für die Menschen da“. Auch wenn die Vertreter der Mitte nicht immer alle Maßnahmen des Wohlfahrtsstaats in Gänze gutheißen, so finden sie es doch wichtig, dass es ein „Netz“ gibt, welches not-

37 Vgl. Steffen Mau, *Lebenschancen*, 2012, S. 26.

38 Vgl. exemplarisch Peter Frey in einem Gespräch, abgedruckt in: *Die gesellschaftliche Mitte unter Druck? Herausforderungen in Zeiten der Globalisierung – Handlungsmöglichkeiten der Politik*, Podiumsgespräch, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), *Die Zukunft der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland*, 26. Sinclair-Haus-Gespräch 12.-13. Mai 2006, Bad Homburg v. d. Höhe 2006, S. 61-83, S. 65.

39 Steffen Mau, *Lebenschancen*, 2012, S. 203.

falls diejenigen, die unverschuldet in eine sie bedrängende Situation geraten sind, auffängt. Auf diese Funktion scheinen sie dann umso mehr Wert zu legen, desto größer die Wahrscheinlichkeit ist, diese einmal selbst in Anspruch nehmen zu müssen.

Innerhalb der hier interviewten Vertreter der Mitte entwickelt sich jedoch ein spezifischer wohlfahrtsstaatlicher Diskurs: Es müsse immer mehr geleistet, eingezahlt und finanziert werden, gleichzeitig gäbe es immer weniger Leistungen und Bezugsmöglichkeiten. Die Befragten sehen sich jedoch nicht nur mit einem Rückzug des Staates konfrontiert, sondern registrieren gleichzeitig implizite Vorwürfe aus einer gesellschaftlichen Oberschicht beziehungsweise oberen Mittelschicht, wenn sie die gegebenen Sicherungseinrichtungen des Staates in Anspruch nehmen. Diese Beschuldigungen weisen sie nicht nur durch das Argument der Selbstfinanzierung zurück, sondern ebenso durch die Klarstellung bezüglich der eigenen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat selbst: „Wir haben kein zu hohes Anspruchsdenken, sondern möchten nur unseren Lebensstandard behalten.“ Gerade das beharrliche Festhalten an der sozialstaatlichen Grundorientierung und das Leitbild einer sozialen und verlässlichen Bestandssicherung ist ein Kontinuum im Denken der arbeitnehmerischen Mitte.⁴⁰

Während die untere Mitte dem Sozialstaat insgesamt eine überdurchschnittlich starke Bedeutung zuschreibt, lehnen die Befragten der oberen Mitte hingegen vereinzelt den allumfassenden Wohlfahrtsstaat ab. Diese Rejektion begründen sie mit persönlichen und aus ihrer Perspektive gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen des vorsorgenden und beinahe alle Risiken absichernden Staatswesens. Dieses ermuntere „die bequemen“, aber „arbeitsfähigen“ Menschen dazu, „sich fallenzulassen“. So würden diese sich nicht mehr anstrengen, sondern das System ausnutzen. Die Vertreter der oberen Mitte sind der Überzeugung, dass es in Deutschland einen gut ausgebildeten und funktionierenden Sozialstaat gibt, der keinesfalls expandieren darf, da so die Gefahr besteht, dass zu viele Menschen die Möglichkeiten „zum Gammeln“ nutzen. Gleichzeitig, so die Befragten, beschränkt ein allumfassender vorsorgender Sozialstaat sie in ihrer Selbstbestimmung und Freiheit. Sie fühlen sich durch zu hohe Abgaben und Belastungen gegängelt und bevormundet.

Interessant ist, dass die Teilnehmer der Gruppendiskussion offenbar semantisch sehr sensibel zwischen Wohlfahrts- und Sozialstaat unterscheiden und dies auch unverhüllt thematisieren. Mit dem Begriff der Wohlfahrt scheinen sich die

40 Ulf Kadritzke, Kein Platz mehr im letzten Flugzeug. Die Mittelklassen in der Zone der Verwundbarkeit, in: *Le Monde diplomatique*, 15.12.2006.

wenigsten identifizieren zu können. Offenbar verbinden die meisten damit eher Fürsorge, anstatt den Erhalt einer Leistung. Wohlfahrt heißt, etwas zu bekommen, ohne etwas dafür getan zu haben, erinnert an die Vergabe von Almosen. Die Mitte begreift sich selbst als diejenige Gruppe innerhalb der Bevölkerung, die durch Steuern und Abgaben die Einrichtung und Aufrechterhaltung der Institution des Sozialstaats erst ermöglicht. Ohne ihre monetäre Beteiligung gäbe es dieses System nicht – daher sei es nur recht und billig, von diesem zu profitieren. In der logischen Konsequenz dieses Denkens sind daher auch für die Vertreter der gesellschaftlichen Mitte vorwiegend jene anspruchsberechtigt, die zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen.⁴¹

Daher ist jener, durch den Wohlfahrtsstaat bedingte, Erfahrungsraum des Aufstiegs und der Durchlässigkeit der Gesellschaft für die Mitte deutlich geschrumpft, durch anderes Wissen oder auch Imaginationen umgestaltet worden. Vor allem in den letzten zwanzig Jahren akkumulierten sich für sie die negativen Erfahrungen: gehobene Bildungszertifikate garantieren keine gute Anstellung mehr, Gehaltssteigerungen führen nicht mehr zu gesteigerten Konsummöglichkeiten sondern gleichen lediglich die Inflation und Preissteigerung aus, schließlich ist auch Arbeitslosigkeit ein Teil der persönlichen Arbeitsbiographie. Sie sehen, wie die eigenen Eltern in die Frührente gedrängt wurden und so als Rückversicherer ausfielen. Sie selbst bekommen die gleichen Stundenlöhne wie vor zwanzig Jahren, während die Manger exorbitant hohe Gehälter einstreichen. Konnten sie „früher“ als Handwerker noch „gutes Geld“ verdienen, sei auch dies „heutzutage“ kein „angesehener Beruf“ mehr. Dabei konstatieren sie die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Haushalte und stellen ernüchtert fest, dass der Staat als Arbeitgeber der Mittelschicht zunehmend entfällt.

All diese Entwicklungen betreffen nicht mehr nur „die anderen“, sondern nun auch die Mitte der Gesellschaft, zwar nur temporär und selten in voller Härte, jedoch wird sie durch diese Einsichten geprägt und gezwungen, sie auszuhalten, anzunehmen und lebensgestaltend mit ihnen umzugehen. Selbstoptimierung und Weiterqualifizierung, eigenfinanzierte Altersvorsorge und private Zusatzkrankenversicherung, Mitfinanzierung der Kosten für die lange währenden Ausbildungszeiten der Kinder und deren Unterstützung in der Phase des Berufseinstiegs sind Ausprägungen dieser veränderten Rahmenbedingungen.

41 Auch daher orientieren sich die gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten nach dem skandinavischen Modell an den Bedürfnissen der Mittelschicht. Vgl. Ursula Dallinger, *Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 57 (2011) H. 1, S. 83-110, hier S. 84.

Gleichzeitig wurden die Leistungen ihres Sozialstaates reduziert, für die Mitte besonders augenfällig durch den Wegfall der Eigenheimzulagen, und müssen genuine Leistungen extra finanziert werden, wie durch die Einführung der Pflegeversicherung. Gleichzeitig werden die Sozialversicherungsbeiträge ständig angehoben, die Mehrwertsteuer erhöht und wichtige Ausgleichszahlungen gestrichen. Der Mitte ist es immer weniger möglich, bestimmte vormalige Selbstverständlichkeiten wie Wohneigentum, Jahresurlaub oder den Zweitwagen zu finanzieren.⁴² Die Interviewpartner konstatierten in den Fokusgruppen enttäuscht, dass man nicht mehr so gedankenlos konsumieren und beim Einkaufen nicht mehr „alles Mögliche einfach in den Korb schmeißen“ könne, sondern kleinere und größere Anschaffungen genau abwägen und durchkalkulieren müsse, eine Reise nach Italien nun nur noch ein- statt vormals drei Mal im Jahr möglich sei.

Dennoch: ohne die Umverteilungsprozesse des Sozialstaates hätte ein Großteil der Mitte der Gesellschaft in den letzten Jahren eine weitaus deutlichere Reduzierung des Einkommens hinnehmen müssen. Denn das Markteinkommen, also das, was den einzelnen Haushalten vor Steuern und Sozialstaatstransfers zu Verfügung steht, ist in den letzten zehn Jahren deutlich geschrumpft. Diese Reduzierung betrifft vor allem die mittleren und unteren Einkommensbezieher, während in den oberen Einkommensklassen deutliche Zugewinne des Markteinkommens zu verzeichnen sind.⁴³ Hierin mag eine Erklärung dafür liegen, warum auf der einen Seite immer wieder Ängste, Sorgen und Verlustgefühle innerhalb der gesellschaftlichen Mitte konstatiert werden, während auf der anderen Seite mit aufwendigen Untersuchungen und Berechnungen nachgewiesen wird, dass es objektiv, also beispielsweise auf Basis des verfügbaren Einkommens, keinen hinlänglichen Grund für all jene negativen Stimmungen gäbe.

Wie bereits erläutert, ist eine historische Erfahrung der Mitte, dass sie an ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen teilhat. Doch genau das vollzieht sich derzeit abgekoppelt von ihrer eigenen Lebensmentalität und stößt auf völliges Unverständnis bei den Befragten. Unverhältnismäßige Managerboni und Gehaltssprünge in Führungsebenen, Steigerungen der Exportwirtschaft und

42 Paul Nolte, Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte Deutschlands, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), Die Mitte als Motor der Gesellschaft – Spielräume und Akteure. Sinclair-Haus-Gespräche 27, Bad Homburg von der Höhe 2007, S. 12-23, hier S. 16.

43 Ursula Dallinger, Prekäre Mitte? Sozialstaat und Mittelschicht im internationalen Vergleich, 2011, S. 102.

eine gute wirtschaftliche Konjunktur gehen – so die Fokusgruppenteilnehmer – an ihnen vorbei. An all diesen Zugewinnen partizipieren sie wenig.⁴⁴ Dabei sind rein quantitativ kaum Abstiege aus der Einkommensmitte zu verzeichnen. Jedoch auch immer weniger Aufstiege aus der Einkommensmitte in das obere Fünftel der Spitzenverdiener. Somit stagniert seit den 1980er Jahren der Anteil derjenigen, die in der Einkommensmitte verharren.⁴⁵ Und genau jene Beharrung wirkt vor einem scheinbar hoch aufwärtsdynamischen Erfahrungsraum der 1950er bis 1970er Jahre und einer sich daran anschließenden vielversprechenden Stabilität bedrohlich auf den eigenen Erwartungshorizont der gesellschaftlichen Mitte.

Die Furcht von Wirtschaftswachstum und Lohnerhöhungen nicht mehr profitieren zu können, durch den Abbau des Sozialstaates in der persönlichen Existenz bedroht zu sein, durch die sich veränderten Rahmenbedingungen unter Druck zu geraten, scheint innerhalb der gesellschaftlichen Mitte von der jeweiligen Generationenzugehörigkeit und damit innerhalb des vorhandenen Erfahrungsraums unterschiedlich stark ausgeprägt zu sein. Aufgrund ihrer historischen Aufstiegserfahrungen blicken offenbar die Vertreter der älteren Generationen, die sogenannten „jungen Alten“, beziehungsweise derjenigen, die in fünf bis zehn Jahren die sogenannten „jungen Alten“ sein werden, am pessimistischsten auf ihre Zukunft. Also all jene, die zwischen 1940/5 und 1960 geboren wurden, die wissen, dass sie keine üppigen Renten mehr erwarten können, die aber gleichzeitig in einer Wohlstands- und Aufstiegsgesellschaft aufwuchsen, die mitunter schon zu alt waren, als es hieß, dass man privat vorsorgen sollte, die gerade in den letzten Jahren nicht mehr auf eine durchgängige Erwerbsbiografie zurückblicken können – von ihnen war in den Fokusgruppen doch am deutlichsten eine pessimistische Grundstimmung vernehmbar. Diese verstärkte sich noch in einem viel dramatischeren Ausmaß, wenn die betroffenen Personen alleine leben und / oder keine Kinder haben. Jene zeichnen dann das düsterste Bild der gegenwärtigen Gesellschaft, in dem sie deprimierenden Bewusstsein, dass sie im Alter nicht so auskömmlich leben werden können, wie es noch ihren eigenen Eltern möglich war.

Während die Jüngeren – so hat es zumindest den Anschein – zwar um Krise und Zukunftsschwierigkeiten wissen, dennoch den Eindruck machen, als würden sie sich die Problembewältigung zutrauen, als würden sie das alles irgendwie hinkommen, notfalls nochmal neu überlegen, andere Optionen austesten,

44 Ebd. S. 105.

45 Stefan Hradil, *Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf...* 2006, S. 39f.

flexibel sein. Gerade weil sie mit der wohlfahrtsstaatlichen Krisensemantik aufgewachsen sind, ständig mit der Endlichkeit der Ressourcen konfrontiert wurden und ihnen die möglichen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt mitunter schon durch die Erwerbsbiographie ihrer Eltern demonstriert wurde, gehen sie mit den gegenwärtigen Unsicherheiten anders um. Ihnen machen die Herausforderungen einer ungewissen Zukunft offenbar nicht mehr so viel Angst, wie den Älteren, die verhältnismäßig unerwartet mit diesen neuen Anforderungen konfrontiert werden.

5.4 DER ALLTAG DER ARBEITSWELT

5.4.1 Sicherung des Lebensstandards und Medium der Anerkennung: Arbeit und Beruf

Doch bevor die Zukunftserwartungen der Mitte genauer untersucht werden sollen, muss noch stärker deren Bewältigung des Alltags analysiert werden. Dieser ist nicht nur durch die historischen Erfahrungen sondern auch durch die Anforderungen der Gegenwart, besonders der Arbeitswelt, geprägt. Die Arbeit und der Beruf sind wichtig für die Mitte. Diese Relevanz bezieht sich jedoch auf die funktionale und nicht auf eine sinngebende Komponente der Erwerbstätigkeit. Denn diese muss den individuellen Lebensstil durch Lohn und Gehalt finanzieren können, aber nicht essentiell die Existenz ausfüllen. Zwar registriert die Mitte der Gesellschaft die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt genau und reflektiert darüber, jedoch ist diese Lebenswirklichkeit, die sie meist von ihrem Privatleben gründlich trennt, keinesfalls wesentlicher als die Familie oder das persönliche Wohlbefinden und mit diesem oftmals gleichgesetzt der Erhalt der Gesundheit. Insgesamt könne die Arbeit zwar der Persönlichkeitsentwicklung dienlich sein, jedoch arbeiten die Befragten nicht, um sich selbst zu verwirklichen. Die Arbeit allein dürfe nicht zum „höchsten Gut“ verkommen. „Leben ist nicht nur Arbeit, sondern man arbeitet, um zu leben.“⁴⁶

Mit Arbeit allein könne man sich nicht selbst verwirklichen – besonders dann nicht, wenn die Arbeitswelt weiterhin so fragil organisiert ist wie bisher. Die

46 Insofern ist die Erwerbsarbeit auch nicht die zentrale Kategorie für die Mitte der Gesellschaft, obwohl sie der Baustein der sozialen Versicherungssysteme ist. Vgl. Adelbert Evers u. Helga Nowotny, Über den Umgang mit Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Zukunft, Frankfurt a. M. 1987.

Mitte fürchtet sich vor Arbeitsplatzbefristungen, Arbeitsplatzverlusten, 400-Euro-Jobs, Zeitarbeit, Kurzarbeit, Leiharbeit. Auffällig ist, dass vor allem diejenigen, die aufgrund von Pensionierung, Ausbildung, Studium und Kinderbetreuungszeiten eigentlich von der Erwerbsarbeit befreit sind, die Notwendigkeit von mehr Arbeitsplätzen in der Gesellschaft am häufigsten betonen. Und während die Normalarbeitsverhältnisse auf dem tatsächlichen Arbeitsmarkt mehr und mehr an Bedeutung verlieren, sind sie in den Köpfen der Befragten noch eine zentrale Referenzgröße.⁴⁷ Diesbezüglich sieht die Mitte vor allem die Arbeitgeber in der Pflicht. Hätten die Firmen eine andere Mitarbeiterpolitik, wären die Unternehmen eigentümergeführt, statt in der Leitung von Hedgefondsmitarbeitern, gäbe es einen verantwortungsvolleren Umgang mit dem Humankapital. So fordert die Mehrheit unserer Gesprächspartner eine Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten, bessere Möglichkeiten, die Kinderbetreuungs- und die Arbeitszeiten aufeinander abzustimmen, ein betriebliches Angebot an Krippen und Kindergärten. Die Untersuchung scheint daher eine gewisse Unzufriedenheit mit der Arbeit und ihrer Ausgestaltung zu belegen, deren Zunahme durch andere Studien schon seit den 1980er Jahren konstatiert werden.⁴⁸

Ein eigenständiger Diskussionsteil zum Thema „Arbeitswelt“ war weder durch den Themenkatalog vorgesehen, noch durch die jeweilige Moderation initiiert worden. Daher ist die Häufigkeit und Vehemenz diesbezüglich ein Indikator für die Relevanz der Thematik. Die Befragten scheinen ein großes Veränderungspotential und einen immensen Problemdruck bezüglich der täglichen Ausbalancierung zwischen Arbeit und Privatleben zu verspüren. Dies trifft jedoch vor allem wieder auf diejenigen zu, die keiner regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie entweder von dieser befreit oder arbeitslos sind. Offenbar fehlt ihnen eine Möglichkeit des Sich-Bewährens und der Bestätigung auf diesem Feld, deren positive Bewältigung insgesamt zu einer geringeren Unzufriedenheit führen könnte.

Zusammengenommen wünscht sich die Mitte auch in der vorliegenden Untersuchung mehr Zeit für ihre Familie oder Hobbies. Dies bestätigen auch andere Studien: Beinahe zwei Drittel der Arbeitnehmer haben das Gefühl, neben dem Beruf nicht genügend Zeit für die Familie zu Verfügung zu haben.⁴⁹ Dabei bestehen die hier Befragten nicht unflexibel auf eine 39,5-Stunden-Woche, sondern

47 Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 66.

48 Vgl. Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 86.

49 Vgl. Einstellungen und Lebensbedingungen von Familien 2009, S. 12.

arbeiten engagiert, zeigen Leistungsbereitschaft, sind belastbar, leisten Überstunden. Mitunter wird dies auch als „positiver Stress“ bezeichnet. Besonders Frauen, die neben dem familiären Management wieder eine Arbeit aufnehmen, tanken in ihrem Beruf Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl.⁵⁰

Bezüglich der Arbeitsplatzverhältnisse erwartet die Mitte eine gerechte Entlohnung, vor allem auch in Bezug auf die finanzielle Gleichstellung von Männern und Frauen sowie den Gehältern in Ost- und Westdeutschland. Hier scheint sich in den letzten Jahren die subjektive Wahrnehmung der Lohnungerechtigkeit verändert zu haben. Dieser Befund wird ebenso durch quantitative Studien erhärtet. Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen ist zwischen 2005 und 2007 um neun Prozentpunkte auf 35 Prozent gestiegen. Wobei der Anstieg des individuellen Eindrucks der Lohnungerechtigkeit bei den mittleren Einkommen deutlich größer war, als bei anderen Einkommensgruppen.⁵¹ Neben diese gefühlte Lohnungerechtigkeit tritt der Eindruck von immerhin 67 Prozent aller Berufstätigen, dass sie zum Großteil nur für den Staat arbeiten.⁵² In den Fokusgruppen äußerten die Befragten ihr Gefühl, „heutzutage“ genauso viel zu arbeiten wie „früher“, dafür aber weniger Lohn und Gehalt zu bekommen. So ist in den letzten Jahren nicht nur die Zufriedenheit der Unterschicht, sondern auch der mittleren Schichten mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen signifikant gesunken.⁵³

Die Entlohnung für die geleistete Arbeit sollte nicht nur gerecht sein, sondern auch einen „gewissen normalen Lebensstandard sichern“ können. Die Mitte möchte nicht nur „von der Hand in den Mund leben“. Gerade wenn man „den ganzen Tag arbeitet, muss die Finanzierung des Lebensunterhaltes möglich sein“, es muss für die „Bedürfnisse ausreichen“. Und das, was man sich „erarbeitet hat“, ein gewisser Standard, das Auto, das Haus, die Altersversorgung – all

50 Vgl. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007, S. 48.

51 Stefan Liebig u. Jürgen Schupp, Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 75 (2008) H. 31, S. 434-440, hier S. 434. Wobei die persönliche Wahrnehmung der gerechten Entlohnung nicht unwichtig zu sein scheint, denn umso gerechter man sein Gehalt empfindet, desto weniger Fehltageweist man auf im Vergleich zu anderen Beschäftigten. Die „Lohnzufriedenen“ gehen auch mit größerer Wahrscheinlichkeit wählen, als die Unzufriedenen. Ebd. S. 434f.

52 Renate Köcher, Das Bewusstsein der Mittelschicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2008.

53 Ebd.

das stehe einem berechtigterweise zu. Wichtig ist der Mitte außerdem, selbst zu entscheiden, wann sie aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Einige arbeiten auch noch als Pensionäre, andere möchten soweit vorsorgen, dass sie im Alter von 55 Jahren in Rente gehen können – auch hier wünschen sie sich weniger Regulierungen, mehr Flexibilität und sind offenbar auch bereit, dafür selbst finanziell vorzusorgen, sofern ihnen das möglich ist.

Auch wenn Arbeit und Beruf nicht die Maxime des Lebens der Mitte sind, so soll die Erwerbsarbeit doch „Spaß machen“ und ein Stück Lebenszufriedenheit ermöglichen. Dazu gehören nicht nur die bereits angesprochene Balance zwischen der privaten und beruflichen Lebenswelt, sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Arbeitsplatzes sondern auch die individuellen Entwicklungsperspektiven als Arbeitnehmer. Der Beruf sollte – zumindest bis zu einem gewissen Maß – auch Aufstiegsmöglichkeiten bieten und das Potential beinhalten, Anerkennung zu generieren.⁵⁴ Das erhofft sich sowohl der befragte Kleinunternehmer, der fünf Arbeitsplätze schafft, als auch die Lehrerin, die sich engagiert und ganzheitlich um die Kinder kümmert, sowie die Altenpflegerin, deren Kontakt zu den Menschen verantwortungsvoll und physisch äußerst belastend ist. Vor allem Handwerker, deren Tätigkeit einmal „goldenen Boden“ bedeutete, wünschen sich für diese „einfachen“ Arbeiten wieder mehr Anerkennung.

Trotz einer Vielzahl an individuellen Ausgestaltungsmöglichkeiten und den Beschäftigungen in den verschiedensten Branchen und Sektoren, identifizieren sich die Vertreter der Mitte mit ihrer beruflichen Tätigkeit und koppeln einen Teil ihres sozialen Status an diesen. Dies gilt nicht nur für die Selbst- sondern auch für die Fremdwahrnehmung. Trotz feiner Nuancen und Abstufungen sieht sich der Handwerksmeister auf einer Ebene mit der Verkäuferin und dem Versicherungsangestellten, setzt sich der Ingenieur mit dem Elektriker oder der Krankenschwester gleich. Sie alle leisten, so die Befragten, „harte“ und „anständige“ Arbeit – im Gegensatz zu denjenigen, die nicht arbeiten wollen oder völlig überbezahlt sind – und hierfür erwarten sie eine entsprechende monetäre und gesellschaftlich-respektable Gegenleistung.

54 Ähnlich auch: Vgl. Carsten Wippermann, Wege zur Gleichstellung heute und morgen, 2007; Carsten Wippermann, Männer: Rolle vorwärts, Rolle rückwärts?, 2009.

5.4.2 Das Verblassen einer Utopie: Der Leistungsdiskurs in der gesellschaftlichen Mitte

Für die Befragten ist es eine Selbstverständlichkeit, Leistung im Beruf zu erbringen. Das bedeutet, dass sie sich anstrengen, einsatzbereit und engagiert das Mögliche vollbringen, willig sich Stück für Stück an vorgegebene Ziele heranarbeiten. Für sie ist Leistung ein gesellschaftlicher „Grundwert“, der von allen akzeptiert und eingefordert wird – unabhängig vom Alter, Erwerbsstatuts oder dem Geschlecht.⁵⁵ Wobei hier einschränkend angemerkt werden muss, dass der „Leistungsgedanke“ durch die arbeitslosen Teilnehmer des Untersuchungssamples kaum thematisiert worden ist.

In ihrer als ideal imaginierten Welt ist Leistung der Gradmesser schlechthin und entscheidet demzufolge über hierarchische Position, moralisches Ansehen und materielle Sicherheit. Die Formel der postindustriellen Gesellschaft lautet $m=iq+e$. Leistung und Verdienst (**merit**) ergibt sich aus der persönlichen Intelligenz (**intelligence quotient**) sowie der erbrachten Anstrengung (**effort**).⁵⁶ Michael Young prägte hierfür in seiner 1958 erschienenen satirischen Gesellschaftsstudie „The Rise of Meritocracy“ den Begriff der Meritokratie, der noch immer nur eine Vokabel der Sozialwissenschaftler und kein Begriff der Mitte ist. Was der Soziologe Young noch in den 1950er Jahren als Sozialkritik gemeint hatte⁵⁷, scheint sich mittlerweile in vielen Gesellschaften zu *der* zentralen Legitimations-

55 Hier ist auch kein Unterschied mehr zwischen einer noch von Vester identifizierten „facharbeiterischen Traditionslinie“ und einer „kleinbürgerlichen Traditionslinie“ der mittigen Milieus erkennbar. Während Vester et al. noch argumentierten, dass innerhalb der facharbeiterischen Traditionslinie Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft eine zentrale Rolle spielten, die innerhalb der kleinbürgerlichen Traditionslinie eher schwächer ausgeprägt sind bzw. durch Pflichterfüllung und Loyalität als tragende Werthaltungen ersetzt werden, ist bei den hier Befragten kaum noch ein Unterschied in der normativen Werthaltung des Leistungsbegriffes erkennbar. Vgl. Michael Vester, Gibt es eine "neue Mitte"?, 2000.

56 Grundlegend hierfür: Michael Young, Es lebe die Ungleichheit Auf dem Wege zur Meritokratie 1961; John Beck, Meritocracy, citizenship, and education. New Labour's legacy, New York 2008, S. 7.

57 Vgl. hierzu: Franz Walter u. Stine Marg, Von der Emanzipation zur Meritokratie. Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksintellektuellen und sozialer Demokratie, Göttingen 2012 u. Stine Marg u. Franz Walter, $I + E = Lw$. Meritokratie-Die Alltagsutopie der neuen Mitte, in: INDES, H. 2/2012, S. 6-17.

figur sozialer Ungleichheit verbreitet zu haben. Denn die Inhomogenität innerhalb der Gesamtgesellschaft aufgrund der differierenden kulturellen, sozialen und finanziellen Kapitalausschüttungen basiert auf Leistungsunterschieden – so der gesellschaftlich akzeptierte Diskurs – und wäre somit transparent statt willkürlich, legitim statt unberechtigt. Vor allem für die Mittelschicht entwickelte der Gedanke der Meritokratie eine enorme Anziehungskraft.⁵⁸

Leistung muss sich, so die die Befragten, „lohn“en. Derjenige, der mehr arbeitet, soll auch mehr bekommen. Und die Belohnung sollte sich nicht nur, wie ebenfalls immer wieder energisch und nachdrücklich betont wird, ausschließlich auf die finanzielle Entlohnung beziehen, sondern auch auf die gesellschaftliche Anerkennung. Man erwartet, dass demjenigen, der sich anstrengt, Wertschätzung entgegengebracht wird und ist dafür auch bereit, die Leistung anderer anzuerkennen und zu würdigen. Die Mitte versteht diese Beziehung als gegenseitigen Austausch von Leistung und Gegenleistung.⁵⁹ Wenn das meritokratische Prinzip funktioniere, gehe es – so in der Vorstellung der von uns Befragten – gerecht zu. Indem die Leistung zur Grundlage für die Zuteilung von gesellschaftlichen Positionen wird, avanciert sie gleichzeitig zu einer Quelle von Selbstbewusstsein. Schließlich kann man stolz auf das Erreichte blicken und sich die Früchte seiner Anstrengung erst im Bildungssystem und dann auf dem Arbeitsmarkt selbst zuschreiben. Die dabei empfundene „Leistungsfreude“ wird zu zum Bestandteil des individuellen Glücks.

Der Leistungsbegriff in diesem Verständnis ist ein Produkt der sogenannten „bürgerlichen Sattelzeit“.⁶⁰ Jedoch behauptete er seine zentrale Stellung erst im 20. Jahrhundert. Obwohl Leistung ein fester Bestandteil des traditionellen bürgerlichen Werthimmels war, verfügte er im 19. Jahrhundert noch über eine abweichende Kontur. Es ging, wie Nina Verheyen es formulierte, mehr um die „innere“ als um die „äußere“ Orientierung.⁶¹ Die Kinder des Bürgertums sollten sich anstrengen, ihr Bestes geben, jedoch nicht, um damit nach außen zu prahlen,

58 Paul Nolte, Eine kurze Geschichte der Mitte, 2002; Andrian Kreye, Vom Zorn der Leistungsträger, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2009; Martin Kronauer, Verunsicherte Mitte, gespaltene Gesellschaft?, in: WSI Mitteilungen, Jg. 61 (2008) H. 7, S. 372-378, S. 375.

59 Ähnlich auch Sighard Neckel, Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M. 2008, S. 63.

60 Nina Verheyen, Unter Druck. Die Entstehung individuellen Leistungsstrebens um 1900, in: Merkur, Jg. 66 (2012) H. 5, S. 382-390, hier S. 384.

61 Ebd. S. 385

sondern um die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Die individuellen Leistungsanstrengungen sollten den Horizont erweitern, die Selbstbeherrschung trainieren, die innere Verfasstheit formen.⁶² Erst durch die Etablierung der Massengesellschaft musste sich das Bürgertum dann mit den „leistungsorientierten Emporkömmlingen messen“.⁶³ In der weiteren Entwicklung veränderten Leistungstests den Sport und das Bildungssystem.

Das Versprechen der „Leistungs-Volksgemeinschaft“⁶⁴, in der statt Ständen und Klassen nur noch die Leistung zählen sollte, bildete schließlich eine der Voraussetzungen für den „Leistungsfanatismus“ der Bundesrepublik, der durch die soziale Marktwirtschaft und den Wirtschaftsaufschwung weiter befördert wurde.⁶⁵ Die Leistungsgesellschaft birgt für jeden das Versprechen, dass die angestrebte gesellschaftliche Position und die damit verbundene Belohnung durchaus erreichbar sind, wenn man sich selbst über ein gewohntes Maß hinaus beansprucht.⁶⁶ Die Befragten sind ebenso der Überzeugung, dass auch ihnen dieser Weg offen steht. Und umso größer sie ihre eigene Anstrengung bewerten, des höher ist auch der Anspruch an ihr Umfeld. Dieses müsse dann mindestens ebenso „hart arbeiten“ und „viel leisten“. Dabei ist sich die Mitte gewahr, dass zur Leistung Schweiß, Überwindung, Plackerei gehört und dass es nicht immer einfach ist, die herrschenden Anforderungen beispielsweise an die persönliche Flexibilität zu erfüllen. Aber gerade weil all dies eine unerlässliche Voraussetzung für einen „erfolgreichen Weg“ sei, müsse man souverän mit diesen Anforderungen umgehen. Doch vor allem für die in diesem Prozess erbrachten Opfer wünscht man sich Anerkennung und einen Gegenwert.

Für die von uns Befragten ist die Erbringung von Leistung nicht nur eine Notwendigkeit, um die eigene Position zu verbessern, sondern auch Bedingung für eine funktionierende Gesellschaft. Leistung soll nach ihrem Verständnis

62 Vgl. Emmi Bonhoeffer, Essay, Gespräch, Erinnerung. Berlin 2005; Hans-Ulrich Wehler, Deutsches Bürgertum nach 1945: . Exitus oder Phönix aus der Asche?, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 27 (2001) H. 4, S. 617-634; M. Rainer Lepsius, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: Kocka, Jürgen (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 79-120, hier S. 83.

63 Nina Verheyen, Unter Druck, 2012, S. 385.

64 Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18 (1970) H. 4, S. 492-409, hier S. 596.

65 o.A., Er läuft und läuft und läuft, in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.07.2008.

66 Holger Schatz, Arbeit als Herrschaft. Die Krise des Leistungsprinzips und seine neoliberale Rekonstruktion, Münster 2004, S. 19.

nicht nur für sich selbst und die eigenen Familie sondern ebenso für den Staat und das Gemeinwesen erbracht werden.⁶⁷ Das sei notwendig, damit die Gesellschaft nicht den „Bach runtergeht“. Besonders diejenigen, die sich für oder gegen etwas engagieren, sehen ihre Tätigkeit als Leistung an der Gemeinschaft, die viel Kraft kostet, das Privatleben einschränkt, für die sie Anerkennung und Respekt einfordern. Es ist schon auffällig, wie oft gerade die „engagierte Mitte“, also jene Vertreter aus der Proteststudie,⁶⁸ davon spricht, dass sie „viel arbeiten“ und „etwas leisten“. Vor allem jene, die sich in der Selbstwahrnehmung als Leistungsträger bezeichnen würden – und dies gilt auch für den zivilgesellschaftlichen Bereich – fordern von ihren Mitmenschen in gleicher Weise einen Dienst an der Gemeinschaft. Für sie ist Leistungsbereitschaft daher mehr oder weniger eine Bürgerpflicht.

Doch Leistung ist nicht nur etwas, was man von sich selbst und anderen als unumgängliche Selbstverständlichkeit einfordert, sondern schließt in einem gewissen Umfang auch solidarisches Handeln mit ein. Auch wenn die Mitte von jedem fordert, dass er sich anstrengen und etwas leisten müsse, erkennt sie die individuell beschränkten Spielräume eines jeden einzelnen. „Jeder nach seinen Möglichkeiten“ – lautet eine in diesem Zusammenhang häufig formulierte Aussage. Denn Leistung ist für sie auch, dass „die Starken etwas für die Schwachen tun“. Wobei dies immer nur dann gilt, wenn sich die Schwachen ebenso angestrengt haben. Und genau die Kompetenz hierüber ein Urteil fällen zu können – und darin ist sich die leistungswillige Mitte einig – liegt im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten.

Doch der Leistungsbegriff scheint in seiner Universalität gegenwärtig nicht mehr uneingeschränkt zu gelten. Auch wenn Leistung weiterhin ein zentraler Wert ist, hegen die Befragten den umfassenden Anspruch des Leistungsbegriffs ein und wehren sich – zumindest rhetorisch – gegen eine unhinterfragte Diffusion der Leistungsimplikationen in alle Lebensbereiche. So diskutierte ein Großteil der Fokusgruppenteilnehmer den Leistungsbegriff durchaus kritisch.⁶⁹ Im Lichte dieser Ergebnisse muss die Schlussfolgerung von Herfried Münkler hinterfragt werden, ob tatsächlich „[...] der Wille zum Erfolg durch eigene Leistung

67 Nahezu jedes Handeln kann als Leistung bezeichnet werden, vgl. Dagmar Schulz, Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und Pädagogische Studien, Böhlau 1998, S. 21.

68 Also all jene aus dem Teilforschungsprojekt „Bürgerprotest“.

69 Dass der Leistungsbegriff mittlerweile in alle Lebensbereiche vorgedrungen sei, wird beispielsweise diskutiert von Sighard Neckel, Flucht nach vorn, 2008, S. 173.

nach wie vor das Zentrum im moralischen Wertekatalog der gesellschaftlichen Mitte [...]“⁷⁰ bildet.

Zum einen konstatiert die Mitte, dass die Forderung nach Leistung, die sie sich nicht nur selbst auferlegt, sondern die auch von außen an sie herangetragen wird, sicher ihre Berechtigung haben möge, das Leistung jedoch nicht mehr *der* zentrale Bewertungsmaßstab in der Gesellschaft sein könne. Schließlich waren sie die letzten Jahrzehnte immer leistungsbereit und leistungswillig, keinesfalls leistungsfeindlich. Nur: Es gelingt ihnen nicht, dies allein durch Bildungszertifikate und berufliche Qualifikationen unter Beweis zu stellen.⁷¹ Die verbalisierte Abwertung des Leistungsbegriffes scheint für die Mitte auch eine Verarbeitungsstrategie zu sein, um die Lebenswirklichkeiten für sie wieder rational und erklärbar zu machen. Durch die Feststellung, dass Leistung und deren Entlohnung nicht mehr die alles bestimmende Kategorie sein kann, begründen sie sich selbst die überzogenen Bonizahlungen an Manager, den unverschuldeten Arbeitsplatzverlust, die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Angst um die Zukunft der gut ausgebildeten Kinder. Die Mitte hinterfragt deutlich das meritokratische Ideal⁷², welches die Beseitigung aller Diskriminierungen über Jahrzehnte suggerierte. Sie wissen, dass nicht mehr Leistung das Maß aller Dinge sein kann⁷³, sondern Vorurteile, familiäre Beziehungen oder unbeeinflussbare Zufälligkeiten die gesellschaftliche Statusposition, berufliche Stellung und schließlich auch monetäre Entlohnung maßgeblich bestimmen.⁷⁴

70 Herfried Münkler, Mitte und Maß, 2010, S. 48.

71 Gegenteilig der Annahme von Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008, S. 98.

72 Das meritokratische Ideal suggeriert auch, dass Diskriminierungen aller Art der Vergangenheit angehören, vgl. Anne Lawton, The Meritocracy Myth and the Illusion of Equal Employment Opportunity, in: Minnesota law review, Jg. 85 (2000), S. 587-662, hier S. 597.

73 Immerhin sind auch 71 Prozent der Bevölkerung laut einer repräsentativen Umfrage der Ansicht, dass Leistung zu wenig wertgeschätzt wird. Vgl. Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, 2007, S. 543.

74 Ein Großteil der Bevölkerung glaubt offenbar nicht mehr so recht daran, dass das herrschende System fair ist. Ganz im Gegenteil zu der Annahme von Heike Solga, vgl. Heike Solga, Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive, Leverkusen 2005, S. 149.

Wie Sighard Neckel und andere in den letzten Jahren pointiert herausgearbeitet haben, ist mittlerweile nicht mehr der Leistungsbegriff und seine reziproke Austauschkraft das entscheidende gesellschaftliche Kriterium, sondern der Erfolg.⁷⁵ Erfolg als zentrale Bewertungskategorie, in der es nicht mehr um den Prozess, sondern um das Ergebnis der Bemühungen geht. Während das, was als Leistung gilt, auch immer ein Prozess des gesellschaftlichen Aushandelns ist und, wie sich bei den hier durchgeführten Untersuchungen gezeigt hat, für Teile der Befragten ebenso eine gesellschaftliche Verpflichtung bedeuten kann, fördert Erfolg allein das egoistische Denken. Zentral und wichtig in diesem Zusammenhang ist nur das, was der Markt honoriert. Und dies muss nicht die „harte“ und „ehrliche“ Acht-Stunden-Arbeit sein, sondern kann allein durch das Verschieben und Jonglieren mit Millionenbeträgen generiert werden. In der Konsequenz des erfolgsbasierten Denkens ist es ebenso irrelevant, dass sich jeder nach seinen individuellen Möglichkeiten bemüht. Entscheidend ist nur, ob man mit seiner Tätigkeit „Gewinner“ oder eben „Verlierer“ am Markt ist. Und gerade weil die Standards auf den Märkten fluide sind, diffundiert der Leistungsgedanke und manifestieren sich die Unsicherheiten.⁷⁶ Die hier Befragten registrieren diesen Widerspruch zwischen externen Leistungserwartungen und erfolgsbasierten Belohnungssystemen äußerst wach. Sie möchten daher auch eine Anerkennung des „Leistungsprozesses“ und nicht der Leistung per se, wünschen sich eine gerechte Belohnung des Einsatzes und nicht des zufälligen Würfelglücks.

Mittlerweile zählen für Positionsbesetzungen auf dem Arbeitsmarkt weder die durch Leistungsbemühungen und Anstrengungen erzielten Zeugnisse und Zertifikate, wie es Heike Solga noch für die deutsche „Bildungsgesellschaft“ der 1990er Jahre herausgearbeitet hat⁷⁷, sondern oft Glück, Zufall oder eine neue und hastig eingeführte Quotenregelung. Die Befragten spüren die Zunahme dieser Widersprüche, fühlen sich damit unwohl, nehmen sie gleichzeitig nicht unwidersprochen hin. „Wir leben in einer hochtechnisierten Leistungsgesellschaft. Hier geht es um ‚höher, schneller, weiter‘. Ich verabscheue das.“ Insgesamt scheint nur eine kleine Minderheit der Fokusgruppenteilnehmer den aus-

75 Nina Verheyen, *Unter Druck*, 2012, S. 386; Gustav Ichheiser, *Kritik des Erfolges. Eine soziologische Untersuchung*, Leipzig 1930; Sighard Neckel, *Flucht nach vorn*, 2008. Neckel auch für das Folgende.

76 Birgit Mahnkopf, *Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus*, in: *Prokla*, Jg. 30 (2000), S. 489-525, hier S. 520.

77 Heike Solga, *Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft*, 2005, S. 32.

schließlich Leistungsfetisch zu pflegen, während die meisten in dieser Beziehung sehr wohl differenzierter argumentieren. Sie kritisieren, dass man gegenwärtig offenbar noch mehr leisten müsse, um Ähnliches wie die vorangegangenen Generationen zu erreichen. Während noch vor ein paar Jahrzehnten ein Gymnasialabschluss und die erfolgreich absolvierte Ausbildung den Berufseinstieg sicherte, scheinen heute – so nehmen es unsere Gesprächspartner wahr – beinahe nur die Anstrengungen durch ein Doppelstudium eine solche „Belohnung“ zu garantieren. Gegenwärtig offenbaren sich auch für die Mitte die Probleme einer meritokratischen Gesellschaft, die überwiegend in der schwierigen Verwaltung von knappen Positionen bestehen.⁷⁸ Die Meritokratie birgt zunächst für alle Leistungsträger das Versprechen auf eine angemessene Entlohnung. Wird diese jedoch knapp, müssen zwangsläufig die Leistungsbemessungsgrenzen angehoben werden. Dies kann schließlich für einen Großteil nur noch in Enttäuschung, Überforderung und Frustration enden.

Hieraus speist sich womöglich auch der in den Gruppendiskussionen oftmals geäußerte Wunsch, von der „Leistungsgesellschaft weg[zu]kommen“, das Tempo rauszunehmen, „bewusster [zu] leben“. Die Befragten bedauern, dass der Mensch nur noch ausschließlich nach seinen Leistungen beurteilt und gar nicht mehr als „Mensch an sich“ wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Auch empirische Befunde bestätigen eine sinkende Akzeptanz der auf einem meritokratischen System basierenden Ungleichheit.⁷⁹ Auffällig ist, dass auch jene, die im Grunde erfolgreich eine Belohnung für ihre Anstrengungen ergattern konnten, den Begriff und seine Implikationen kritisch sehen. Auch sie befürchten, dass ihre Kinder, trotz Auslandsaufenthalt und der Beherrschung von insgesamt drei Sprachen, kaum noch mitkommen werden, dass sie vielleicht selbst in zehn Jahren den ganzen Stress nicht mehr aushalten können oder im Alter – noch zehn Jahre vom Rentenbeginn entfernt – arbeitslos werden.

Während die Befragten einerseits die normative Relevanz der Leistungsanforderungen verinnerlicht haben, sehen sie diese andererseits in der Realität als nicht gegeben. Infolgedessen diskutieren sie nicht nur die negativen Auswirkungen des allgegenwärtigen „Leistungsterrors“⁸⁰ sondern stellen auch Anreizprinzipien, Bewertungsmaßstäbe und Belohnungsregeln von Leistung in Frage. Vor

78 Jodi O'Brien, *Social prisms. Reflections on everyday myths and paradoxes*, Thousand Oaks California 1999, S. 139.

79 Andreas Hadjar, *Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion*, Wiesbaden 2008.

80 Holger Schatz, *Arbeit als Herrschaft*, 2004, S. 35.

dem Hintergrund des Erfahrungsraumes verflüchtigt sich auch hier der Erwartungshorizont. Dies generiert zusätzlich Unsicherheiten, weil außerhalb des Leistungssystems, mit dem die Mitte über Generationen hinweg sozialisiert worden ist, für sie keine anderen Normen, Gesetzmäßigkeiten oder Umrechnungssysteme erkennbar sind, mit denen gesellschaftliche Positionen bestimmbar und erwartbar werden.

5.4.3 Anforderungen und Druck: Der Stress der Mitte

Die Befragten stoßen in allen Lebensbereichen auf die Erwartung, dass Leistung erbracht werden soll. Mit den größten Leistungsanforderungen sehen sie sich auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Und dies führt, wie oben bereits angesprochen, zu enormen Stress. Diesen Stress empfinden beinahe alle Personen, die an der Untersuchung teilgenommen haben, unabhängig von ihrer konkreten beruflichen Position oder ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld. Stress ist eine unspezifische Reaktion des Körpers auf physische, psychische und soziale Faktoren⁸¹ und wird häufig auch als „Überforderung“ interpretiert.⁸² Grundsätzlich kann, so die Wahrnehmung der Studienteilnehmer, jeder Beruf stressig sein, denn überall herrsche Leistungsdruck. Selbst ein Hartz-IV-Empfänger könne Stress empfinden, da auch die Bewältigung seines täglichen Lebens Anstrengung bedeuten könne.

Der oftmals beklagte Stress, der in einer idealen Gesellschaft nicht vorkäme, erzeugt den häufig beschriebenen Druck auf die Mitte. Druck, der durch Überforderung oder Arbeitsplatzunsicherheit entstehe.⁸³ Es könnte vermutet werden, dass der auf dem Arbeitsmarkt produzierte Druck deutlicher in der unteren als in der oberen Mitte zu spüren ist. Doch dieser Befund konnte durch die Fokusgruppen nicht bestätigt werden. Der Druck, der vor allem durch den Leistungsdruck auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt generiert wird, wurde vorwiegend von jenen in die Diskussionen hineingebracht, die von Erwerbsarbeit befreit sind. Auch hier lässt sich argumentieren, dass ihnen extrinsische Erfolgsfaktoren oder Anreizsysteme fehlen und sie daher die Außenwahrnehmung des Problems umso dramatischer darstellen.

81 Sven Litzke u. Horst Schuh, Stress, Mobbing, Burn-out am Arbeitsplatz. Berlin 2010, S. 6.

82 Franz Walter, Gelb oder Grün, 2010, S. 4.

83 Vgl. exemplar. Stefan Hradil, Angst und Chancen, 2007.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der berufliche Druck oder auch Stress beziehungsweise vielmehr die Möglichkeit, diesen auszuleben, ein Privileg des Bürgertums.⁸⁴ Nun – so scheint es – hat er auch die breite Mitte erfasst, ja betrifft beinahe jeden Arbeitnehmer, wie es der jüngste „Stressreport“⁸⁵ aus dem Jahr 2012 eindrücklich belegt. Die Diskussion über den sogenannten „Burnoutsyndrom“ ist allgegenwärtig, die Semantik auch in der Mitte präsent. Man bekommt beinahe den Eindruck, dass das berufliche Ausgebrannt-Sein auch eine Art Rechtfertigungsmetapher darstellt.⁸⁶ Dabei scheinen besonders diejenigen Individuen anfällig für Stress zu sein, die mit „überzogenen Erwartung und Ansprüchen an ihre eigene Leistungsfähigkeit“ agieren.⁸⁷ Jedoch sind es in der persönlichen Einschätzung nicht die Befragten, die sich selber stressen, sondern sie werden durch externe Faktoren gestresst. Von der Fremdbestimmung im Beruf, von der Hektik im Alltag, der ausgefüllten Freizeit und schließlich von den allgegenwärtigen labilen Strukturen.

Auch wenn Arbeitsplatzunsicherheit ebenso Stress erzeugen kann, sind die Befragten Repräsentanten der Mitte offenbar nicht – entgegen anders lautender Behauptungen⁸⁸ – grundsätzlich und allumfassend gestresst. Denn mittlerweile scheinen sie sich mit den herrschenden Bedingungen arrangiert und die Anforderungen des Arbeitsmarktes internalisiert zu haben. Vor allem die Jüngeren⁸⁹ und

84 Vgl. Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München 1998, S. 232.

85 Andrea Lohmann-Haislah, *Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden*, online einsehbar unter http://www.baua.de/de/Publikationen/Fachbeitraege/Gd68.pdf?__blob=publicationFile&v=10 [eingesehen am 22.2.2013].

86 Markus R. Pawelzik, *Wie erschöpft sind wir wirklich? . Anmerkungen zur aktuellen Bournout-Epidemie*, in: *Merkur*, Jg. 66 (2012) H. 2, S. 125-134, hier S. 126.

87 Ebd. S. 129.

88 Vgl. exemplar. Slavoj Zizek, *Der entkoffeinierte Andere. der Freitag*, in: <http://www.freitag.de/datenbank/freitag/2010/40/der-entkoffeinierte-andere> (eingesehen am 08. Oktober 2010), 2010.

89 Dieser Optimismus der Jugendlichen und die geringere gefühlte persönliche Einnistung durch möglichen beruflichen Stress bestätigt auch die aktuelle Shell-Jugendstudie. Vgl. Parvin Sadigh, *Zeit Online*, Interview mit Thomas Gensicke, *Der Optimismus der Jugend hat ein solides Fundament*, online einsehbar unter www.zeit.de/gesellschaft/familie/2010-09/shell-jugend-gensicke-2?page=all&print

jene, die den Alltag positiv bewältigen, haben Mechanismen des Ausgleichs entwickelt, denen sie eine wesentliche Funktion einräumen. Schließlich müsse man Abläufe schaffen, dass man sich nicht ständig „stressen lässt“, sollte in der Lage sein, „Stress rauszunehmen“, auch mal wieder die „persönlichen Wünsche nach vorne stellen“. Es ist tief im Denk- und Handlungsrahmen der Befragten verankert, dass „man flexibel bleiben muss“, dabei aber unbedingt auf seine „Work-Life-Balance“ achten sollte, damit man immer wieder ein „bisschen runter kommt“ und „innere Ruhe“ findet.

Interessant ist, dass der Teil der oberen Mitte, der völlig auf sich selbst und seine Fähigkeiten vertraut und sich demzufolge weniger auf den Rückhalt staatlicher Institutionen verlässt, offenbar deutlich mehr Druck und Stress empfindet, als solche, die nicht alles für verfügbar und in ihrer Handlungsgewalt befindlich halten. Diejenigen Befragten, die gut ausgebildet sind und gleichzeitig zu einem „grenzenlosen Selbstoptimierungsimperativ“⁹⁰ neigen, artikulieren auch am häufigsten Stress und Druck. In dem vorliegenden Sample trifft dies nur auf eine kleine Zahl der Befragten zu. In der Mehrzahl ist weder das „unternehmerische Selbst“ noch der sogenannte „Arbeitskraftunternehmer“ ein Idealbild der Mitte.⁹¹

Gleichzeitig ist es genau dieser relativ kleine Ausschnitt der hoch angepassten und flexiblen Mitte, der der Meinung ist, dass gegenwärtig ausreichend Arbeitsplätze verfügbar sind. Für all jene, die arbeiten wollten, gäbe es in Deutschland genügend Arbeitsmöglichkeiten. Es dürfte den „Arbeitsfaulen“ daher nicht zu viel Handlungsspielraum eingeräumt werden. Und all diejenigen, die arbeiten, sollten deutlich mehr verdienen, als diejenigen, die keiner Arbeit nachgehen.

Die These, dass es genug Arbeit für alle gäbe, wird nicht von allen Befragten über- und angenommen, sondern auch einschränkend diskutiert. Oft sind es die Familiensituation, der Wohnort oder die Qualifikation, die hier als hemmend wahrgenommen werden. So hätten es beispielsweise alleinerziehende Mütter auf dem Arbeitsmarkt deutlich schwerer, weil ihnen die nötigen Betreuungseinrich-

[eingesehen am 20.09.2010]; Shell Deutschland Holding (Hg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt a. M. 2010.

90 Tanjev Schultz, Die lauernde Angst vor dem Abstieg, in: Süddeutsche Zeitung, 15.09.2010; auch Ulrich Bröckling, Menschenökonomie, Humankapital. Eine Kritik der biopolitischen Ökonomie, in: Mittelweg 36, Jg. 12 (2003) H. 1, S. 3-22.

91 Im Gegenteil zu der These von Hartmut Rosa u. Stephan Lorenz, Schneller kaufen! Zum Verhältnis von Konsum und Beschleunigung, in: Berliner Debatte Initial, Jg. 20 (2009) H. 1, S. 10-18, hier S. 16.

tungen für die Kinder fehlen und Arbeitgeber bezüglich dieser Zielgruppe auch eine restriktive Einstellungspolitik verfolgten. Auch sei es in strukturschwachen Gebieten nicht so leicht, einen Arbeitsplatz zu finden wie in Boomregionen. Während es in Hamburg genug Arbeit gäbe, sähe es in Mecklenburg-Vorpommern ganz anders aus. Und es seien häufig die hochqualifizierten Arbeitsplätze, die unbesetzt blieben, während es kaum noch einfache Arbeit gäbe, wie zum Beispiel die Pflege des Grünstreifens. Häufig sind im Diskurs der oberen Mitte besonders die jungen und unabhängigen Menschen mehr oder weniger selbstverschuldet ohne Arbeit, während vor allem die älteren Arbeitnehmer oft als „unverschuldete“ Arbeitslose, als Opfer der Strukturkrise, wahrgenommen werden.

Doch besonders bei der unteren Mitte, bei denjenigen, die mitunter bereits temporär Erfahrung mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, lässt sich eine große Arbeitsplatzunsicherheit feststellen. Diese Beobachtung fügt sich in bisherige quantitative Untersuchungen ein, nach denen die Sorgen um Abstieg, Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste unter den un- und angelernten Arbeitern häufiger vorhanden sind, sich auch ausbreiten. Doch solche Prozesse vollziehen sich nicht nur in diesem gesellschaftlichen Segment. Auch bei den „gehobenen Angestellten“ erhöhten sich die Abstiegssorgen von knapp fünf Prozent im Jahr 1988 auf rund 13 Prozent zehn Jahre später.⁹² In den Fokusgruppen wird diese Angst deutlich verbalisiert. „Arbeitsplatzunsicherheit ist ein Albtraum. Man ist fremdbestimmt. Man kann das nicht abwenden, hat keinen Einfluss drauf.“ Während ein sicherer Arbeitsplatz als „Anker“ im Leben fungieren kann, schwebt die Wahrscheinlichkeit des Arbeitsplatzverlustes vor allem über der unteren Mitte wie ein Damoklesschwert, zumindest empfindet es dieser Teil der Befragten so.

Während es also einerseits eine selbstbewusste Mitte gibt, die mit Einschränkungen behauptet, jeder der wolle, könne Arbeit finden – und somit die Situation dahingehend verarbeitet, dass Unsicherheit ein Normalzustand ist, an den man sich gewöhnen und anpassen müsse⁹³ – ist andererseits ein gesellschaftliches Teilsegment identifizierbar, das Arbeitslosigkeit als einen unbeeinflussbaren Schicksalsschlag deutet. Während die einen für die Arbeitslosigkeit nach Sondererklärungen suchen (alleinerziehend), gibt es den Verarbeitungsmodus des unverschuldeten und unglücklichen Zufalls, der jeden treffen kann. Letzteren

92 Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, S. 37.

93 Vgl. auch Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Geschichte und Gesellschaft, in: Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Jg. 30 (2004), S. 527-542, S. 23.

wählen vor allem jene, und dies ist eine steigende Zahl, die sich zwar derzeit in einem Beschäftigungsverhältnis befinden, aber in der Vergangenheit immer wieder Erfahrung mit Lohneinbußen, Kurzarbeit, Arbeitsplatzwechsel oder gar – verlust machen mussten.⁹⁴ Somit werden vor allem diese unkontrollierbaren Situationen und Entwicklungen als eine bedrohliche und Druck erzeugende Situation wahrgenommen.⁹⁵

5.4.4 Das distanzierte Verhältnis der Mitte zur Krise: Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Interessant ist, dass sich offenbar ein Großteil der Mitte vor allem im Zuge der Wirtschaftskrise Sorgen um den Arbeitsplatz macht, jedoch kaum einer der von uns Befragten hiervon tatsächlich betroffen ist oder war. Man kannte häufig nur jemanden, der wiederum jemanden kannte, der arbeitslos geworden ist. Die Berichterstattung über die Wirtschaftskrise verfolgen die Fokusgruppenteilnehmer durchaus. Im Dezember 2009 waren sie sogar der Ansicht, dass die „Talsohle“ noch längst nicht erreicht ist, noch viel schlimmere Zeiten bevorstehen und die Rettungspakete der Politiker ohnehin nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Ausnahmezustand macht die Mitte die Banken und Spekulanten, die Gier der Manager und teilweise auch die Politiker, die diese Entwicklung zugelassen und nicht hinreichend sparsam gewirtschaftet haben. Dabei dienen ihnen ganz grundsätzliche Strukturen des Wirtschaftssystems als Erklärung für die Finanz- und Wirtschaftskrise: Der „vorherrschende Egoismus in den Machtstrukturen“, das „ausschließliche Denken in Profitmaximierungsstrukturen“ und die Globalisierung an sich seien allesamt dafür verantwortlich, dass die Wirtschaft derzeit nicht so laufe, wie sie soll.

Die Wünsche der Mitte an eine Volkswirtschaft sind rasch zusammengefasst: sie müsse „funktionieren“, ausreichend, das heißt Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Insgesamt ist in den Gruppendiskussionen eine deutliche Wertschätzung gegenüber den Kleinunternehmen und Mittelständlern vernehmbar gewesen, während Konzerne oftmals als unredlich oder profitsüchtig gegeißelt wurden. Eine positive ökonomische Entwicklung ist wichtig – jedoch darf „die Wirtschaft“ keinesfalls zu viel Einfluss erlangen, sondern müsse durch

94 Vgl. auch Martin Werding, *Globalisierung und Gesellschaftliche Mitte*, 2007, S. 156.

95 Vgl. Jürgen Mensel u. Viktoria Spaiser, Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 8*, Berlin 2010, S. 49-71, hier S. 52.

die Politik gelenkt werden. So befürworten sie einerseits politisches Eingreifen, um Exzesse und Entlassungswellen zu verhindern oder Import und Export zu regeln, während sie auf der anderen Seite dafür plädieren, mit dem Einsatz der unterstützenden Finanzen sparsam umzugehen. Eine gut laufende Wirtschaft, die „oben“ ist, habe ohne Subventionen auszukommen. Lediglich aus den Fokusgruppen der Bürgerproteststudie ließ sich ein eindeutiges Plädoyer für einen starken Eingriff des Staates in das Wirtschaftssystem vernehmen. In allen anderen Gruppen herrschte diesbezüglich Unsicherheit vor, schwankte man zwischen dem Für- und Wider hin und her. Eines war jedoch allen Beteiligten wichtig: Volkswirtschaften dürften nicht ausschließlich durch das Prinzip der Profitmaximierung dominiert werden. Allein: „Mehr ist keine These!“ Die Mitte wünscht sich ein „humaneres System“, in dem die Unternehmer und Manager mehr Verantwortung für die Menschen und die Gesamtgesellschaft übernehmen. Das Wirtschaftssystem müsse insgesamt Sicherheit bieten und dafür dürfe es ruhig vom Staat kontrolliert werden.⁹⁶

Doch so, wie sich die gesellschaftliche Mitte die Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft idealerweise vorstellt, nimmt sie diese in der Realität nicht wahr. In ihren Augen ist die Politik völlig macht- und einflusslos. Allein „die Wirtschaft“ bestimme, „wo es lang geht“ und „macht, was sie will“. Es sind nicht die Politiker, die die Marschrichtung vorgeben, sondern die durch keine Wahlen legitimierten Wirtschafts- und Finanzexperten, die überall regulierend in die Gesellschaft eingreifen würde. Die Politik und die Gesellschaft würden vom Kapital dominiert und gelenkt. Zu allem Übel greife das „Wirtschaftsdenken“ auch noch in alle anderen Systeme wie beispielsweise ins Bildungs- oder Gesundheitswesen über, wo normalerweise völlig andere Maximen gelten sollten. Es konnte häufig beobachtet werden, wie der Begriff der „Globalisierung“ als Schlagwort in die Diskussion hineingebracht, jedoch in den seltensten Fällen ausdefiniert wurde, was damit genau gemeint ist. Es drängt sich daher die Vermutung auf, dass die Ursachen oder Kausalitäten von den Befragten in bestimmten Zusammenhängen kaum erfasst werden und diese so als eine Art bedrohlicher Schatten ständig präsent bleiben.

Doch obwohl die Interviewpartner abstrakt über die herrschende Krise und die Missstände in der Ökonomie diskutierten, scheinen sie kaum persönlich durch die Wirtschaftskrise betroffen zu sein. Weder „interessiert“, noch „berührt“ sie die Krise. Einige haben davon noch nicht einmal „etwas mitbekom-

96 Ähnliche Einschätzung auch Jan Ross, Von wegen Gerechtigkeit!, in: Die Zeit, 16.10.2008.

men“. Deutlich wird dieser Befund auch durch die abstrakte Diskussion über eine allgemeine wirtschaftliche Verwundbarkeit. Durch die Staatsschulden und die Verflechtungen im Euroraum werde es, so die Befragten, lokale volkswirtschaftliche Zusammenbrüche geben und eine daraus resultierende Weltwirtschaftskrise könne auch für die deutsche Wirtschaft kaum ohne Folgen bleiben. Wenn sich die heimische Wirtschaft weiterhin so desaströs entwickle, werde Deutschland am Ende noch ein Auswanderungsland und in der Folge bekämen mittelständische Unternehmen keine Kredite mehr. Daneben konstatieren die Befragten eine Abnahme des Vertrauens in den Euro und sind der Ansicht, dass Arbeitgeber die Krise als Vorwand nutzen, um die Belegschaft zu reduzieren oder vom Kurzarbeitergeld zu profitieren. Die Befragten selbst suchen angesichts der Krise verstärkt nach preisgünstigen Angeboten, buchen den Urlaub nicht mehr fest ein Jahr im Voraus, sondern reisen – falls ausreichend Geld in der Haushaltskasse sein sollte – spontan. Doch Klagen wie diese werden von den Befragten äußerst unpersönlich formuliert und traten nur vereinzelt auf. Insgesamt scheint es bei einem größeren Teil der gesellschaftlichen Mitte eine Spaltung innerhalb der Wahrnehmung bezüglich der Krise zu geben: während die gesamtgesellschaftliche Lage zunächst als dramatisch beschrieben wird, inszeniert man die persönliche Situation als unbedrohlich und meisterbar.⁹⁷

Überhaupt wurde in den zwischen Dezember 2009 und Sommer 2012 durchgeführten Fokusgruppen die Finanzkrise nur dann von den Teilnehmern diskutiert, wenn sie von der Moderation explizit thematisiert worden ist. Bereits im Mai 2010 gingen einige Gesprächspartner davon aus, dass der Höhepunkt der Krise im Jahr zuvor gelegen habe⁹⁸ und in den im Jahr 2011 durchgeführten Kreativgruppen wurde die Krise durch den Themenkatalog als Diskussionsgegenstand zwar indirekt in die Gruppen transportiert, dort dann jedoch überhaupt nicht mehr aufgegriffen. Wenn die Befragten über die Krise debattierten, schie-

97 Ähnlich auch Wilhelm Heitmeyer, *Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: Ders. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 8*, Berlin 2010, S. 13-45, S. 22; Wilhelm Heitmeyer, *Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: Ders. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 9*, Berlin 2010, S. 13-33, hier S. 17.

98 Auch andere Studien bestätigten recht früh den Glauben der Bundesbürger, dass die Auswirkungen der Krise an ihnen vorüberziehen würden. Vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, 2010, S. 25.

nen all diese Entwicklungen und Ereignisse innerhalb des Wirtschafts-, Finanz- und Geldsystems sehr weit weg von ihren alltäglichen Sorgen und Routinen zu sein. Ob es in Zukunft eher zu einer Rezession oder gar zu einem Aufschwung oder lediglich zu einer Stabilisierung des Wirtschaftssystems kommen werde, schien für die rekrutierten Gesprächspartner keine Rolle zu spielen.

Wenn Krisen eine Störung eingespielter Routinen und Wahrnehmungen bedeuten⁹⁹, scheinen jedenfalls die gegenwärtigen Entwicklungen auf den Finanz- und Währungsmärkten keine krisenhafte Erscheinung für die Mitte der Gesellschaft zu bedeuten. Oder hat sich die Mitte in den unsicheren Zeiten eingerichtet und nimmt diese letztlich nicht mehr als Bedrohung wahr? Krise bedeutet jedoch nicht nur, dass ehemals stabile Sachverhalte und Strukturen gegenwärtig nicht mehr gelten, sondern dass Werte und Handlungsmuster zur Disposition stehen, auch die Zukunft prinzipiell offen ist.¹⁰⁰ Nehmen die Menschen in der Mitte vielleicht weder Veränderungen noch offene Möglichkeiten beziehungsweise einen neuartigen Ereignishorizont wahr, sondern sehen sich stattdessen nur von Handlungszwängen und fiskalpolitischen Notwendigkeiten umgeben? Sicher mag die Indifferenz gegenüber der Krise auch damit zusammenhängen, dass die Mitte nicht unmittelbar den Eindruck hat, in der Gesellschaft gezielt verändern, das Wirtschaftssystem mitgestalten zu können, mit ihren Befindlichkeiten überhaupt ernst genommen zu werden.¹⁰¹ Daneben scheint sich der Krisen-Begriff für die Mitte abgenutzt zu haben. Einige haben das Gefühl, dass ständig eine Krise ins Haus steht und dies somit eine Metapher für Umbrüche und Wandlungsprozesse darstellt, deren Dramatik man selbst nicht zu groß einschätzen sollte.

Jedenfalls ist zu fragen, warum die Befragten eine direkte Betroffenheit der Krise verneinen. Tatsächlich scheint ein Großteil den Eindruck zu haben, dass sich trotz Instabilitäten der Währungen und propagierten Kreditklemmen wenig ändert. Die Reichen bleiben reich, die Banken systemrelevant und sie selbst

99 Veronika Schmid u. Matthias Bös, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden? Der Glaube an eine gerechte Welt und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände. Folge 8, Berlin 2010, S. 107-127, hier S. 109.

100 Jürgen Friedrichs, Gesellschaftliche Krisen. Eine soziologische Einführung, in: Helga Scholten (Hg.), Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln 2007, S. 13-26; Veronika Schmid, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?, 2010, S. 109.

101 Vgl. auch Veronika Schmid, Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten – oder hoffnungslos unzufrieden?, 2010, S. 108.

werden von der Politik noch zum Sparen aufgefordert und sollen mit ihren Steuern die überall entstehenden Löcher stopfen. Die befragten Vertreter der Mitte fügen sich den Gegebenheiten. Sie haben das Ausbildungssystem absolviert, hart gearbeitet und durch Ansparungen und Immobilienbesitz größtmöglich vorgesorgt. Wenn das nicht reichen sollte, um über die Runden zu kommen und die Krise zu überstehen, was dann? Mehr hätten sie – so ihre Wahrnehmung – ohnehin nicht leisten können. Und noch sehen sie in ihrem persönlichen Alltag Einsparungspotential, dass sie gut verkraften könnten, sie nicht existentiell bedroht. So könne man zwar weniger ins Theater gehen oder statt Skifahren, Sommerurlaub und das Wochenende im Wellnesshotel, sich womöglich nur noch einen Jahresurlaub leisten, aber auch das genüge.

Überdies jagt, und dies gilt vor allem für Menschen aus Ostdeutschland sowie westdeutschen strukturschwachen Regionen, spätestens seit den 1990er Jahren eine Krise die nächste. Die gegenwärtigen Entwicklungen mögen dramatisch, aber nicht neu sein. Und bisher haben sie sich zurechtgefunden. Besonders diejenigen, die es bereits einmal geschafft haben, aus der Arbeitslosigkeit heraus wieder eine feste Anstellung zu erlangen, die erfolgreich den Unwägbarkeiten des Lebens begegnen konnten, haben hier ein relativ großes Selbstbewusstsein entwickelt. Sie trauen sich zu, diese schwierige Lage zu meistern. Indes: die Leugnung der Krise für das eigene Leben könnte auch eine individuelle Strategie der Bewältigung von Unsicherheit bedeuten. Würde man die persönliche Betroffenheit mit größerer Wahrscheinlichkeit in Betracht ziehen, wäre der Alltag noch unsicherer, die Zukunft noch unplanbarer. Stattdessen versucht man, sich lieber gegen den drohenden Kontrollverlust zu immunisieren.¹⁰²

Außerdem weiß die Mitte der Gesellschaft kaum etwas mit Eurobonds, Staatsschulden oder Fiskalpakten anzufangen und kann sich die Milliardenbeträge nicht vorstellen, mit denen die Politik jongliert. Sie kennen nicht wirklich die Ursachen der gegenwärtigen Entwicklung oder können deren Mechanismen nachverfolgen. Diese Dinge sind von ihrer Lebenswirklichkeit unendlich weit entfernt, und auch nicht „wirklich wichtig“. Sie befürchten bisweilen dahinter sogar „hohles Geschwätz“ mit dem der „Bürger verdummt“ werden soll. Und sie können die in diesem Zusammenhang vermutete „Dekadenz“ und „Überheblichkeit“ nicht verstehen. Im Grunde ist ihnen das System der Börsen und globalen Märkte suspekt und auch zuwider. Vielleicht ist es auch gerade diese Unwis-

102 Auch Wilhelm Heitmeyer, *Krisen – Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, 2010, S. 28.

senheit, die ihnen Angst macht, beziehungsweise sie ohnmächtig werden lässt. Da sie gar nicht wissen, was noch alles auf sie zukommen könnte, verharren sie erst einmal – so scheint es zumindest.

Insgesamt ist die Krise für die Befragten keinesfalls existenzbedrohend. Auch wenn sie eine Expansion der ökonomischen Probleme erwarten mögen, so hoffen sie doch, dass in ein paar Jahren alles überstanden sein werde. Sie sehen die Krise ebenso als Chance, über bestehende Fehlentwicklungen nachzudenken¹⁰³ und bestimmte Prozesse rückgängig zu machen. Sie begreifen die steigenden Lebenshaltungskosten und gleichbleibenden Löhne teilweise auch als Möglichkeit, bei sich selbst anzufangen, etwas zu verändern und die eigenen Ansprüche „runter zu schrauben“. Immerhin habe Deutschland schon häufig Krisen dieses Ausmaßes überstanden und wird es auch dieses Mal schaffen. Gerade in dieser Problematik zeigt sich, dass die jüngere Generation in den Diskussionen zumindest verbal selbstbewusster mit der Problematik umgeht, als noch die Generation ihrer Eltern. Wie die Menschen in der gesellschaftlichen Mitte grundsätzlich mit der Finanzkrise umgehen, hängt nicht nur von dem Ausmaß der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung und der tatsächlichen Betroffenheit ab¹⁰⁴ sondern auch von dem Alter und den durchlebten Erfahrungen, dem möglichen Rückhalt in der Familie und dem persönlichen Netzwerken und Ressourcen.

5.4.5 Zwischenfazit: Arbeitsalltag unter Druck?

Letztlich konnten innerhalb der hier untersuchten Mitte die vielfältigsten Bewältigungsstrategien beobachtet werden. Sie nimmt Stress, Leistungsdruck und die Krisen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund individueller Ressourcen unterschiedlich wahr und kann dies auch auf verschiedene Arten verarbeiten. Prinzipiell scheint die Wahrnehmung von Druck und Stress durch Unsicherheiten auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkt ein sehr persönlicher und faktenreicher Prozess zu sein. Die Unsicherheiten werden von den Befragten zwar als gesamtgesellschaftliches Phänomen interpretiert, jedoch nicht von allen persönlich so wahrgenommen. Woran liegt es, dass einige Menschen die Situation offenbar – so ein Ergebnis – unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Einkommenssituation, aber auch ihrem Erfahrungsraum verarbeiten? Ein laienhafter Seitenblick in die Theorien

103 Ähnlich auch Jürgen Friedrichs, *Gesellschaftliche Krisen*, 2007.

104 So Wilhelm Heitmeyer, *Disparate Entwicklungen in Krisenzeiten, Entsolidarisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, 2010, S. 14.

der Sozialpsychologie und in die zeitgenössischen Persönlichkeitstheorien hinein, mag hier einen Erklärungsversuch unterstützen.

Drei in diesem Zusammenhang auffällige Verarbeitungsmuster, die einzeln oder auch in Mischform auftreten können, sind an dieser Stelle noch einmal zusammenzufassen: Erstens diejenigen, die als Rentner, Hausfrauen oder in der Ausbildung befindliche Personen von einem regelmäßigen Erwerbsleben befreit sind, deren Lebensunterhalt durch Rentenzahlungen oder familiäre Transferleistung finanziert wird, die aber dennoch den größten Problemdruck hinsichtlich der prekären Arbeitsmarktsituation, beruflichen Stressfaktoren und wirtschaftlicher Lage artikulieren, auch Überforderungstendenzen aufweisen. Während also weder die tatsächlichen Fähigkeiten noch die kognitiven Erfahrungen eine Rolle für die Bewertung der Situation spielen, könnte die sogenannte „Selbstwirksamkeitserfahrung“ beziehungsweise deren Mangel hier eine Erklärung bieten. Die von Albert Bandura in den 1970er Jahren entwickelte Theorie besagt im Kern, dass diejenigen mit positiven Erfahrungen – die sie selbst gemacht oder stellvertretend nachvollzogen haben – eine größere positive Erwartung an das Erreichen ihrer selbst gesteckten Vorhaben entwickeln und so ihr Ziel auch erreichen.¹⁰⁵ Diejenigen, die demzufolge auf dem Erwerbsmarkt gar nicht tätig werden, denen diese Selbstwirksamkeitserfahrungen, aber auch externe Belohnungs- und Anerkennungssysteme, fehlen, scheinen weniger gut mit den Veränderungen, dem Stress und Druck auszukommen.

Daneben erkennt eine zweite, auf dem Arbeitsmarkt tätige Gruppe zwar die Notwendigkeit der Leistungserbringung grundsätzlich an, weist aber den Absolutheitsanspruch dieses Paradigmas zurück und vertraut nicht ausschließlich auf die eigenen Fähigkeiten. Dazu zählen auch die befragten Individuen, die ange-

105 Vgl. Gardemarie Schmitz, Bedeutung der Selbstwirksamkeit für emotional kompetentes Verhalten, in: Maria von Salesch (Hg.), Emotionale Kompetenzen entwickeln. Grundlagen in Kindheit und Jugend, Stuttgart 2002, S. 207-225, hier S. 210; auch Lawrence Kutner, Die Bedeutung der Selbstwirksamkeit für die Anpassung Jugendlicher an den gesellschaftlichen Wandel. Zusammenfassung von Konferenzbeiträgen zur Selbstwirksamkeitstheorie, in: Wolfgang Edelstein (Hg.), Entwicklungskrisen kompetent meistern. Der Beitrag der Selbstwirksamkeit von Albert Bandura zum pädagogischen Handeln, Heidelberg 1995, S. 74-78. Untersuchungen bezüglich des Konzeptes der Selbstwirksamkeitserwartung auf dem Feld Arbeit und Beruf vor allem vom: Alexander D. Stajkovic u. Fred Luthans, Social Cognitive Theory and Self-Efficacy. Going Beyond Traditional Motivational and Behavioral Approaches, in: Organizational Dynamics, Jg. 26 (1998) H. 4, S. 62-74.

sichts der dauernden Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktkrisendiskussionen mit den Schultern zucken, weil sie alles Mögliche getan haben oder tun werden, um die Situation zu bewältigen. Nach dem sogenannten Konzept der „Kontrollüberzeugung“ hängt hier deren Erwartung an kommende Ereignisse davon ab, wer oder was das erwünschte Ereignis beeinflussen kann.¹⁰⁶ Die Vertreter der zweiten Gruppe präferieren offenbar eine externale Kontrollüberzeugung, machen also soziale Externalitäten, wie beispielsweise andere Personen, oder fatalistische Externalitäten, wie Zufall oder Schicksal¹⁰⁷, dafür verantwortlich, dass sie weiterhin ihr gewünschtes Ergebnis, Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, erreichen werden. Diese Vertreter erscheinen also bezüglich Druck und Stress widerstandsfähiger als die erste Gruppe. Sie erleben nicht mehr oder weniger negative Effekte als alle anderen, nur bei ihnen dauern die individuellen Verarbeitungsprozesse nicht allzu lange an.¹⁰⁸

Eine dritte Gruppe hingegen vertraut sehr stark auf ihre eigenen Fähigkeiten und hat gleichzeitig die globalen Leistungsanforderungen verinnerlicht. Auch diese spüren, ähnlich wie die erste Gruppe, großen Druck und Stress in der Arbeitswelt und beklagen sich darüber. Obwohl jene auf dem Arbeitsmarkt agieren, also im Grunde Selbstwirksamkeitserfahrungen gesammelt haben müssten, fehlt ihnen ein gewisser Grundoptimismus und die Stressbewältigungsfähigkeit, die in der zweiten Gruppe beobachtet werden konnte. Dies könnte letztlich an der Überschätzung der internalen Kontrollüberzeugung liegen. Denn der dritte Typus betont stark die Selbstverantwortung für die soziale Lage, war also vehement davon überzeugt, selbst die Kontrolle über eintretende Ereignisse zu haben. Diese Fähigkeit muss letztlich nicht immer positiv sein, schlägt besonders dann in negative Konsequenzen um, wenn man es eben nicht mehr in der Hand hat, ob die eigene Stelle aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen gestrichen wird oder die angestrebte berufliche Position mit einem ebenso qualifizierten Bewerber, wie man selbst einer gewesen wäre, besetzt wird. Sobald die Situation im Grunde unkontrollierbar ist, wäre ein wenig mehr externale soziale Kontroll-

106 Vgl. Thomas Rammsayer u. Hannelore Weber, *Differentielle Psychologie. Persönlichkeitsforschung*, Göttingen 2012, S. 87f.

107 Vgl. Ebd. S. 99.

108 Vgl. Ilona Böhle, *PsyCap. Die Entwicklung von psychologischem Kapital und dessen Mehrwert für Unternehmen*, Hamburg 2013, S. 14.

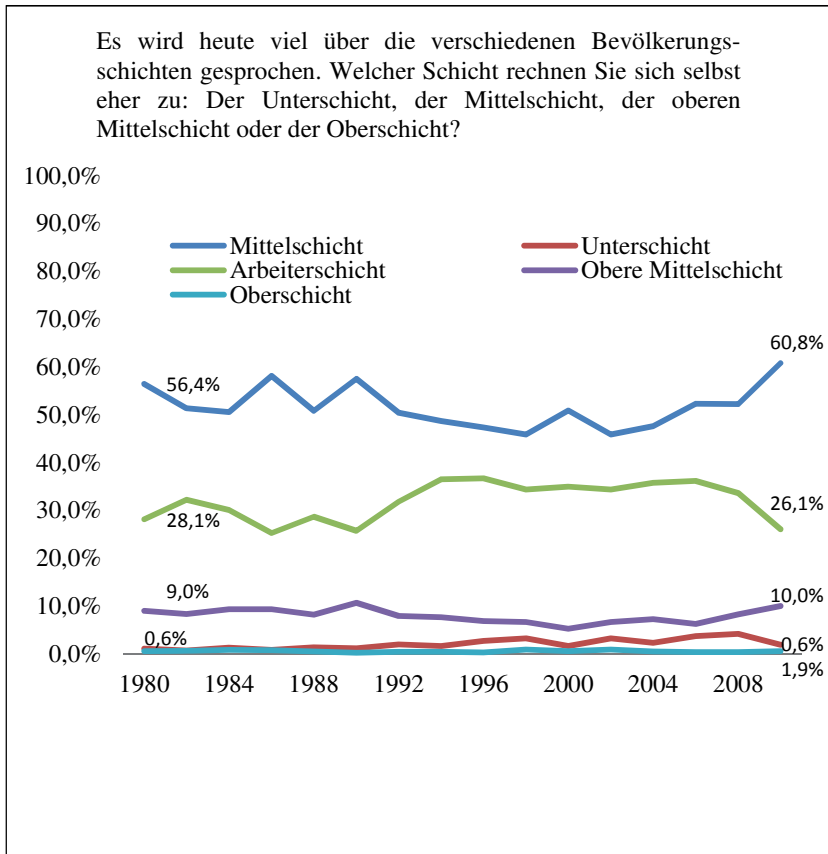
überzeugung statt ausschließlich interne Muster der angemesseneren Verarbeitungsmodus für Druck, Stress und Krisen auf dem Arbeitsmarkt.¹⁰⁹

5.5 SELBSTSICHT UND GRENZZIEHUNG: DIE MITTE ZWISCHEN DEN OBEREN UND UNTEREN RÄNDERN

Bereits einleitend ist thematisiert worden, dass sich ein Großteil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bevölkerung in der Mitte verortet. Die kumulierten Umfragen seit 1980 zeigen (siehe Abbildung auf der folgenden Seite), dass die Selbstverortung zwischen einer Arbeiter- und Unterschicht auf der einen und einer oberen Mittelschicht und Oberschicht auf der anderen Seite im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren ein Ausmaß wie nie zuvor erreicht hat. Der geöffneten Schere zwischen Arm und Reich sowie Lohnspreizungen und Rückgang von Normalarbeitsverhältnissen zum Trotz spielen die Oberschicht und Unterschicht in der Selbsteinstufung eine so unbedeutende Rolle wie kaum zuvor, stagniert die Einordnung in die Oberschicht weiterhin unter einem Prozent und legt als Verstärker des Trends die Selbstpositionierung in der oberen Mittelschicht von 5,3 Prozent im Jahr 2000 auf beinahe fünf Prozentpunkte zu, auf schließlich zehn Prozent im Jahr 2012.

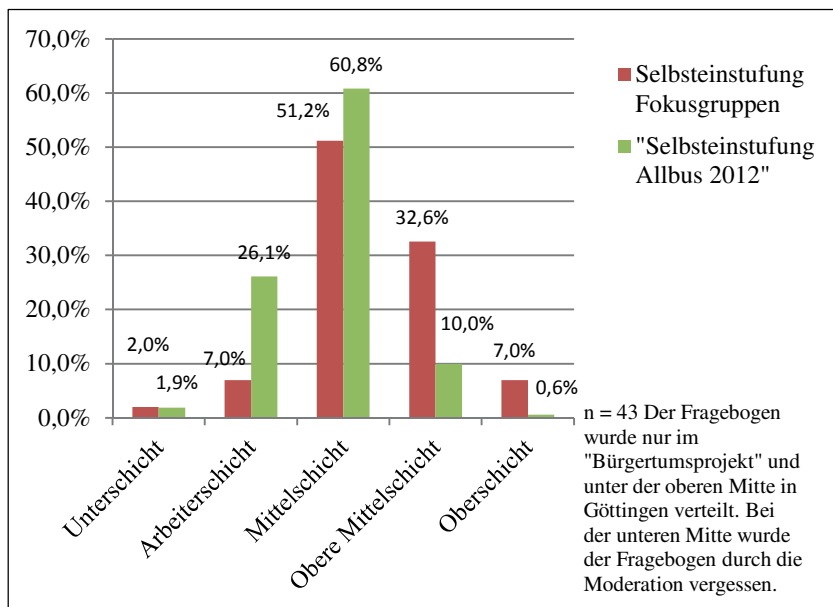
109 Vgl. zu den Kontrollüberzeugungen Thomas Rammsayer, *Differentielle Psychologie*, 2012, S. 99f.

Abbildung 6: Selbsteinordnung in die sozialen Schichten durch die Bundesbürger



Quelle: Eigene Abbildung, Daten nach der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Allbus 1980-2012.

Abbildung 7: Selbsteinstufung der oberen Mitte im Vergleich mit den Allbus-Daten



Quelle: Eigene Abbildung; Daten nach der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Allbus 1980-2012.

Die soziale Selbstverortung in einer hierarchischen Schichtung ist stark durch die Traditionen der politischen Kultur des jeweiligen Landes vorgegeben sowie durch das institutionell gestützte gesellschaftliche Gefüge geprägt.¹¹⁰ Dieser Zusammenhang wurde auch von den Teilnehmern der Fokusgruppen thematisiert: Deutschland habe sich schon immer durch eine Mitte ausgezeichnet, die „das Land bisher immer nach vorne gebracht“ hat. Eben *weil* der Mitte in der Bundesrepublik zahlreiche positive Funktionen zugeschrieben werden, verblüfft es nicht, dass es einen großen Drang gibt, sich dort zu positionieren. In dem Teilforschungsprojekt „Oberschicht und Bürgertum“ wurden die Teilnehmer nach dem Muster der Allbus-Umfrage gebeten, sich für eine der fünf angebotenen Schichten zu entscheiden. Im Vergleich zu der Allgemeinen Bevölkerungs-

¹¹⁰ Martin Kronauer, *Verunsicherte Mitte, gesplante Gesellschaft?*, 2008, hier S. 347.

umfrage aus dem Jahr 2012, stuften sich die Befragten zwar seltener in die Arbeiterschicht und häufiger in die obere Mittel- und Oberschicht ein, dennoch ist auch hier ein deutlicher Drang zur Mitte ablesbar.

Dieser Drang zur Mitte wird von den Befragten beispielsweise über das Attribut „normal“ verbalisiert. Sie fühlen sich als „Normalsterblicher“ oder „Ottonormalverbraucher“, die einem „normalen“ Beruf nachgehen, „normales“ Gehalt verdienen, in einem „normalen“ Haus leben und über einen „normalen Menschenverstand“ verfügen. Normal ist in ihren Augen ein jeder Bürger. Obwohl niemand in der Lage war, dieses „normal“ zu definieren, wusste offenbar jeder sofort, was damit gemeint war. Nicht in einer einzigen Gruppe wurde der Forderung nach Normalität widersprochen. Schließlich, so eine Aussage, „möchte jeder Mensch maximal normal sein“.

Das Bekenntnis zur Normalität signalisiert Zugehörigkeit zu einer Mehrheit, schließt verschiedene Lebensstile ein und vermittelt – eben durch diese Inklusivität – Sicherheit und Orientierung. Dieser „Normalismus“, wie er auch von Jürgen Link beschrieben wurde, ist nichts Biologisches oder Anthropologisch-Konstantes, sondern ein historisch-kulturelles Amalgam, mit dessen Hilfe Neuerungen und Veränderungen aus den historischen Erfahrungen heraus als „normal“ und eben akzeptabel deklariert werden.¹¹¹ Darüber hinaus transportiert die Normalität für die Befragten etwas enorm Beruhigendes, denn sie ist per se äußerst positiv konnotiert. Während die Befragten schon nicht fassen konnten, was denn nun genau „normal“ sei, fiel es ihnen hingegen leicht, bruchstückhaft zu umreißen, was ihrer idealisierten und allumfassenden Normalität widerspricht: So sind „RTL II-Zuschauer“ genauso wenig „normal“ wie eine Zahlung von einhundert Millionen Euro Abfindung für ein Vorstandsmitglied. Das Normierende an der Normalitätsforderung oder eben auch das von Matthias Enzensberger verurteilte Durchschnittliche¹¹² nahmen die Befragten ebenso wenig wahr, wie die Tatsache, dass durch die offene Definition jederzeit alles und jeder aus dieser Normalitätsgemeinschaft ausschließbar wird.

Neben dem Signalwort „normal“ transportieren auch die verwendeten Metaphern des „kleinen Mannes“ oder der „kleinen Leute“ die Inklusivität und Zugehörigkeit zur Mitte. Während der „kleine Mann“ oftmals der „Dumme“ ist und das „Nachsehen hat“, werden ausschließlich die „Großen“ unterstützt. Auffällig

111 Joscha Legewie, Zum Einfluss regionaler Arbeitslosigkeit auf Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 60 (2008), S. 286-313, hier 452f.

112 Vgl. Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn, 1991.

ist, dass jene vermeintlich bescheidene Selbstzuschreibung als „kleiner Mann“ durch die Vertreter der oberen Mitte beinahe überhaupt nicht thematisiert wird. Gleichzeitig ist es kein Exklusivitätsmerkmal der Vertreter der unteren Mitte, sondern wird vorwiegend aus dem Zentrum der gesellschaftlichen Formation heraus angesprochen. Und nicht nur Männer, sondern auch Frauen verwenden das Bild des „kleinen Mannes“, der allein gelassen wird und der der Leittragende von Reform und Veränderung ist. Letztlich spielt die Formulierung der „kleinen Leute“ auf eine Herabsetzung der eigenen Position innerhalb einer gesellschaftlichen Verfassung an, die wiederum – so der implizite Kommunikationsprozess – einen Anspruch beinhaltet, mehr Aufmerksamkeit, mehr Unterstützung, mehr Gewicht zu bekommen. In dieser doppelten Taktik des Sich-Klein-Machens gepaart mit dem Verweis auf die Anerkennungspflicht eines vermeintlichen „Anrechts an Mehr“ wird die selbstbewusste eigenhändig vorgenommene Positionierung der Mitte innerhalb der unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen offenbar.¹¹³

Der Trend zur Selbsteinordnung in eine große und breite Mittelschicht wird nicht nur durch die gewachsene gesellschaftliche Ausprägung bestimmt, sondern auch durch ein „Wechselspiel zwischen drinnen und draußen“ beeinflusst.¹¹⁴ Dies erklärt womöglich auch den anhand der Allbus-Daten ablesbaren Anstieg der Anteile der Mitte seit dem Jahr 2008. Gerade wenn die Zeiten – ob gefühlt oder real – unsicherer werden, möchte man sich offenbar einer dominierenden gesellschaftlichen Gruppe zugehörig fühlen und kein Außenseiter sein.

Ein ähnlicher Mechanismus vollzog sich womöglich auch in den Fokusgruppen der oberen Mitte: Gerade nach dreistündigen Gruppendiskussionen entwickelt sich meist ein starkes „Wir-Gefühl“, welches sich in diesem Fall auf die anwesenden Vertreter einer ressourcenstarken Subgruppe bezieht. Aus diesem Grund wird am Ende der Befragung der eine oder andere tendenziell sein Kreuz bei der oberen Mittelschicht und Oberschicht gemacht haben, während er sich nach einer alltäglichen Woche womöglich eher – wie es die Allbusdaten widerspiegeln – in der gesellschaftlichen Mitte eingeordnet hätte. Wäre der Fragebogen in allen Forschungsprojekten eingesetzt oder von den Teilnehmern vor der Gruppendiskussion ausgefüllt worden, wäre das Ergebnis sicher noch deutlicher ausgefallen, denn keiner der Befragten bezeichnete sich im Laufe der Diskussio-

113 Zu einer weiteren Einordnung der Semantiken bezüglich „des kleinen Mannes“ vgl. auch Kapitel 5.7.7. Zwischenfazit Das Verhältnis der der Mitte zur Politik – zwischen Populismus und transienter Verweigerung.

114 Heinz Bude, Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, 2006, S. 234.

nen als „Nicht-Mitte“, Teil des Bürgertums oder der Arbeiter- und Unterschicht. Ganz im Gegenteil: Die Interviewpartner scheinen sich durchweg als Teil des „Mittelklassemilieus“ zu fühlen, dem typischerweise „Akademiker, Angestellte und Lehrer“ angehören würden.

Während es auf der einen Seite aufgrund der unterschiedlichsten Lebensstile und Werthaltungen tatsächlich Schwierigkeiten bereitet, die Mitte zu definieren, sind demgegenüber die Teilnehmer der durchgeführten Fokusgruppen verhältnismäßig deutlich zu einer Beschreibung dessen in der Lage, was nicht Mitte ist und so auch nicht zu der von ihnen imaginierten Gemeinschaft dazugehört. Diejenigen, die arm und reich, beziehungsweise mit ihren Worten, die „oben“ und „unten“ sind, haben an ihrer Vorstellung von Gesellschaft nicht teil.

Wobei auf den ersten Blick den Befragten eine Abgrenzung nach „unten“ deutlich leichter zu fallen scheint als nach „oben“. „Oben“ sind „Finanzjongleure“, die sich durch „Gier und Raffsucht“ auszeichnen, auch Politiker, die „einfach Entscheidungen durchdrücken“, Konzerne, die sich „das Geld in die eigene Tasche stecken“, „Manager“, die sich „nicht gut verhalten“ und „immer nur abgreifen“ oder jemand, der auf der „Karriereleiter ganz oben steht“. Die Gemeinsamkeit der beschriebenen Typen aus den Höhenlagen der Gesellschaft bestehen aus Sicht der Befragten darin, dass sich der Zusammenhang von Leistung und Verdienst aufgelöst hat. Die Aussagen bestätigen ebenso die bisherige Forschung, dass Reichtum an sich über wenig Legitimation innerhalb der Mehrheitsgesellschaft verfügt.¹¹⁵ Daneben zeigen die Formulierungen auch, dass den Befragten ein Begriff für all jene „dort oben“ fehlt, während sie sich selbst als „die Menschen“ betrachten. Die Abgrenzung nach oben findet durch den Ausschluss des Unbekannten statt. All das, was sie nur über das Fernsehen, aus den Illustrierten oder den Selbstvermarktungskanälen der Stars und Sternchen wahrnehmen, hält sich im alltäglichen Leben vor ihrer eigenen Anschauung verborgen, ist demzufolge nicht Teil ihrer Vorstellung von Gesellschaft.¹¹⁶

115 Vgl. Wolfgang Glatzer u. Jens Becker, Einstellung zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland, 2008, online einsehbar unter http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a381-forschungsprojekt.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 13.12.2012], S. 47.

116 Vgl. ähnliche Argumentation bezüglich der unerkannten Oberschicht bei Walter Wüllenweber, Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land rounieren – und wer davon profitiert, 2012.

Demnach ist die Mitte der Gesellschaft in einem gewissen Maß auch in ihrer Selbstdefinition ein Vertreter der viel diskutierten und gesuchten „neuen Bürgerlichkeit“.¹¹⁷ Schließlich haben sich nicht nur zahlreiche vormalig exklusive bürgerliche Normen und Wissensbestände, wie beispielsweise das Arbeits- und Leistungsideal, in der Mitte ausgebreitet¹¹⁸, sondern konstruieren die Vertreter der Mitte ihre gesellschaftliche Formation nach oben hin so inklusiv, setzen die Grenze zwischen Mitte und „oben“ so hoch an, dass tatsächlich nur noch das „gehobene Bürgertum“ und die sehr reiche Oberschicht aus ihrer Perspektive nicht mehr dazu gezählt werden. Eine schärfere Kontur der Abgrenzung nach oben würde sich möglicherweise durch eine Untersuchung der Distinktionsmechanismen des äußerst exklusiven und finanzkräftigen Bürgertums ergeben. Allein aus der Mitte heraus bleibt jedoch die Grenze vage und ein wenig unbestimmbar, wird der definitorische Raum der Mitte nach oben weit und kaum einhegbar.

Demgegenüber fällt es den Befragten leichter, eine Grenze nach „unten“ zu verbalisieren, jenseits der sich Kriminelle, Alkohol- und Drogensüchtige, Überschuldete, „Arbeitsfaule“ und „nicht integrierbare“ und „integrierwillige Neubürger“ befinden. Auch dies ebenfalls Personen, die die Fokusgruppenteilnehmer nicht aus eigener Erfahrung kennen. Auffällig ist jedoch, dass die Befragten eine Fraktion zu der von ihnen ausgemachten gesellschaftlichen Formation zählen, die gemeinhin nicht als ein Bestandteil der Mitte der Gesellschaft betrachtet wird: Arbeitslose, die trotz zahlreicher Bemühungen in keine Anstellungen gelangen und Beschäftigte im Zeitarbeitssektor oder Niedriglohnbereich. Jene sind aus Sicht der hier befragten Vertreter der Mitte ein Teil der von ihnen als „normal“ wahrgenommenen Gesellschaft. Eine Ursache für diese Offenheit und Flexibilität könnte darin begründet sein, dass man die Unsicherheit der eigenen sozialen Position befürchtet.¹¹⁹

117 Ähnlich wie Thomas Meyer, Lifestyle- und Aktivbürger, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 17-20 und Jürgen Kocka, Bürgerlichkeit – Wovon reden wir eigentlich, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Jg. 57 (2010) H. 4, S. 4-8.

118 Zur Diffusionsthese vgl. exemplar. Dietmar Molthagen, Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpool und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2007, S. 406.

119 Vgl. auch Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 47 (2009), S. 9-14, S. 64.

Zusammenfassend kann formuliert werden, dass die Vertreter der Mitte all jene als Teil der Mehrheitsgesellschaft anerkennen, die durch Anstrengung signalisieren, Mitglied sein zu wollen. Dabei ist es zweitrangig, ob die Bemühungen diesbezüglich immer zielführend sind. Somit kann die These, dass die Mitte aus einem Gefühl der persönlichen Bedrohung heraus immer sehr präzise auf eine Abgrenzung zur Arbeiter- und Unterschicht bedacht ist¹²⁰ in dieser Vollumfänglichkeit hier nicht bestätigt werden. Sie ist gerade was die unteren Schichten betrifft, deutlich inklusiver, toleranter und großräumiger als erwartet werden konnte. Eben weil die Mitte den Erfolg nicht mehr zwingend der erbrachten Leistung zuschreibt und den Leistungsbegriff nicht mehr ausschließlich unhinterfragt verwendet, werden die Erfolglosen nicht per se stigmatisiert.¹²¹

Insgesamt verurteilen die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte diejenigen, die sich jenseits der oberen Grenze der Mitte befinden heftiger als jene aus den unteren Segment der Gesellschaft. Mit ihnen solidarisiert sich die Mitte eher – sei es aus Angst, Mitgefühl oder moralischen Gesichtspunkten. Dabei fühlt sich die Mitte wie auf einer kleinen Sandbank, deren Grundsubstanz nach und nach ins Meer gespült wird. Sie ist davon überzeugt, dass die „Schere zwischen Arm und Reich“ immer weiter aufgehen wird, dass es „irgendwann keine Mittelschicht mehr“, sondern nur „oben und unten“ geben wird. Diese Annahmen werden auch durch repräsentative Umfragen bestätigt: immerhin würden 92 Prozent der Bürger der Vermutung zustimmen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wachsen wird.¹²² Aus diesem durch Verlustangst geprägten Selbstbild heraus speist sich ein ganz bestimmtes Bild von der Gesellschaft und eine Idealvorstellung davon, wie eben diese Gesellschaft eigentlich aussehen sollte.

120 Vgl. exempl. Steffen Mau, *Lebenschancen*, 2012, S. 190.

121 Wie noch Heike Solga, *Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft*, 2005, S. 46 annimmt.

122 Thieß Petersen, *infas-Umfrage. Meinungen und Einstellungen der Bürger zur Globalisierung und zu globalen ökonomischen Risiken*, 2011, online einsehbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_34721_34723_2.pdf [eingesehen am 10.12.2012].

5.6 DIE MITTE IN DER GESELLSCHAFT ODER WAS IST GERECHTIGKEIT, SOLIDARITÄT UND VERANTWORTUNG?

Fragt man die Mitte danach, was Gesellschaft ist, bekommt man ein relativ klares, aber auch ein negatives Bild gezeichnet. Wir leben in einer „Ellenbogengesellschaft“, „Wegwerfgesellschaft“ oder „Leistungsgesellschaft“, die durch Wertewandel und Zwänge gekennzeichnet ist und langsam aber sicher „zerbröckelt“. Bei einer genauen Analyse fällt auf, dass die Fokusgruppenteilnehmer offenbar zwischen *Gesellschaft* und *Gemeinschaft* unterscheiden. Denn während der Begriff der *Gesellschaft* immer nur dann verwendet wurde, nachdem er von der Moderation initiiert worden ist, scheint die bevorzugte Vokabel der Vertreter der Mitte die der *Gemeinschaft* zu sein. Deren Akzentuierung eher durch die Begriffe wie beispielsweise „Gemeinschaftsaufgaben“, „Gemeinschaftsbande“, „Dorfgemeinschaft“ und „Solidargemeinschaft“ geprägt wird.

Offenbar fühlt sich die Mitte einer *Gesellschaft* ausgeliefert, an der sie wenig ändern kann und die durch externe Kräfte geformt wird. Demgegenüber erlebt sie die *Gemeinschaft* als einen harmonischen und gestaltbaren Ort, dem man sich zugehörig fühlt, an dem Interessen ausgeglichen werden und wo die Starken den Schwachen helfen. Die ontologische Auseinanderentwicklung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft ist erst ein Produkt des 19. Jahrhunderts.¹²³ Während die Gesellschaft für die negativen Assoziationen der Moderne herhalten musste, die ein „begrifflicher Platzhalter für die Ausbreitung kapitalistischer Erwerbslogik, Massenverelendung des Proletariats und die Zerstörung traditionaler Lebensformen wurde, [avancierte die] Gemeinschaft vielerorts zur Projektionsfläche für die im Zuge der Modernisierung verlorenen Sicherheiten“¹²⁴. Nicht zufällig hat die Gemeinschaftskonzeption ihre Hochphase in Krisenzeiten erfahren.¹²⁵ Diese lösen offenbar eine Sehnsucht nach einer Gemeinschaft aus, die über dem Einzelnen steht sowie diesen überdauert und „die Möglichkeit darstellt, die spezifische Sinnlosigkeit und Diesseitigkeit des modernen Daseins zu überschreiten“.¹²⁶

123 Lars Gertenbach u. Henning Laus, Theorien der Gemeinschaft. Zur Einführung, Hamburg 2010, S. 31.

124 Ebd. S. 34.

125 o.A., Bildung in Berlin und Brandenburg 2010, 2010, S. 170.

126 Lars Gertenbach, Theorien der Gemeinschaft, 2010, S. 35.

In diesem Zusammenhang ist der Befund interessant, wie die Vokabel der *Gemeinschaft* verstärkt in den Fokusgruppen der oberen Mitte gebraucht, hingegen in der unteren überhaupt nicht benutzt wurde. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass sich Teile der unteren Mitte exkludiert fühlen, zumindest hilfloser als diejenigen, die über ein größeres Haushaltseinkommen und einen höherwertigen Bildungsabschluss verfügen. Insgesamt scheint die Beobachtung, dass Gemeinschaft vorzugsweise positiv und Gesellschaft tendenziell negativ konnotiert ist, ein Indiz dafür zu sein, dass die Befragten sich durch Teile der Gesamtgesellschaft bedrängt fühlen.

Eine Leitidee ihrer Gemeinschafts- und Gesellschaftsvorstellungen ist das Erreichen sozialer Gerechtigkeit. Die Vorstellung von einem Ausgleich und einer gerechten Güterverteilung innerhalb der Gesellschaft war die häufigste mit dem Begriff der *Gerechtigkeit* ausgeführte Assoziation der Befragten. Davon abgesehen verlief die Diskussion zu dem Begriff an sich in allen Gruppen ausgesprochen schleppend. Das ist ein Hinweis darauf, dass den meisten Befragten konkrete Vorstellungen zu diesem Wert fehlen und es viele verschiedene und individuelle anstatt allgemein akzeptierte Konzeptionen von Gerechtigkeit gibt. Ein Großteil der Interviewpartner war überdies der Meinung, dass es Gerechtigkeit gar nicht geben kann. Dieser Tatbestand gilt offenbar vor allem für den Zustand des „Wirtschaftssystems“. Hier habe die Globalisierung die Gerechtigkeit „aufgehoben“.

Interessant ist, dass die Annahme der Nichtexistenz von Gerechtigkeit beinahe ausschließlich von Vertretern der „unteren Mitte“ geäußert wurde. Ein Hinweis darauf, dass ihnen die Verhältnisse prinzipiell als ungerecht erscheinen und sie in der Eigenwahrnehmung wenig Gerechtigkeit erfahren. Ähnliches bestätigen auch Studien, in denen Indikatoren dafür identifiziert wurden, die das Schwinden von sozialer Gerechtigkeit belegen.¹²⁷ Innerhalb der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ entdeckten Claudia Dalbert und Andres Zick einen Zusammenhang zwischen einer ausgeprägten Gerechtigkeitsvorstellung und der Abwertung anderer, vor allem schwächerer gesellschaftlicher Gruppen.¹²⁸ Demzufolge unterstützt gerade die innerhalb der unteren sozialen Mitte

127 Vgl. Serge Embacher, *Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland*, Bonn 2009, S. 14f; auch Wolfgang Glatzer, *Gefühlte (Un)Gerechtigkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 47 (2009), S. 15-20, S. 18.

128 Claudia Dalbert u. Andreas Zick, *Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an eine gerechte Welt und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in:

vertretene schwache Vorstellung des Wertes *Gerechtigkeit* den Befund aus den vorangegangenen Kapiteln. Eine Abwertung der sozial Schwächeren wird durch diese nicht praktiziert. Das kann letztlich auch als ein Hinweis darauf interpretiert werden, dass sie befürchten, in Zukunft womöglich selbst von Schicksalsschlägen und Ungerechtigkeiten betroffen zu sein. Infolgedessen solidarisieren sie sich in ihren Augen mit den sozial Schwächeren, denn sie könnten – da es schließlich ungerecht in der Welt zugeht – die nächsten sein, die von der Ungerechtigkeit eingeholt werden.

Neben der sozialen Gerechtigkeit evoziert ein Teil der Befragten den Wert der Gerechtigkeit mit Inhalten, die sich unter der Formel „Leistungsgerechtigkeit“ subsummieren lassen. Diese Konnotation wiederum wird – wenig überraschend nach den bisherigen Ausführungen – eher in der oberen Mitte vertreten. Obwohl es allen Beteiligten beinahe unmöglich ist, Gerechtigkeit zu definieren, fordern die Befragten von der Politik ein, dass es in Zukunft mehr Gerechtigkeit geben sollte. Die Vertreter der Mitte wünschen sich „gleiche Maßstäbe für alle“ und eine gerechte Justiz. Ein letzter Bereich, den die Fokusgruppenteilnehmer mit Gerechtigkeit verbinden, ist der der Generationengerechtigkeit. Diese bezieht sich nicht nur auf die Jüngeren, denen keine zerstörte Umwelt hinterlassen werden dürfe, sondern – wie bereits in dem Kapitel über den Leistungsdiskurs der Mitte angesprochen – ebenso auf ältere Menschen. Diese dürften, sofern sie ihr Leben lang gearbeitet hätten, aufgrund von gerechtigkeitsbasierten Beweggründen nicht von Altersarmut bedroht sein, sondern sollten vielmehr in die Gesellschaft integriert werden.

Lediglich ein geringer Teil der Fokusgruppenteilnehmer denkt bei Gerechtigkeit an Chancengerechtigkeit, die vorwiegend für Kinder Geltung haben sollte. Dieses Bild von Gerechtigkeit impliziert gleichzeitig, dass die Gesellschaft als solche – bis zu einer gewissen Grenze – eine durchlässige Gesellschaft ist. Da diese Ansicht unter den Befragten, wie die vorangegangenen Aussagen deutlich machen, nicht mehr flächendeckend verbreitet ist, überrascht die unpräzise Gerechtigkeitsvorstellung an dieser Stelle nicht.

Im Lichte dieser Ergebnisse kann auch die These von Rolf G. Heinze, dass die Mitte Gerechtigkeit zunehmend als Teilhabegerechtigkeit interpretiere¹²⁹,

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 8, Berlin 2010, S. 87-106, hier S. 102.

129 Rolf G. Heinze, *Die erschöpfte Mitte. Zwischen marktbestimmten Soziallagen, politischer Stagnation und der Chance auf Gestaltung*, 2011, S. 93. Auch Patrick

nicht bestätigt werden. Die hier Befragten haben den Tatbestand angenommen, dass Gerechtigkeit – wenn es sie überhaupt geben sollte – ein rein individueller Befund ist, der „in der Welt da draußen“ fehlt und bei dem es offenbar auch wenig Sinn hat, ihn allumfassend einzufordern, da sämtliche hierfür nötigen Mechanismen in ihren Augen dysfunktional geworden sind.

In der Annahme, dass Wertvorstellungen einen Großteil des Denkens und Handelns beeinflussen, wurden die Teilnehmer neben der Gerechtigkeit auch zu ihren Vorstellungen nach *Verantwortung* befragt. Hier waren die Ergebnisse weniger diffus als bei der Frage nach Gerechtigkeit, doch ähnlich unspezifisch. Dennoch konnte in Grenzen ein Deutungsmuster identifiziert werden. Verantwortung bezog ein Großteil der Befragten auf sich selbst. Sie gaben zu Protokoll, dass dieser Wert für sie zunächst Eigenverantwortung bedeutet. Indem man „ehrlich und zuverlässig“ ist, verbindlich „für etwas einsteht“ und „ein Vorbild für andere ist“, übernimmt man Verantwortung für sein eigenes Handeln. Die Übernahme von Selbstverantwortung bezieht sich jedoch nicht ausschließlich auf die eigene Persönlichkeit, sondern wird als Anforderung auch von anderen erwartet. Die Mitte fordert mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung, mehr Engagement innerhalb der Gesellschaft. Man dürfe sich nicht nur immer auf den Staat und die Gesellschaft verlassen, sondern müsse selbst handeln. Die äußerst starke Betonung der Eigenverantwortung ist zwar ein Ausdruck dafür, dass sich die Befragten nicht mehr auf die staatlichen Institutionen verlassen möchten oder können, aber auch gleichzeitig ein Beleg für eine zunehmende Entfremdung zwischen der Mitte selbst und den anderen Teilen der Gesellschaft.

Daneben ist für die hier Befragten Verantwortung auch etwas, was man übertragen und teilen kann. Eine Vorstellung beinhaltet, dass man aufeinander Acht gibt. Achtgeben bezieht sich in diesem Zusammenhang jedoch weniger auf die Mitmenschen sondern mehr auf die Umwelt. Man hat der Natur gegenüber eine Verantwortung und muss daher sein tägliches Handeln auf Nachhaltigkeit hin überprüfen. Hier sind es vor allem jene Befragten mit Kindern, die explizit für einen Verantwortungsbegriff eintreten, der den Nachhaltigkeitsgedanken und den bewusst schonenden Umgang mit der Natur einschließt. Während hingegen die Kinderlosen konsequent nur für sich und an die Folgen ihres individuellen

Sachweh kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass Ungleichheit unabhängig von der sozialen Lage beurteilt, hingegen auf der „differentiellen Erfahrungsgebundenheit“ der einzelnen Individuen beruht. Vgl. Patrick Sachweh, *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit*, 2010, S. 281.

Handelns dachten, demzufolge ihr Zukunftshorizont deutlich kleiner ist. Insofern sorgen sich diejenigen, die Kinder haben oder irgendwann einmal Eltern werden möchten, um die Zukunft mehr als die anderen.

In den Gruppengesprächen mit den Vertretern der oberen sozialen Mitte wurde die Diskussion bezüglich der Verantwortung dahingehend erweitert und fokussiert, dass man auch Verantwortung für andere übernehmen müsse. Es entstand der Eindruck, dass Eigenverantwortung für sie eine größere Selbstverständlichkeit ist als für den Kern der gesellschaftlichen Mitte und die ressourcenschwächeren Vertreter der Untersuchungsgruppe. Doch Verantwortung für andere zu übernehmen, für die Kinder, die Familie, ein größeres soziales Umfeld, kann mitunter anstrengend sein. Auch das wurde in den Fokusgruppen betont. Daneben bezog die obere Mitte Verantwortung auch auf kritisches Denken und die Pflicht, sich in der Gesellschaft einzubringen. Ein Faktum, das auch gerade für die engagierte Mitte, also für diejenigen Vertreter aus der Bürgerproteststudie, eine große Rolle spielte. Doch gerade all jene, für die Pflicht zur Verantwortung auch belastend sein kann – ein Akzent, den vor allem Vertreter der oberen Mitte deutlich setzen – erwarten hierfür als Gegenleistung eine überproportionale Anerkennung von der Gesellschaft.

Dennoch: Trotz der oben beschriebenen verhältnismäßig inklusiven Selbstpositionierung innerhalb der Gesellschaft und der Betonung an Verantwortungsübernahmebereitschaft auch für die „schwachen Glieder“, ist die gesellschaftliche Mitte, wie sie hier untersucht wurde, nicht allumfassend solidarisch mit sämtlichen Bevölkerungsgruppen. Die Indizien dafür reichen von feinen semantischen Hinweisen bis zu handfesten Äußerungen. So stimmt ein kleiner Teil der Befragten Thilo Sarrazin zu und zeichnet mit einem legitimierenden Verweis auf seine Äußerungen das Bild der arbeitslosen und überschuldeten Media-Markt-Konsumenten – die offensichtlich kein Teil der von der Mitte imaginierten Gesellschaft sind. Mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ entfachte Sarrazin im Jahr 2010 durch provokante Thesen über den demographischen Wandel, die von ihm konstatierte Zunahme der sogenannten „Unterschicht“ und einer vermehrten Einwanderung aus vorwiegend muslimisch geprägten Kulturen sowie der von ihm als dramatisch inszenierten gesellschaftlichen Folgen für Deutschland eine kontroverse Debatte. Diese Coverstory¹³⁰ wurde in den Gruppengesprächen aufgegriffen. Sarrazin habe „endlich die Wahrheit“ über die Zustände in unserer Gesellschaft gesagt, jedoch gleichzeitig „nur an der Oberfläche gekratzt – denn es gäbe diesbezüglich noch viel mehr zu sagen“. So schütze

130 Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, 2010, S. 226.

man „die Ausländer in Deutschland mehr als die Deutschen“ und es gäbe „zu viele Ausländer auf den Gymnasien“. Doch all diese Aussagen konnten nur innerhalb der Gruppendiskussionen im Jahr 2010 beobachtet werden, während jenseits des medialen Hypes um seine Person, Sarrazin in den Fokusgruppen nicht thematisiert worden ist. Überdies konnte keine dieser vereinzelt ausgesprochenen auf Zustimmung innerhalb der Gruppen treffen, ihnen wurde mitunter sogar – wenn auch nicht entschieden – widersprochen.

Das heißt im Umkehrschluss jedoch nicht, dass extremistische und rassistische Ansichten innerhalb der Untersuchungsgruppe nicht vertreten waren. Die, in der Antisemitismusforschung entwickelte Theorie der „Kommunikationslatenz“ verweist darauf, dass deutliche antisemitische Äußerungen im öffentlichen Raum nicht artikuliert werden, weil sich die Sprecher von Sanktionen und Strafandrohungen bedroht sehen. Latente Einstellungsmuster werden eher im privaten oder semiöffentlichen Raum geäußert. Gerade in diesem Licht sind die in den Fokusgruppen gefallen und oben festgehaltenen Aussagen nicht unerheblich.¹³¹ Insgesamt sind fremdenfeindliche Argumentationsmuster ein Randphänomen in den durchgeführten Gruppendiskussionen gewesen – wobei jedoch eingewandt werden muss, dass im Gegensatz zu anderen Studien hier nicht explizit danach gefragt wurde.¹³² Im Rahmen dieser Studie mit einem in den Gruppen völlig anderen moderierten Schwerpunkt fielen völkische Kollektivsingulare und abwertenden Aussagen zwar selten, aber mitunter ganz selbstverständlich. Dabei stießen diese Aussagen kaum auf Widerspruch, sondern eher auf Gleichgültigkeit oder stille Zustimmung.

So zieht die Mitte zwar keine Grenze zwischen sich und jenen, die „unverschuldet ihren Job verloren haben“, wohl aber eine deutliche Trennlinie zwischen sich und „denen“: zwischen denjenigen, die nicht „richtig deutsch sprechen“ und „die deutsche Werte nicht akzeptieren“, denen, die den Anforderungen einer imaginierten deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht nachkommen.

131 Zur Kommunikationslatenz erstmals Werner Bergmann u. Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 38 (1986), S. 223-246; Heiko Beyer u. Ivar Krumpal, „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“. Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen, in: Kölner Zeitschrift für Psychologie und Sozialpsychologie, Jg. 62 (2010) H. 4, S. 681-705, S. 701.

132 Vgl. in diesem Zusammenhang die Studien von Samuel Salzborn, Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, 2010.

Auffällig ist es auch, dass selbst Diskussionsteilnehmer mit Migrationshintergrund, die sich selbst als integriert bezeichneten, rassistischen Anspielungen nicht widersprachen oder denen ihre eigene Erfahrung und Integrationsleistung entgegensetzten.

Der bereits oftmals nachgewiesene Zusammenhang zwischen dem Gefühl, sich *politisch* ausgeschlossen zu fühlen und der Neigung zu xenophoben und rechtsextremistischen Einstellungen ist auch hier identifiziert worden.¹³³ Denn nationalistische Töne waren vorwiegend von jenen zu vernehmen, die das *politische System* hart kritisierten. Ein Befund, der im kommenden Kapitel weiter diskutiert wird.¹³⁴

5.7 ÜBERZOGENE ERWARTUNGEN, LEGITIMER ANSPRUCH ODER VÖLLIGE INDIFFERENZ? DAS VERHÄLTNIS ZUM POLITISCHEN SYSTEM

5.7.1 „Flachpfeifen“ und „Dampfplauderer“ – Erwartungen an Politiker

Die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte nehmen Politik vorwiegend über das handelnde Personal wahr. Dabei werden diese Personen in den seltensten Fällen mit einem bestimmten politischen Projekt verbunden, sondern es wird über deren Aussehen geurteilt beziehungsweise über eine spezifisches Bild des Politikers Mutmaßungen angestellt: Frau von der Leyen als mehrfache Mutter, Philipp Rösler als Einwandererkind und Theodor von und zu Guttenberg als Adelsspross. Daneben werden die amtierenden Politiker in den Fokusgruppen für nahezu alle schief laufenden Entwicklungen verantwortlich gemacht. Die Mitte scheint beinahe eine tiefe Verachtung für die politischen Vertreter in legislativen und exekutiven Gremien zu hegen und signalisiert dies in deutlichen Worten. In ihrer Wahrnehmung wird „der kleine Mann“ von „denen dort oben“ doch „nur verarscht“. Die Befragten machen die Politiker für die geringen Löh-

133 Vgl. exempl. Oliver Decker u. Marliese Weißmann, *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Berlin 2010.

134 Mit ihnen muss die Erosion der politischen Mitte konstatiert werden. Auch Christoph Butterwegge u. Alexander Häusler, *Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?*, in: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), *Opladen* 2002, S. 217-266, hier S. 243.

ne, nicht existenzfähigen Renten und schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich. Oftmals entstünden all diese identifizierten Probleme erst, weil die Politiker gedankenlos agierten, wie beispielsweise an der Entwicklung der Globalisierung erkennbar sei.

Die Politiker, so sehen es die befragten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte, gehen ihrer Profession nicht nach, um etwas zu verbessern oder ihre Ziele durchzusetzen, sondern lediglich um „gutes Geld“ zu verdienen. Ihre Handlungen würden einzig durch das Ziel definiert werden, die kommenden Wahlen zu gewinnen. Sie seien also nur Politiker, um für sich selbst den größeren Nutzen herauszuholen, sich in Berlin und den Landeshauptstädten die eigenen Taschen zu füllen. Insgesamt sei das System derart verkommen und dessen Strukturen so verstaubt, dass jegliche Reformbemühungen zwecklos sind. Selbst diejenigen, die gegen die Machenschaften ankämpfen, würden durch die etablierten Nutznießer des Systems beseitigt, wie die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen im Fall Zumwinkel.¹³⁵

Ohnehin fehle den Politikern das „Expertenwissen“ und die „Hintergrundinformationen“, um auf allen Gebieten die Entscheidungen treffen zu können. Sie sind keine technischen Spezialisten und könnten deshalb weder über Atomtallagerstandorte befinden noch, weil ihnen hierfür das volkswirtschaftliche Know-how fehlt, die Wirtschaft lenken. Eine Argumentationsfigur, die sich besonders bei der engagierten und protestierenden Mitte fand.

Die Politiker sind aus Sicht der Befragten „blass“, „unscheinbar“ und „unglaubwürdig“. Sie sind nicht „volksnah“ genug und wenn sie unmittelbar nach ihrem Universitätsabschluss in die Berufspolitik einstiegen, hätten sie sowieso „keine Ahnung“, welche Probleme sich in der Gesellschaft anhäufen oder wie die Familien ihren Alltag organisieren. Das „wirkliche Leben“ der Mitte sei diesen politisch Tätigen letztlich fremd. Und wenn sich ein Politiker doch einmal „volksnah geben“ sollte, dann vermuten die Befragten dahinter ausschließlich eine mediale Inszenierung. Sie halten Politiker für die „geborenen Schauspieler“,

135 Die Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen nahm im Februar 2008 den damaligen Chef der Deutschen Post AG, Klaus Zumwinkel, im Licht der Öffentlichkeit fest. Zwischen Festnahme und Verhandlungseröffnung gegen Zumwinkel wurden durch das nordrhein-westfälische Justizministerium Prüfungsverfahren gegen Lichtinghagen eingeleitet. Sie verließ daraufhin die Bochumer Abteilung für Wirtschaftskriminalität und wechselte zum Essener Amtsgericht. Dies löste in der Öffentlichkeit große Empörung aus. Vgl. Hans Leyendecker, Eine gemachte Heldin, in: Süddeutsche Zeitung, 17.05.2010.

die den Bürgern nur ihre „rhetorischen Taschenspielertricks“ präsentierten. Aber die Mitte der Gesellschaft falle auf solche Selbstdarstellungen wie von der „Übermutter“ von der Leyen oder dem Pop-Politiker Guttenberg nicht herein. Sie gibt nichts auf die Versprechen der Politik – denn es ist alles nur „Getue“, es sind „leere Phrasen“, um die nächsten Wahlen zu gewinnen oder ein „reines Geschachere“, um gute Startplätze für die anstehenden Koalitionsverhandlungen zu erlangen. Insgesamt herrscht bei den Befragten der Eindruck vor, dass sie mangelhaft repräsentiert werden.

Dabei sollten die Politiker dafür Sorge tragen – so der Anspruch der Fokusgruppenteilnehmer –, dass „das Leben funktioniert“. Sie erwarten Ehrlichkeit, Verbindlichkeit, Sachverstand, Glaubwürdigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft, Autorität, Zielstrebigkeit, Charakterfestigkeit und Verantwortlichkeit. Verantwortliches Handeln bedeutet einen bewussten Umgang mit Steuermitteln und die persönliche Haftung bei politischen Fehlentscheidungen. Durchsetzungsfähigkeit impliziert die zielgerichtete und machtvolle Umsetzung politischer Projekte gegen jedwede Widerstände. Es wird ein Politiker imaginiert, der „was hinkommt“, Reformen vorschlägt, durch- und umsetzt. Mit Charakterfestigkeit ist gemeint, den vielen Verlockungen zu widerstehen und „Gewissensentscheidungen“ zu treffen, statt sich im „Filz“ und den „Seilschaften“ zu verheddern oder sich der Parteipolitik und dem Fraktionszwang zu beugen. Ehrlichkeit heißt, unbeliebte Dinge anzusprechen, zu „sagen, wie es wirklich ist“. Glaubwürdigkeit schließlich meint die Durchsetzung der Wahlversprechen. Allerdings müssen dies keine übergroßen „Megaversprechungen“ sein. Die hier befragte Mitte würde sich auch mit „kleineren Brötchen“ zufriedengeben. Sie wünscht sich, dass die Politiker mit Versprechungen im Wahlkampf eher zurückhaltend agieren und diese dafür dann lieber während der Legislaturperiode umsetzen.

Das Anforderungsprofil an den idealen Politiker ist äußerst anspruchsvoll. Die Befragten wünschen sich Politiker, die das Geld nicht unnütz ausgeben, nicht „verballern“ sondern einfach nur ganz „logisch“ haushalten. Dabei seien als Eigenschaften der Politiker gute Kontakte und Intelligenz unerlässlich. Schließlich könnten sie Widerstände nur dann umschiffen, wenn sie mit allen Wassern gewaschen seien. Man wünscht sich politische Entscheider, die „ehrlich“ sind, auch wenn dies die Verkündung schlechter Nachrichten bedeutet, die authentisch und glaubwürdig sind – wozu auch Eingeständnisse bei Fehlleistungen und Irrtümern gehören. Die Mitte möchte Politiker, die in der Lage sind, ihnen auch schwierige Sachverhalte zu erklären und diese nicht einfach übergehen. Gleichzeitig wünscht sie sich klare Aussagen statt „Wischwaschi“ und Politiker, die nicht nur die nächsten vier oder fünf Jahre ihrer Regierungsbilanz

im Blick haben, sondern verantwortungsbewusst die Zukunft der kommenden fünfzig Jahre vorausplanen. Sie müssen die Welt für die Kinder gestalten wollen. Das bedeutet auch, dass sie sensibel auf die Umwelt zu achten haben und eine „Haltung“ einnehmen müssen. Daneben möchte die Mitte zwar deutlich über Alternativen bei grundlegenden Entscheidungen aufgeklärt werden, sucht aber gleichzeitig auch politische Vorbilder, die ihnen bestimmte Entscheidungen abnehmen und sie dadurch entlasten.

Neben all diesen Anforderungen müssten Politiker „charismatisch“ sein, sich gleichzeitig um Probleme vor Ort kümmern können und weniger in der Welt herumtreiben. Die Vertreter der Mitte fühlen sich von den Politikern nur dann gut vertreten, wenn sie den Eindruck haben, dass der Minister oder die Ministerin auch tatsächlich wissen oder zumindest anhand ihres Lebenslaufes theoretisch wissen könnten, was bei ihnen an der „Basis“ los ist, wenn sie Volksnähe zeigen und „echt sind“. Und dies gelingt aus Sicht der Mitte der Gesellschaft dem Politiker anscheinend umso besser, je weniger er in der Hierarchie aufgestiegen ist. Denn je höher sie auf der politischen Karriereleiter klettern, desto weniger sympathisch wirken sie auf die Befragten, desto weniger Authentizität unterstellen sie ihnen. Daneben sollte ein „guter Politiker“ auch irgendwie „anders“ sein, sich von dem politischen Mainstream abheben. Dies funktioniert durch ein jugendliches Auftreten wie beispielsweise von Philipp Rösler, durch das Vertreten von Meinungen, die als unkommerziell bezeichnet werden oder durch die Repräsentation von gesellschaftlichen Randgruppen, wie es von Guido Westerwelle durch das Bekenntnis zu seiner Homosexualität praktiziert werde. Auf keinen Fall sollten Politiker aber selbst aus Politikerfamilien stammen, wie beispielsweise Ursula von der Leyen. Dann wittern die Befragten erbmonarchische Zustände und mangelnde Volksnähe. Doch die Vertreter der Mitte haben nicht das Gefühl, dass die Politiker irgendwie mit ihnen in Kontakt stehen oder gar, dass sie auf irgendwas Einfluss hätten. Lediglich über das Geld treten die Politiker mit „den Menschen“ in Beziehung – indem sie es ihnen „aus der Tasche ziehen“.

Die zusammenfassende Präsentation der Diskussionen in den Gruppen zum Anforderungsprofil des Politikers zeigt nicht nur, dass diese in der Mitte der Gesellschaft einen schweren Stand haben, sondern auch äußerst ambivalent beurteilt werden: Empfindet man beispielsweise Frau von der Leyen auf der einen Seite als taff, die für ihre politischen Ziele und für Umbrüche einsteht, bemängelt man auf der anderen Seite ihre Rolle als Mutter sowie ihre Herkunft aus einer Politikerfamilie. Sie „kann sich doch Haushaltshilfen leisten“, denn bei ihr „steckt Geld dahinter“, während „normale Menschen so nicht leben“ könnten. Ebenso ergeht es Philipp Rösler: Auf der einen Seite fanden die Befragten es

positiv, dass der „Junge“ mal „frischen Wind“ bringt, andererseits kenne er als „Uni-Frischling“ nicht das „wahre Leben“.

Quantitative Umfragen geben einen Hinweis darauf, dass die Meinung über Politiker erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten so dramatisch ins Negative gekippt ist. Waren einer repräsentativen Umfrage zur Folge in den 1990er Jahren noch 42 Prozent der Meinung, dass sich die Abgeordneten primär an den Interessen der Bevölkerung und nicht an den eigenen Vorteilen oder den Forderungen der Lobbyisten orientieren, standen 2001 nur noch 26 Prozent und 2011 lediglich noch 15 Prozent hinter dieser Aussage.¹³⁶ Auch die in den Fokusgruppen vertretenen Ansichten erwecken den Eindruck, als beurteilen die Befragten ehemalige Politiker, die in der Vergangenheit agierten, deutlicher positiver: „Früher“ seien die Politiker eher „Praktiker“ gewesen und schon allein daher viel durchsetzungsstärker. In diesem Zusammenhang werden immer wieder Helmut Schmidt, Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher genannt – all jene seien wenigstens noch „gute Politiker“ gewesen. Gut deshalb, weil sie sich durchsetzen konnten, weil sie glaubwürdig waren und Lebenserfahrung hatten. Bei alledem gestehen die Befragten vereinzelt ein, dass man Politiker und deren Durchsetzungsfähigkeit ohnehin erst in der Retrospektive bewerten könne. So verband vor allem die engagierte Mitte aus der Bürgerproteststudie mit dem Kniefall von Willy Brandt im Dezember 1970 in Warschau eine äußerst positive Assoziation. Demgegenüber befanden laut einer Spiegel-Umfrage Ende des Jahres 1970 lediglich 41 Prozent der Befragten die spontane Geste für angemessen und immerhin 48 Prozent für übertrieben.¹³⁷ Die Geste hat sich demzufolge erst in der Retrospektive positiv in den Erfahrungsraum eingeschrieben.

Die Befragten gehen davon aus, dass sich gegenwärtig gute Politiker – wenn es sie denn gäbe – in den Parteien durchsetzen könnten. Denn wenn diese es wagen würden, mit ihren Ideen „vorzupreschen“, würden sie gegen die festgemauerten Mauern der Parteien rennen und von ihren Vorsitzenden „zurückgepfiffen“ werden. In den Augen der befragten Vertreter der Mitte sind die Politiker eine Kaste, die es sogar schafft, sich dem Gesetz zu entziehen, wie es Helmut

136 Thymian Bussemer, *Die erregte Republik. Wutbürger und die Macht der Medien*, Stuttgart 2011, S. 35.

137 Adam Krzemiński, *Der Kniefall*, in: Etienne François u. Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*. Bd. 1, München 2001, S. 638–653, S. hier 651. Immerhin wäre 1972 Brandt wegen dieser Geste von seinen politischen Gegner beinahe gestürzt worden: Vgl. Arnulf Baring u. Gregor Schöllgen, *Kanzler, Krisen, Koalitionen. Von Konrad Adenauer bis Angela Merkel* 2006, S. 127.

Kohl in der CDU-Spendenaffäre vorgemacht habe. Die etablierten Politiker würden aus Angst vor Konkurrenz keine jungen Leute mehr aufbauen, da diese spätestens dann „aus dem Verkehr gezogen“ würden, wenn sie drohen, an dem Stuhl der „Leitwölfe“ zu sägen.

Neben dieser sehr expressiven Schelte der Politiker, die in allen Gruppen und Teilprojekten geäußert wurde, waren vereinzelt einschränkende Bemerkungen zu hören, die Verständnis für politische Aushandlungsprozesse und Handlungsspielräume erkennen lassen. So könne man beispielsweise an Angela Merkel ablesen, wie sehr das Amt an einer Person zerre. Überdies: Politiker seien für ihre offensichtlich schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit vor allem im Vergleich zu Spitzenmanagern völlig unterbezahlt. Positiv reagierten die Befragten auch dann, wenn der Politiker ihrer Wahrnehmung nach ein intaktes oder „harmonisches“ Privatleben vorzuweisen hat. Und schließlich waren singulär auch Aussagen vernehmbar, dass bei aller Fehlbarkeit der Politiker diese schließlich nicht in einem luftleeren Raum agierten, sondern in verschiedene Systeme eingebunden seien, europäische Vorgaben und andere Verflechtungen erschwerten ihnen die autonome Arbeit enorm.

5.7.2 „Geschacher“ und „Einheitsbrei“ – Das politische System in der Wahrnehmung der Mitte

Auch die Politik an sich wird keinesfalls positiver als die handelnden Akteure bewertet. Politik gilt den Befragten als „schmutziges Geschäft“, indem nicht nur die Regeln undurchschaubar sind, sondern auch alle althergebrachten Werte an Bedeutung verlieren. Unehrlichkeit, Verrohung und Intransparenz seien die zentralen politischen Geschäftsbedingungen der Gegenwart. Die Mitte erkennt der Politik Integrität, Moral und Rechtschaffenheit ab und traut ihr keinerlei Steuerungsmöglichkeiten mehr zu. Die Politik werde getrieben von vermeintlich ökonomischen Notwendigkeiten, von konzerngesteuerten Lobbyisten, durch die Macht des Kapitals oder die Verordnungen der Europäischen Union. In letzter Konsequenz ist sie daher in den Augen der Mitte auch ein stückweit sinnentleert.

Eine weitere Quelle der Enttäuschung sind offenbar die Aussichten der Befragten auf die zukünftigen Entwicklungen. Aus dem bisher gewonnenen Erfahrungsraum bezüglich des politischen Systems haben sie keinerlei Zuversicht was den Erwartungshorizont an dieser Stelle betrifft. Sie sehen keine Chancen auf Veränderungen oder Reformen innerhalb des von ihnen wahrgenommenen politischen Systems. Es herrscht die breite Überzeugung vor, dass sich an den gegenwärtigen Zuständen nicht viel ändern wird. Auch in Zukunft erwarten die Befragten wenig bis kaum etwas von der Politik und den Politikern. Dabei wird

nicht nur auf die Unfähigkeit der handelnden Akteure verwiesen sondern auch auf den ihnen fehlenden Gestaltungsspielraum. Dieser sei völlig eingeeengt, weil einerseits die Kassen der öffentlichen Haushalte leer sind und andererseits die meisten Gesetze in ihrer Wahrnehmung ohnehin von der Europäischen Union vorgeschrieben und in Deutschland nur noch umgesetzt werden können.

Insgesamt zeigt sich, dass das Wissen über die Politik und ihre Funktionslogiken relativ begrenzt ist. Dies gilt auch für die aktive und protestierende Mitte, die beispielsweise selten – obwohl sie mit Forderungen dieser Art auftritt – zwischen Volksentscheid, Volksbefragung oder Volksbegehren unterscheiden kann oder nicht immer weiß, wer der politisch zuständige Ansprechpartner für ihre konkreten Belange ist. Obwohl den Fokusgruppenteilnehmern die Zuständigkeiten von Kreis- und Landtagen oftmals ebenso unklar sind, wie das Wechselverhältnis zwischen der Landes- und Bundesebene, eine konkrete Vorstellung davon fehlt, was Politik tatsächlich macht, sind sie der Ansicht, dass dies in ihren Alltag störend und allumfassend eingreift.

Daneben sehen die Befragten die Politik in der Verantwortung für die sie umgebenden Gesetze. Und genau jenen Gesetzen, die hoffentlich gut durchdacht und wohlüberlegt seien, trauen sie ein Veränderungspotential zu. Während jedoch keine Beispiele für „gelungene“ Gesetzesvorlagen aufgezählt werden konnten, wurde als fehlgeleiteter Gesetzgebungsprozess immer wieder die Steuergesetzgebung benannt. Diese lasse zu viele Ausnahmen zu, zahlreiche Schlupfwinkel, von denen nur die Großkonzerne profitierten. Überdies ist die politische Diskussion über eine Steuererleichterung in den Augen der Befragten völlig lächerlich und irrelevant. Sie, die keinen Steuerberater brauchen und sich durch ihre Einkommenssteuererklärung jedes Frühjahr selbstständig durcharbeiten, wissen schließlich, dass am Ende solcher Reformen allerhöchstens ein Plus von fünfzig Euro pro Kalenderjahr und Steuergemeinschaft zusammenkäme. Ein für sie unerheblicher, beinahe lächerlicher Betrag, der keinen Effekt habe und schon gar nicht zu einer spürbaren Entlastung beitrage. In eine ähnliche Richtung geht die Klage der Befragten bezüglich der allgemein konstatierten Unklarheit über die Entscheidungsgrundlagen der Politiker. Sie sind irritiert darüber, dass in kürzester Zeit über Rettungspakete und Kreditbürgschaften in Milliardenhöhe entschieden werden kann, während demgegenüber an einer „vernünftigen“ Steuergesetzgebung schon seit Jahren „herumgebastelt“ wird.

All diese letztlich dann doch ziemlich vage zum Ausdruck gekommenen Vorstellungen über das Politische ändern nichts an der Distanz, mit der die Befragten der Politik gegenüberstehen. Besonders deutlich wurde diese Entfremdung von der Politik während der Erhebungen in Nordrhein-Westfalen vor der Landtagswahl 2010. Hier konnte beobachtet werden, dass sich die Wähler aus

der politischen Arena ausgegrenzt fühlen. Es scheint für sie mitunter keinen Unterschied zu machen, ob sie wählen gehen oder nicht – ihre Stimme ist aus Sicht der Befragten offenbar gleichgültig. Denn nicht die Wähler entscheiden über Ministerpräsidenten oder Koalitionspartner, sondern die Politiker selbst, die ihre Bündnisse nach eigenem Gutdünken aushandeln und schmieden würden. Dabei zeigten die Fokusgruppenteilnehmer eine deutliche Ablehnung solcher Pattsituationen, die sich seit einiger Zeit am Ende der Wahlsonntage einstellen. Sie wünschen sich eher „klare Verhältnisse“, eindeutige Entscheidungen und in deren Folge offensichtliche Koalitionen, damit schnell und konstruktiv Politik gemacht werden, eine klare politische Richtung vorgegeben werden könnte.

Und genau diese „klare Richtung“ sollte schon im Wahlkampf erkennbar sein. Die Mitte möchte offenbar zwischen voneinander unterscheidbaren Alternativen wählen, anstatt immer den gleichen Mittelweg gehen zu müssen. Nichtsdestotrotz scheinen beinahe alle Befragten den öffentlich ausgetragenen Parteienwettbewerb und Wahlkampf abstoßend zu finden. Es würden zu viele Phrasen gedroschen, Wahlversprechen abgegeben, die ohnehin nicht gehalten werden und nur der Beruhigung der Massen dienen. Letztlich sei dies alles nichts als „Theater“, auf das man ohnehin schon lange nicht mehr hineinfalle. Wahlkampfauftritte sind in den Augen der Befragten Manipulations- und Medienveranstaltungen, weil kaum „tatsächliche Alternativen“ oder spätere politische Programme zur Auswahl stünden. Besonders nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg und der schwarz-grünen Koalition fühlten sich viele Wähler „betrogen“. Sie begründeten dies häufig damit, dass die Parteien über das für sie wichtige Themenfeld der Schul- und Bildungspolitik kaum gesprochen hätten und die CDU diesbezüglich nicht die „Wahrheit auf den Tisch gepackt“ habe. Auch im Zuge der Bürgerproteststudie traten Äußerungen dieser Art in den Vordergrund. Die Vertreter der Mitte sind der Ansicht, dass die Politik lediglich in Wahlkampfzeiten auf ihre Bedürfnisse eingeht, sie jedoch ignoriert, wenn sie nicht mehr auf „Stimmenfang“ ist. Die Mitte ist diese „permanente Wählertäuschung“ leid und geht daher nur noch notgedrungen zur Wahl.

Dass diese partielle Wahlenthaltung eher ein Ausdruck ihrer Ratlosigkeit denn ihrer genuinen politischen Überzeugung ist, zeigen auch die Aussagen der Befragten, dass der Gang zur Wahlurne für sie eigentlich eine „Bürgerpflicht“ ist:¹³⁸ „Ich verpasse keine Wahl, egal wie furchtbar die Auswahl ist und wie

138 Vgl. Viola Neu, „Dann bleib ich mal weg“, 2012, online einsehbar unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_31915-544-1-30.pdf?121106125228 [eingesehen am

ratlos man ist.“ Wählen ist demzufolge aus der Perspektive der Mitte ein Beteiligungsangebot, welches unbedingt wahrnehmen sollte. Dies gilt besonders für die Bürger aus den ostdeutschen Bundesländern, die lediglich im Sample der Proteststudie vertreten waren. Hier wurde die Wahlfreiheit verbal besonders hoch eingeschätzt. Ist man hingegen durch die Wahlabstinenz seiner Verpflichtung als Bürger nicht nachgekommen, dürfe man auch nicht über die Politik „meckern“ oder „sich aufregen“. Darüber hinaus müsse man, so die Fokusgruppenteilnehmer auch deshalb, am Wahlakt teilnehmen, weil dies die einzige Möglichkeit sei, sich einzubringen und den Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen. In diesem Zusammenhang interessierten sich vor allem die Teilnehmer der Hamburger Fokusgruppen für die Wahlrechtsänderungen der Landeswahlordnung. Die Möglichkeiten zum Kumulieren und Panaschieren mit je fünf Stimmen für die Kandidaten im Wahlkreis und für die auf den Landeslisten waren für die Befragten aus Hamburg zwar keine völlige Neuerung, dennoch wurden gerade im Vorfeld der Bürgerschaftswahl im Jahre 2011 die zahlreichen Wahlrechtsreformen in der Berichterstattung als zu kompliziert und wählerverwirrend beschrieben.¹³⁹ Dies sahen die Fokusgruppenteilnehmer völlig anders. Sie waren begeistert von der „klasse Wahlrechtsänderung“, die ihnen offenbar das Gefühl vermittelte, nun deutlich präziser als zuvor mit ihrer Stimme Einfluss nehmen zu können.

Die Vertreter der Mitte bevorzugten das neue Wahlrecht auch deshalb, weil sie durch die Auswahl einzelner Politiker das Gefühl erlangten, die Parteien, die sie als Grundübel des politischen Systems identifizieren, umgehen zu können. Parteien vertreten immer nur – so die Befragten – ihre eigenen Interessen und nicht die der Wähler. Ein Indiz dafür sehen sie in der Art und Weise, wie Parteien Wahlkampf betreiben: So äußerten sie beispielsweise harsche Kritik an dem nordrhein-westfälischen Wahlslogan der Christdemokraten „Wir haben die Kraft“. Die Teilnehmer der Fokusgruppen nahmen diesen Wahlspruch als substanzlos wahr und fragten sich, warum die Parteien ihren Wählern offensichtlich Inhalte und Sachthemen nicht zutrauen würden. Auch dies interpretierten sie als ein Zeichen dafür, dass die Politik den Blick für sie, die Bürger, verloren habe. Die umfangreiche Kritik an den Parteien erschöpfte sich damit noch nicht. Diese würden sich, so die Befragten, gegenseitig blockieren und nichts verändern,

04.05.2013] und Manfred Güllner, Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.

139 Vgl. exemplar. Frank Drieschner, Nichts fürs Volk. Das neue Abstimmungsverfahren begünstigt gebildete Wähler, in: Die Zeit, 24.02.2011.

schlimmer: die wenigen „guten Politiker“, die es noch gäbe, werden durch die Parteien „klein gehalten“ und nicht „nach oben gelassen“.

Auf der einen Seite ahnen die Befragten zwar, dass die Parteien unterschiedliche Profile haben müssen, erkennen diese auf der anderen Seite jedoch kaum. Parteiprogramme und grundsätzliche Positionen können von ihnen nicht identifiziert werden, weil sie nicht unverwechselbar und klar gegeneinander abgrenzbar seien. Die großen Parteien spiegelten nur Meinungen wider und keine Inhalte. Zudem verhielten sie sich wie Fähnchen im Wind: Hat die CDU eine Wahl aufgrund ihrer wirtschaftsliberalen Statements verloren, verpasse sie sich im nächsten Wahlkampf ein soziales Profil und umgab sich die SPD zu stark mit Begriffen der sozialen Kälte, die Wähler abschreckten, verwendet sie ein andermal wieder fürsorglichere Floskeln. Die Befragten registrierten all dies sehr aufmerksam und fühlten sich dadurch von der Politik abgeschreckt und missbraucht.

Hinzu kommt: Selbst wenn die Parteien ein unterschiedliches Programm hätten und dies deutlich machen könnten, blieben die Volksparteien immer noch „gleichstark“ und seien weiterhin unfähig, sich gegeneinander durchzusetzen. Somit sei, in der Logik der Fokusgruppenteilnehmer, die ganze Funktionslosigkeit der Parteien offenbar. In der idealen politischen Konstellation, die sich die Befragten vorstellen sollten, kommen Parteien überhaupt nicht vor. Und wenn es diese politischen Formationen in der Gegenwart notgedrungen geben sollte, wünscht man sich, dass sie weniger als Traditionskompanie auftreten, deren Entscheidungsprozesse und Wertvorstellungen historisch gewachsen sind, sondern als ein pragmatisches Bündnis, das etwas bewegen und verändern möchte.

Insgesamt fällt auf, dass die Befragten bezüglich Politik und Politikern kaum zu Differenzierungen in der Lage sind. Politiker sind immer „die Politiker“, unabhängig welcher Partei, welcher Generation oder welcher politischen Ebene sie angehören. Demgegenüber scheinen lediglich die Vertreter der oberen sozialen Mitte etwas differenzierter zu argumentieren. Hier relativierten sich bei zielgerichteten Nachfragen durch die Moderation die ersten barschen Äußerungen. So entwickelte sich innerhalb der Diskussion zu diesem Themenblock nach und nach Verständnis dafür, dass die Arbeit als Politiker womöglich nicht ganz so simpel ist, wie sie auf den ersten Blick scheinen mag, dass auch die Politik nicht nur nach einfachen Regeln funktionieren kann, sondern es durchaus zahlreiche Aspekte zu bedenken gibt, die Kausalzusammenhänge komplex sein können. Die Befragten ahnen, dass die Welt beziehungsreich und unübersichtlich ist, viele Vetoplayer, historisch gewachsene Interessenansprüche oder sich widersprechende Abschätzungen der jeweiligen Handlungsfolgen Entscheidungen schwermachen und Entscheidungskosten produzieren können. Es bildete sich

unter anderem die Einsicht heraus, dass die Verteilung von Haushaltsgeldern als eine Aufgabe der Politik mit Sicherheit nicht leicht ist, dass man schnell in Abwägungsnöte kommen kann, dass man Zwängen unterliegt und prinzipiell immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung hat, die einen größeren Bedarf decken müssen. Gerade die befragten Vertreter der oberen sozialen Mitte verweisen häufiger auf Sachzwänge solcher Art, während die der unteren Mitte den Politikern eher Boshaftigkeit und Mutwilligkeit unterstellen.

Doch dieses Mehr an Verständnis bedeutet in der Konsequenz nicht per se eine positivere Grundeinstellung beziehungsweise Nachsichtigkeit gegenüber der Politik. Hier ist eine gegenteilige Tendenz auszumachen. Gerade weil viele Vertreter der oberen Mitte davon überzeugt sind, in puncto Bildung und Wissen der Mehrheit der Bevölkerung voraus zu sein, entwickeln sie ein vermehrtes Anrecht auf eine stärkere Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Sie sehen auf der einen Seite diejenigen, die „nur die Bildzeitung lesen“ und den Politiker „nach seinem Aussehen“ wählen und auf der anderen Seite sich selbst: gut informiert, mit Durch- und Weitsicht, im „normalen Leben“ erprobt und erfahren. Daher sollte sich die Politik gerade ihnen erklären und zugänglich machen, ihnen Entscheidungswege offen legen. Denn nur so ist diesen ressourcenstarken Vertretern der Mitte ein Urteil darüber möglich, ob ihre Volksvertreter verantwortungsbewusst, ehrlich und charakterstark gehandelt haben. Sie wünschen sich demzufolge von den Parlamentariern eine „Diskussion auf Augenhöhe“ und keine Behandlung als politisch Unmündige. Sie möchten eine diskursive Erklärung der und Einbindung in die politischen Prozesse. Und umso selbstbewusster die Befragten mit diesen Forderungen auftreten, desto größer war beinahe die Geringschätzung für das gegenwärtige System und aktuell amtierende Personal.

Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei denjenigen, die besonders engagiert sind und sich beispielsweise gegen ein Infrastrukturprojekt in ihrer Region einsetzen. All jene sind durch den Protest verhältnismäßig gut über lokale politische Prozesse informiert. Doch gerade die Kenntnis hiervon führt nicht zu der Einsicht in die Funktionsweise des politischen Systems sondern zu einer größeren Distanz und Abneigung, zu mehr Unzufriedenheit mit dem politischen Personal, zu einer rauerer Abqualifizierung der handelnden Akteure. So spielte beispielsweise das Thema Lobbyismus in den Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen, Göttingen und Hamburg lediglich eine untergeordnete Rolle. Die Befragten merkten hier zwar an, dass es viele Lobbyisten in Berlin gäbe, die intensiv daran arbeiteten, die Politik zu beeinflussen, doch es blieb ein untergeordnetes Thema. Während hingegen in den Fokusgruppen aus der Proteststudie eine richtiggehende Abscheu und ein verheerendes Misstrauen gegen die Politiker, die in den Worten

der Aktivsten nur „Marionetten der Konzerne“ und Lobbyisten seien, zu spüren war.¹⁴⁰

5.7.3 Die Transmissionsriemen der Politiker: Wie werden die Medien von der Mitte genutzt?

Oftmals wird Politik über die Darstellung in den Medien wahrgenommen und weniger durch persönliche Erfahrungen. Überdies nehmen die Befragten verstärkt diejenigen politischen Bereiche wahr, die sie selbst betreffen, wie beispielsweise die Familien- oder Bildungspolitik. Hier beobachten sie die Szenerie aufmerksam, können die unterschiedlichen Politikeraussagen und Parteirichtungen auseinanderhalten und wiedergeben. Neben der Familienpolitik scheint man noch die Sozial- und Umwelt- sowie die Finanzpolitik – vor allem wenn eine Veränderung der Körperschaftssteuer debattiert wird – zu beobachten. Insgesamt nimmt die Mitte die Politik jedoch weniger über Inhalte, als über Personen oder medialisierte Ereignisse und Skandale wahr.

Grundsätzlich informieren sie sich über Tagespolitik und aktuelle Ereignisse neben dem Internet – und hier vor allem über *Spiegel Online* – mit Hilfe einer meist lokalen Tageszeitung und den Fernsehnachrichten. Doch das Verhältnis der Befragten zu den Medien ist ambivalent. Auf der einen Seite halten sie Medien für unerlässlich, für die vierte Gewalt im Staat, für diejenigen, die es vermögen, in den alltäglichen Lebensbereich der Menschen vorzudringen. Auf der anderen Seite sind sie davon überzeugt, dass Medien ohnehin nicht unabhängig arbeiten können, von Politikern beeinflusst oder durch wirtschaftliche Notwendigkeit gesteuert werden.

Hier offenbarte sich in den Gruppendiskussionen ein großes Misstrauen gegenüber den Medien.¹⁴¹ Diese würden von der Wirtschaft in Form von Anzeigenkunden unter Druck gesetzt und bildeten mit der Politik und den Konzernen eine Art Kartell. Diejenigen, die nicht die Kartellthese postulieren, sind der Ansicht, dass die Medien zu mächtig sind und die Politiker vor sich hertreiben, ihnen das Wort im Munde umdrehen oder sie, wie im Fall des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, widerrechtlich unter Druck setzen. Medien

140 Vgl. Franz Walter, *Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts*, 2013.

141 So auch beispielsweise Wolfgang Donsbach u. Mathias Rentsch, *Von der Politiker- zur Journalistenverdrossenheit. Die Deutschen zeigen sich von den Medien enttäuscht*, in: *Politische Meinung*, H. 484/2010, S. 21-26, hier S. 24.

werden als „Künstler“ beschrieben, die durch das Weglassen von Fakten, verdrehen von Tatsachen oder die einseitige Darstellung äußerst manipulativ auftreten können. Vor allem die Teilnehmer aus der Bürgerproteststudie äußerten Zweifel an der Unabhängigkeit der Medien, die – so ihre Erfahrungen – ohnehin „parteiisch“ berichten würden. Überdies lasse sich auch die Politik stark von den Medien und deren Stimmung beeinflussen.

Obwohl die Mehrheit der befragten Personen der Meinung war, dass Politik nicht unwichtig sei, gaben sie unumwunden zu, dass es schwer für sie sei, sich im Alltag immer hinreichend zu informieren. Es gebe eine Vielzahl an Medien, die sie mit einer „Informationsflut“ überschütteten. Da sei es schwer, den Überblick zu behalten, besonders wenn Meinungen und Informationen sich widersprächen. Die Mitte der Gesellschaft vermisst offenbar Leitmedien, die unabhängig, ausgewogen und objektiv berichten, denen sie vertrauen kann. Sie unterscheidet zwar zwischen seriösen Anbietern und der „Regenbogenpresse“, welche sie selbst nicht lesen würde, aber ansonsten fällt ihr die Orientierung schwer. Durch die Vielzahl der auf sie einströmenden Informationen und Gegeninformationen sei die Welt komplizierter geworden. Dennoch könne man nicht einfach alles ignorieren, sondern müsse sich bemühen, den Überblick zu behalten und sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Reaktion eines Großteils der befragten Personen auf dieses von ihnen konstatierte mediale Dilemma ist die Ablehnung des Informiert-werdens durch die Medien und das Ergreifen der Initiative für das selbständige Informieren. Sie suchen sich im Internet die nötigen Informationen zusammen, bilden sich eine Meinung, liefern sich dem Mediendschungel nicht aus und bleiben nach eigenem Bekunden „unabhängig“, da die Medien einem ohnehin nicht die Entscheidung zwischen „richtig“ und „falsch“, „wahr“ und „unwahr“ abnehmen würden.

Gespräche mit Freunden und Bekannten über Politik werden offenbar eher selten geführt. Nach Auskunft der Fokusgruppenteilnehmer gäbe es diesbezüglich ohnehin kaum etwas zu besprechen. Erstens, weil ohnehin alle der gleichen Meinung bezüglich der konstatierten Fehlentwicklungen seien und zweitens, weil Politik nicht im Vordergrund ihres täglichen Interesses stehe. Hier scheinen, zumindest in der Selbstwahrnehmung der Befragten, kaum Meinungsbildungsprozesse stattzufinden.

5.7.4 Was ist Demokratie? Oder: Die Mitte im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit

Die Kritik der Befragten an den Volksvertretern und der Politik fällt hart und bitter aus. Dennoch: sie zielt oftmals auf die handelnden Personen oder konkre-

ten Ausgestaltungen und nicht auf das demokratische Prozedere an sich. Alle Fokusgruppenteilnehmer waren sich einig, in einer Demokratie zu leben. Eine Tatsache, die sie äußerst positiv bewerten und hoch schätzen. Besonders wenn die Mitte der Gesellschaft die Situation in Deutschland mit anderen Ländern vergleicht, lobte sie die hiesigen demokratischen Verhältnisse. Unter dem Begriff der Demokratie verstanden die Gesprächspartner, dass sich grundsätzlich all jene, die wollen, auch beteiligen können und dass die Menschen, wenn es nötig ist, durch direktdemokratische Verfahrensweisen einbezogen werden. Darüber hinaus war allen auch einsichtig, dass es innerhalb einer Demokratie zu Mehrheitsentscheidungen kommen kann, die nicht zwingend mit den eigenen Sichtweisen konform gehen und dennoch akzeptiert werden müssen. Somit ist Demokratie für sie auch eine Methode, um einen Interessensausgleich und Kompromiss zwischen den einzelnen Gliedern einer Gesellschaft herzustellen. Eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich für die Befragten durch die Gleichheit der Individuen aus; Gleichheit gemeint im Sinne von Stimmengleichheit, im Sinne von „Gleichheit vor dem Gesetz“, im Sinne von Chancengleichheit und schließlich im Sinne der gleichen Freiheit für alle.

Neben der Gleichheit ist die Freiheit für die Befragten ein evidenter Bestandteil der Demokratie. Freiheit und Gleichheit wurden letztlich jedoch nicht ausführlich diskutiert, sondern nur am Rande im Zusammenhang mit einer demokratischen Ordnung erwähnt. Wobei Freiheit als Begriff in den Fokusgruppen der Bürgerproteststudie deutlich häufiger verwendet worden ist. Daneben diskutierten die Vertreter der oberen Mitte etwas eingehender den Begriff, kaum hingegen die gesellschaftliche Mitte. Die Befragten der unteren Mitte benutzten die Vokabel der Freiheit überhaupt nicht. Ferner ist in den Fokusgruppen in Nordrhein-Westfalen thematisiert worden, dass Freiheit durchaus anstrengend sein kann. Während es einerseits „starke Individuen“ zu geben scheint, für die nicht genug Wahlfreiheit existieren kann und die die Aufgabe der Politik auch darin sehen, „Spielräume“ zu ermöglichen und Freiheit zu erhalten, fühlen sich andere wiederum von einem Zuviel an Freiheit überfordert. So verwundert es nicht, dass in all jenen Gruppen, die Freiheit kaum bis gar nicht thematisierten, mehr über Gleichheit im Sinne von Chancengleichheit debattiert worden ist. Dennoch verbalisierte kein einziger Gesprächspartner den Komplex der Freiheit als frei sein von materieller Not. Das Gleiche gilt für das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit. In den Vorstellungen der Befragten sind das die Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Dass sich Gleichheit und Freiheit jedoch auch ausschließen können, wird nicht gesehen. In den Augen der befragten Mitte ist das Ziel einer demokratischen Gesellschaft, erstens, einen Ausgleich der Interes-

sen herzustellen und, zweitens, die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat, der dem Wohle aller dient, zu schaffen.¹⁴²

Doch das gewünschte Ideal scheint wenig mit dem zu tun zu haben, was die Mitte gegenwärtig beobachtet. Für sie „funktioniert“ die Demokratie in Deutschland derzeit nicht besonders reibungslos. Die „Ideologie der Parteien“, das falsche und prinzipiell ungeeignete Personal und zu viel Einflussmöglichkeiten durch die Lobbyisten unterminieren die an sich gute demokratische Idee. Die Mitte imaginiert eine von diesen Anomalien bereinigte Demokratie, in der es „ein bisschen mehr direkter“ zugeht. Der Idealfall wäre eine Formulierung des „Willens von unten“, während sie jedoch in der Realität eine Durchsetzung des Willens von oben nach unten wahrnehmen – durchgedrückt vom Kapital, der Wirtschaft, der Politik.

Vertieft man die Diskussion über die Demokratie, scheinen dabei jedoch Grenzen zu verschwinden. Der Kompromiss wird dann plötzlich zu einem der Demokratie inhärenten Problem und nicht mehr als Ergebnis eines demokratischen Prozesses betrachtet. Vor allem die Befragten aus der Proteststudie sind verstärkt der Ansicht, dass Demokratie auch bedeuten muss, dass sich ihre Ansichten und Vorstellungen im politischen Entscheidungsprozess durchsetzen müssen. Ein ähnlich großes Anrecht diesbezüglich formulieren auch die selbstsicheren, optimistischen und ressourcenstarken Vertreter aus den anderen Fokusgruppen. Hier ist es offenbar wiederum die Gewissheit bezüglich der eigenen Überlegenheit, die sie in ihrer Eigenwahrnehmung ins Recht setzt, über die besseren Lösungen und Argumente zu verfügen.

5.7.5 Zwischen Expertokratie und direkter Demokratie: Reformvorschläge der Mitte

Interessant ist, dass nicht nur von diesen an Selbstwirksamkeitserfahrungen reichen und ausgesprochen gut ausgebildeten Personen, sondern auch von den Teilnehmern aus allen Fokusgruppen Reformvorschläge für das von ihnen als desolat wahrgenommen politische System formuliert wurden. Zunächst müsste, dort wo es noch nicht erfolgt sei, das Wahlsystem reformiert werden. Alle Wahltermine für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl sollten zukünftig auf einen Tag fallen – dann würden sich Politiker nicht permanent im Wahl-

142 Diesen Konnex zwischen Demokratie als Instanz für soziale Gerechtigkeit wies bereits Serge Embacher in seiner Studie nach: Serge Embacher, Demokratie! Nein Danke?, 2009, S. 14f.

kampf befinden, sondern könnten zwischendurch auch einmal „ernsthaft arbeiten“. Darüber hinaus würde es ein Großteil der Befragten goutieren, wenn es nur zwei Parteien gäbe, zwischen denen man sich dann alle vier Jahre entscheiden müsste. So sei eine direktere Einflussnahme durch den Wähler möglich, man könne so die sich als unfähig erwiesene Regierungspartei bei der kommenden Wahl direkt abstrafen. Außerdem müsse es eine Wahlpflicht geben, damit die gewählten Repräsentanten dann auch tatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung und nicht nur die Mehrheit der Wähler abbildeten und die Regierung so wirklich repräsentativ sein kann.

Dem Wunsch nach größtmöglicher Repräsentativität wird auch über die Forderung nach mehr direkter Demokratie Ausdruck verliehen. Auch in repräsentativen Umfragen sprechen sich regelmäßig mehr als zwei Drittel der Befragten für die Ausweitung plebiszitärer Entscheidungsmöglichkeiten aus.¹⁴³ Wobei interessanterweise in den Fokusgruppen diesbezüglich durchaus die Ambivalenzen gesehen wurden: Während Volksentscheide grundsätzlich für einen populistischen Politikstil anfällig seien, könnten sie auch Mehrheitsentscheide produzieren, die man im Grunde selbst gar nicht vertrete, beziehungsweise, die mit den Grund- und Menschenrechten unvereinbar sei. Dabei sind es vor allem jene, die das politische System am stärksten abqualifizieren, die sich durch direktdemokratische Elemente eine Verbesserung erhoffen.

Wichtig sind allen Befragten grundsätzliche Reformen, die dafür sorgen, dass die Meinung der gesellschaftlichen Mitte auch „oben“ ankommt. Idealerweise stellen sie sich dies beispielsweise so vor, dass „jeder in den Parteien“ und Exekutivorganen „vertreten ist“, dass quasi jeder einen Repräsentanten hat. In der Vorstellung der Mitte ist das, was sie wollen, ohnehin wichtig und richtig, schon allein deshalb, weil sie sich als Mitte, als Mehrheit der Gesellschaft fühlen. Schließlich müsse das, was die Mehrheit will, auch umgesetzt werden. Wie immer mit den sich mitunter widerstrebenden Ansichten umgegangen werden sollte, wie die Politiker diese Ideen in der Praxis umsetzen könnten, ist den Gesprächspartnern nicht klar und auch nicht wichtig. In ihrem Bild kümmern sich letztlich dann alle Delegierten gemeinsam um eine „bessere Politik“, in der die „besten Ideen“ zu handlungsleitenden Maximen gerinnen und alles gemeinsam ausgehandelt wird. Neben einem besseren Kanal für die Durchsetzung ihrer Bedürfnisse in die Politik hinein ist dies – die Findung einer besten und optimalen, einer „richtigen“ Lösung – der zweite zentrale Punkt ihrer Reformvorschlä-

143 Vgl. Renate Köcher, Der Ruf nach Plebiszit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2010.

ge. Habe man diese perfekte Lösung erst einmal gefunden, ergäben sich im Anschluss daran alle Probleme von selbst.¹⁴⁴

Doch durch wen genau diese Lösungen und Vereinbarungen zu Stande kommen sollten, darüber sind sich die hier Befragten nicht immer einig. Die Teilnehmer der Bürgerproteststudie fordern eine Expertokratie. Wenn nur Fachleute, Spezialisten und Experten entscheiden könnten und die Politiker „ihnen nicht ins Handwerk fuschen“ würden, seien die Reformen konsequenter und folgerichtiger.¹⁴⁵ Demgegenüber betonen die Teilnehmer aus den anderen Teilforschungsprojekten, dass Experten an sich überflüssig seien. Statt eines Expertenrates sei eine Art „Volksrat“ nötig, der aus Bürgern wie ihnen bestünde, die schließlich wüssten, was für „das Volk“ das Beste sei. Wenn dies nicht umsetzbar sei, sollten sich immerhin alle Parteien und Politiker an einem Tisch zusammensetzen, um die beste Lösung auszuarbeiten.

Wenn all jene Maßnahmen noch immer nicht zu einer Verbesserung des Politischen führen, wurde in den Fokusgruppen sogar über eine Art „Neuanfang“, eine „Stunde Null“ diskutiert. Erst durch eine Zerstörung des Vorhandenen und eine sich anschließende planvolle Rekonstruktion des Bestmöglichen sei die Schaffung von systematischen Entscheidungs- und pragmatischen Machtstrukturen möglich. Auffällig ist, dass diese Vorstellung nicht nur eklatante Wissenslücken der Befragten bezüglich unserer demokratischen Verfasstheit offenbaren, sondern sich in letzter Konsequenz all diese Vorschläge außerhalb der gegenwärtig vorherrschenden repräsentativen Parteiendemokratie befinden. Eine Vorstellung davon, dass eine lebendige und funktionstüchtige Demokratie von sich engagierenden Bürgern profitiert, die sich einbringen wollen sowie Zeit und Kraft investieren, haben die wenigsten Befragten entwickelt.

144 In repräsentativen Umfragen wird dieser weit verbreitete Glaube an pragmatische und effiziente Lösungen ebenso bestätigt. Renate Köcher, Politik in der pragmatischen Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2010.

145 Auch: Ingolfur Blühdorn, Entpolitisierung und Expertenherrschaft. Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie in Zeiten der Klimakrise, 2010, online einsehbar unter <http://people.bath.ac.uk/mlsib/public%20access/Bluehdorn%20-%20Entpolitisierung%20und%20Expertenherrschaft.pdf> [eingesehen am 03.09.2012], S. 11.

5.7.6 Politisches Engagement in der gesellschaftlichen Mitte?

Da die befragten Vertreter der Mitte der Politik ein ungenügendes Zeugnis ausstellen, zeigen sie hier auch wenig Muße, sich einzubringen und mitzumachen. Diese „verkommene“ politische Welt lassen sie lieber abseits liegen. Dies gilt insbesondere für die Teilnehmer der Fokusgruppen in Hamburg, Göttingen und Nordrhein-Westfalen, für die Interviewpartner aus der Proteststudie etwas eingeschränkter. Fragt man die Vertreter der Mitte nicht explizit nach ihrem gesellschaftlichen Engagement, berichten diese auch kaum darüber. Schaut man auf die Protokolle der ersten Untersuchungswelle in Nordrhein-Westfalen, drängt sich einem der Eindruck einer völlig unengagierten gesellschaftlichen Mittelschicht auf. Lediglich ein Vertreter erzählt über seinen Einsatz als Handballtrainer in einem Sportverein und eine Teilnehmerin berichtete über ein geplantes gesellschaftliches Engagement – um sich selbst „fit“ zu halten. Dieser Befund gilt ebenso für das Teilprojekt der oberen und unteren Mitte in Göttingen. In der zweiten Untersuchungswelle in Nordrhein-Westfalen hingegen wurde direkt nach dem Engagement in der Freizeit gefragt. Im Anschluss lässt sich ein regelrechter Überbietungswettbewerb der anwesenden Teilnehmer bezüglich ihres Einsatzes für die Zivilgesellschaft beobachten. Die Anwesenden wollen keine ihrer Freizeitgestaltungen unterschlagen, geben beinahe alles als ehrenamtliche Tätigkeit aus, um sich in solch einer Runde nicht abgewertet fühlen zu müssen. Alles was in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit stattfindet, jedwede Tätigkeit, für die man aus seiner Privatheit und Individualität heraustritt, wird als Ehrenamt angepriesen. Vom Rollenspiel, über die Unterstützung von Bekannten, selbst den Beruf betrachten sie in diesem Zusammenhang als Engagement. Die Tagesmutter, der Arbeitgeber von Praktikanten und der Altenpfleger – sie alle würden sich als Dienstleister für die Gesellschaft bezeichnen. Interessant ist, dass letztlich jene, die im klassischen Sinn eine Aufgabe innerhalb der Zivilgesellschaft übernehmen, die eher en passant erwähnten, während all jene, die überhaupt nicht aktiv sind, dies als Notwendigkeit anpriesen, ja beinahe als staatsbürgerliche Pflicht anmahnten. Daneben scheinen die Befragten ein Bewusstsein dafür zu haben, dass ausschließlich finanzielle Unterstützung beispielsweise für karitative Projekte nicht den gleichen Stellenwert hat wie die tatkräftige Mithilfe und der persönliche Einsatz.

Dieses Bewusstsein hängt eng mit den Motiven für das ehrenamtliche Engagement zusammen. Insgesamt lassen sich äußerst vielfältige Antriebsmomente hierfür innerhalb der Fokusgruppen beobachten, die vom tatsächlichen Altruismus, über ein bestimmtes Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft bis hin zu egoistischen Motiven reichen. Die Befragten beteiligen sich, weil sie sich selbst

etwas Gutes tun möchten, um Lob und Anerkennung (auch finanziell) zu bekommen, einfach weil es Spaß macht. Andere wiederum engagieren sich, weil sie der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, weil sie „Menschen retten wollen“. Wieder andere greifen bewusst dort in die Gesellschaft ein, wo sie das Gefühl haben, Posten besetzen zu müssen, die von der Politik verwaist sind beziehungsweise um ihr direktes Umfeld, vor allem das der Kinder, zu beeinflussen. Ehrenamt ist also keinesfalls ausschließlich altruistisch, sondern die befragten Vertreter der Mitte wollen einen Nutzen daraus ziehen: deshalb ist man nicht schon jetzt Tennistrainer bei der Jugendmannschaft, sondern erst, wenn der eigene Sohn selbst soweit ist, dort mitzumachen; deshalb hilft man nicht bei der Fußballmannschaft im Ort mit, sondern bei der, wo die eigenen Kinder spielen und deshalb macht man keinen Bibliotheksdienst in der Realschule, sondern auf dem Gymnasium der eigenen Töchter.

Ferner reicht das ehrenamtliche Engagement immer nur bis zu einer bestimmten Grenze: die Opfer, die man dafür bringt, dürfen nicht allzu groß sein. Drohen berufliche oder finanzielle Beeinträchtigungen, nehmen viele schnell wieder Abstand von der Zivilgesellschaft. Dies ist ein Grund, warum sich ein Großteil der Befragten erst gar nicht aktiv beteiligt. Ein weiterer ist das Ausbleiben von Anerkennung. Wenn man – so die Befragten – nur auf „Nörgler“ und „Besserwisser“ trifft, während man seine kostbare Zeit und Kraft einsetzt, verliert man den Spaß und zieht sich aus der ehrenamtlichen Tätigkeit zurück. Daneben traf man auf diejenigen, die sich gar nicht erst beteiligen, weil ihnen – nach eigenen Angaben – entweder die Zeit fehlt oder sie glauben, durch ihren Beruf, beispielsweise als Tagesmutter oder Jobvermittler, schon genug für die Gesellschaft zu tun. Als letzten Grund für ihr Nichtengagement äußerten die Befragten die Befürchtung, dass sich der Staat aus dem Bereich, indem sich die Bürger engagieren, womöglich ganz zurückziehen könnte. Darüber hinaus ließ offenbar das Gefühl der Hilflosigkeit viele vor dem Ehrenamt zurückschrecken: Wie sollten sie denn mit ihrem „kleinen Beitrag“ was erreichen in der „großen Welt“? Wie kann es helfen, wenn sie selbst Biofleisch kauften, während sich China beispielsweise noch nicht einmal an internationale Klimavereinbarungen halte? Bevor die Fokusgruppenteilnehmer in diesem Zusammenhang einen aussichtslosen Kampf gegen Windmühlen führen, schonen sie lieber ihre persönlichen Ressourcen und ziehen sich zurück.

5.7.7 Zwischenfazit: Das Verhältnis der Mitte zur Politik – zwischen Populismus und transienter Verweigerung

Die hier befragten Personen als Vertreter einer gesellschaftlichen Mitte entpuppen sich als politik-, parteien- und politikerverdrossen. Wobei die politischen Eliten am deutlichsten ins Visier der Kritik geraten, Parteien und andere politische Institutionen wie der Bundestag, Länderparlamente oder der Bundesrat spielen eine eher untergeordnete Rolle in der individuellen Wahrnehmung und schließlich: eine substantielle Bedrohung des politischen Systems in seiner Legitimität – eine Konsequenz, die häufig im Zusammenhang mit dem Konzept der Politikverdrossenheit diskutiert wird – konnte hier kaum beobachtet werden.

Vor allem in der empirisch-quantitativen Politikwissenschaft ist in den letzten Jahren vermehrt dafür plädiert worden, das Modewort der Politikverdrossenheit zu Gunsten etablierterer und international anschlussfähigerer Konzepte, wie beispielsweise dem der „politischen Unterstützung“ aufzugeben.¹⁴⁶ Politikverdrossenheit sei lediglich ein „Oberbegriff“¹⁴⁷, dem eine einheitliche Definition fehle und der in der bisherigen Forschung nicht operationalisierbar gemacht worden sei.¹⁴⁸ Oftmals wird mit den Indikatoren des Vertrauens in Parteien und ihrer Problemlösungskompetenz, dem nachlassenden Zentralisierungsgrad des Parteiensystems auf der einen und dem Zugewinn von Kleinparteien auf der anderen Seite, der Erosion der sozialmoralischen Milieus, dem Rückgang der Stammwähler und der Zunahme der Wechselwähler sowie einer nachlassenden Wahlbeteiligung insgesamt operiert,¹⁴⁹ um beispielsweise Aussagen über den Umfang der Politikverdrossenheit im Verhältnis zu anderen Ländern zu treffen

146 Vgl. Kai Arzheimer, *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden 2002, S. 204 und Dieter Fuchs, *Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht*, in: Ders. u.a. (Hg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß* Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden, S. 27-49.

147 Jürgen Maier, *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*, in: Opladen 2000, S. 22.

148 Vgl. Kai Arzheimer, *Politikverdrossenheit*, 2002, S. 126-162. Kai Arzheimer erschließt über 170 Konzepte und Schriften zur „Politikverdrossenheit“.

149 Michael Vester, *Soziale Milieus und die Schieflage politischer Partizipation*, in: Drews, Albert (Hg.), *Politisch nicht mehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus*, Rehburg-Loccum 2009, S. 9-56, S. 10.

oder die Entwicklung eines Syndroms, also einer längerfristigen Disposition im Zeitverlauf, zu debattieren.

Doch auch in der qualitativen Forschung wird die Politikverdrossenheit zunehmend als Lamento und Konstruktion entlarvt.¹⁵⁰ Da die vorliegende Arbeit eine andere Fragestellung verfolgt, die Politikverdrossenheit nicht von Beginn an im Blick hatte, ist hier zunächst interessant, ob die Befragten selbst den Begriff der Politikverdrossenheit benutzen oder sich gegebenenfalls als politikverdrossen bezeichnen. Immerhin ist dieser Begriff nicht ausschließlich ein Fachterminus sondern wird seit den 1990er Jahren expansiv in der medialen und öffentlichen Debatte verwandt.¹⁵¹ In den Protokollen aus den ersten Teilstudien taucht der Begriff tatsächlich auf. Jedoch ist er von der Moderation eingeführt worden.¹⁵² In der Analyse zeigt sich, dass ein Großteil der Fokusgruppenteilnehmer mit der Frage, ob sie sich selbst als „politikverdrossen“ bezeichnen würden, wenig anzufangen wusste. Offensichtlich war ihnen der Begriff unbekannt. Nach einer durch die Teilnehmer vom Moderator eingeforderten Erklärung, wiesen die meisten Gesprächspartner dieses Adjektiv von sich, mit der Begründung, dass sie doch wählen gingen und an den Geschehnissen interessiert seien. Nur ganz vereinzelt waren einige Anwesende der Ansicht, dass dies eine auf sie zutreffende Beschreibung sein könnte. In zwei Göttinger Fokusgruppen fiel der Begriff der Politikverdrossenheit spontan auf die Assoziationsfrage zum Thema „Politik und Gesellschaft“. Der Begriff kam also aus der Mitte der Teilnehmer und wurde nicht von der Moderation initiiert. Die Befragten verbinden Enttäuschung und eine desaströse Berichterstattung über die Politik durch die Medien mit dieser Vokabel. Doch auch diese – letztlich sehr vereinzelt Statements – fanden

150 Vgl. Peter Lösche, Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26 (1995) H. 1, S. 149-159, hier S. 149; Andreas Schedler, Die demoskopische Konstruktion von ‚Politikverdrossenheit‘, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 34 (1993) H. 3, S. 414-435, hier S. 434.

151 Vgl. Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit, 2002, S. 28-31.

152 Dieser verhältnismäßig unreflektierte Umgang mit einem Fachtermini, der den Teilnehmern sozusagen in den Mund gelegt wird, war einer der Gründe, die dazu geführt haben, zukünftige Projekte selbst zu moderieren, anstatt auf externe Moderatoren zurückzugreifen, die womöglich im Umgang mit den Moderationstechniken erfahrener sind, jedoch inhaltliche Aspekte während des Erhebungsprozesses zu wenig beachten.

oftmals keinen Gruppenkonsens und wurden nicht unwidersprochen hingenommen.

All ihren negativen Beurteilungen zuwiderlaufend, bezeichnen sich die Befragten durchaus als politisch interessiert, als teilnehmende Beobachter des Geschehens. Obwohl bei der Aburteilung des Politischen häufig aktuelle Beispiele von den Befragten benannt wurden, kann schon aufgrund der Vehemenz der ablehnenden Urteile nicht allein davon ausgegangen werden, dass die hier beobachtete und vorerst noch so bezeichnete Politikverdrossenheit als individuelle Einstellung ausschließlich von kurzfristigen Ereignissen abhängig ist. Offenbar akkumulieren sich die jeweils aktuellen als negativ wahrgenommenen Geschehnisse im Erfahrungsraum der Befragten, sodass es dann zu einer pauschalen negativen Beurteilung der Politik kommt.¹⁵³

Dennoch ist dieser Erfahrungsraum – auch das haben die Gruppendiskussionen gezeigt – durchaus mit positiven Effekten bezüglich der Politik und den Volksvertretern aufgeladen. Diese treten jedoch nur in den seltensten Fällen unmittelbar hervor, sondern schälen sich erst im Lauf der Diskussion heraus. Auffällig ist, dass die Befragten offenbar dann zu solchen Einsichten kommen, wenn sie selbst verhältnismäßig wenig an der Politik interessiert sind beziehungsweise wenn sie aktiv die Verantwortung auf bestimmten Gebieten an die Politik delegiert haben. Eine Erklärung hierfür könnte natürlich die Problematik der sozialen Erwünschtheit¹⁵⁴ beziehungsweise die Auswirkungen des Hawthorne-Effektes sein. Die Anwesenden, die über Politik befragt werden, haben den Eindruck, nach zwei Stunden nicht immer nur meckern zu dürfen, sondern auch einmal etwas Positives sagen zu müssen. Ihnen könnte sich womöglich das Gefühl aufgedrängt haben, dass dies in der Situation von ihnen erwartet wird. Eine zweite Erklärung liegt möglicherweise darin, dass die Befragten tatsächlich positive Assoziationen mit Politik haben, wie beispielsweise der Verweis auf ehemalige Politiker nahelegt. Nur sind diese bejahenden und unterstützenden

153 Der Hinweis darauf, dass dies u.a. mit der zunehmend negativen medialen Berichterstattung über Politik zu tun hat, an dieser Stelle von: Markus Maurer, Politikverdrossenheit, soziale Milieus und Medienberichterstattung. Verhindert oder fördert die Politikberichterstattung der Massenmedien die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik?, in: Albert Drews (Hg.), Politisch nicht mehr erreichbar? Politikverdrossenheit und soziale Milieus, Rehburg-Loccum 2009, S. 141-156, hier S. 146.

154 Die Formulierung „sozial erwünscht“ meint hier, dass die Befragten das antworten, was sie glauben, was in dieser Situation von ihnen erwartet wird, was den gängigen beziehungsweise den in der Gruppe entwickelten Normen entspricht.

Einstellungen unter dem Tagesgeschäft verborgen und den Anwesenden selbst nicht zuvorderst präsent, da sie selten mit anderen darüber tatsächlich in einen kommunikativen Austausch treten – jenseits der pauschalen Vorurteile. Offenbar fehlt ihnen ein Lernprozess, indem sie sich die Schwierigkeiten und Rahmenbedingungen, die Erfolge und Effekte innerhalb des politischen Systems, immer wieder bewusst machen.

Dennoch scheint diese Beobachtung nicht für alle zu gelten. Es trifft nicht zu auf diejenigen mit einer reichen Erfahrung an Selbstwirksamkeit, einem ausgeprägten Selbstbewusstsein und großem Zutrauen in ihre eigenen Fähigkeiten. Ebenso nicht auf all jene, die sich protestierend gegen politische oder privatwirtschaftliche Vorhabensträger wenden. Wenn diese beiden Gruppen überdies das Gefühl haben, das politische Tagesgeschäft zu durchschauen oder zu viel negative Erfahrungen mit diesem gesammelt haben, bleibt ihnen eine äußerst überzeugte negative Grundhaltung gegenüber den politischen Objekten erhalten. Hier lässt sich eine voreingenommene Verschlossenheit feststellen, die kaum geöffnet werden kann.

Doch dies war nicht die Mehrheit im vorliegenden Sample. Nimmt man jene aus, hat die Mitte offenbar ein unsicheres und wenig gefestigtes Verhältnis zur Politik. So ist beispielsweise der Kompromiss einmal „etwas Tolles“ und gleichzeitig ein „Problem“. Auf der einen Seite gibt es die pauschalen und rigorosen Abwertungen bezüglich der Performance der Politik, auf der anderen Seite werden ihr aktiv Probleme übergeben und konkrete Aufgaben zugeschrieben, wie beispielsweise die „Unterstützung der Wirtschaft“, der „Schuldenabbau“, oder die „Verbreiterung der Gerechtigkeit“. In dem die Befragten diese Aufgaben aktiv und unaufgefordert in den Zuständigkeitsbereich des Staates delegieren, trauen sie gleichzeitig der Politik und den Politikern die Bewältigung dieser Aufgaben zu – zumindest, dass sie teilweise den mit diesen Aufgaben verbundenen Anforderungen gerecht werden. Wie das konkret funktionieren kann, liegt außerhalb dessen, worüber sich die Befragten Gedanken machen wollen und können.

Insofern kann das Verhältnis des Großteils der hier untersuchten Vertreter der gesellschaftlichen Mitte zur Politik eher als *transiente Verweigerung*, denn als Politikverdrossenheit bezeichnet werden. Transient, also vorübergehend, weil nicht durchweg alle auf Politik und Politiker bezogenen Einstellungen als ausschließlich und dauerhaft ablehnend charakterisiert werden können, sondern oftmals positive Erfahrungen, verbalisierte Zustimmung zu politischem Handeln, genuines Wissen oder ein der Politik gegenüber affirmatives Umfeld fehlt, um die transiente Verweigerung der Mitte aufzubrechen.

Angesichts der Ausführungen muss neben der Politikverdrossenheit ein zweiter Begriff der Politikwissenschaft diskutiert und auf seine Erklärungskraft für das Verhältnis zwischen Mitte und Politik hin getestet werden. Aufgrund der in den vorangegangenen Kapiteln dargelegten Befunde muss nun tatsächlich die Frage klarer beantwortet werden, ob die gesellschaftliche Mitte „populistisches Kapital“ in sich trägt beziehungsweise, ob durch die Erhebungen in den einzelnen Gruppen gezeigt werden kann, dass innerhalb der Mitte ein Nährboden für populistische Thesen vorhanden ist, ob sich populistische Argumentationsmuster innerhalb der grundlegenden Denkmuster wiederfinden. Zunächst ist es interessant, dass „populistisch“ und „Populismus“ ganz selbstverständliche Vokabeln der Mitte sind. Dies zeigt sich beispielsweise in Aussagen wie der, dass eine repräsentative Demokratie zwangsläufig „populistisch“ sei, die Parteien „populistische Forderungen“ in ihre Wahlprogramme aufnehmen müssten, sonst wäre, so die Befragten, ihre Wiederwahl gefährdet.

Die Fokusgruppenteilnehmer verteufeln den Populismus nicht per se und haben gleichzeitig den Anspruch, populistische Elemente innerhalb der Politik zu identifizieren und sich von diesen nicht manipulieren zu lassen. Darüber hinaus thematisieren sie auch die mit dem Populismus verbundene Gefahr, die besonders dann virulent sei, wenn mehr direktdemokratische Elemente eingeführt würden. Bezüglich der Frage des Populismus nehmen die Befragten offenbar eine verhältnismäßig aufgeklärte Position ein.

Die politikwissenschaftlichen Definitionen des Populismus unterscheiden mittlerweile die Stilelemente, die politische Strategie und Inszenierung sowie die Bewegung und das Projekt.¹⁵⁵ Gemeinhin steht der Populismus jeglicher Couleur aber für eine Politikform, zumindest einen Kommunikationsstil,¹⁵⁶ der letztlich eine Art Wechselbeziehung voraussetzt. In der vorliegenden Studie sind keine Beziehungen sondern nur hypothetische Adressaten eines politischen Stils, Bürger der gesellschaftlichen Mitte, sozusagen die „Nachfrageseite des Populismus“¹⁵⁷ untersucht worden. Halten die von Seiten der Befragten vorgegebenen eigenen Beobachtungsqualitäten hinsichtlich des postulierten selbstbewussten Umgangs mit dem Populismus einer genauen Analyse stand?

155 Vgl. exemplarisch Norbert Frei, Einleitung, in: Ders., *Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit*, München 1991, S. 7-32, hier S. 17.

156 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn 1994, S. 18.

157 Everhard Holtmann u. Adrienne Krappidel, *Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils*, Wiesbaden 2006, S. 34.

Anhand des Themenblocks zu populistischen Aussagen der Politiker im zweiten Teilforschungsprojekt dieser Studie wurde evident, dass sich im Grunde alle Teilnehmer – unabhängig, worum es inhaltlich ging – mit den kürzeren, populistischeren Statements wohler fühlen, als mit den längeren Aussagen. Sie schätzen die „klaren Formulierungen“ und die deutliche Benennung der Konsequenzen bei der Nichteinhaltung der durch die Gesamtgesellschaft aufgestellten Regeln. Während hingegen längere, mehrere Argumente bündelnde und komplexere Aussagen schnell zu einer Überforderung führten, beziehungsweise einen Reflex auslösten, der einer tiefergehenden Beschäftigung mit dem jeweiligen Problem im Wege steht. In diesem Zusammenhang wurden von den Befragten auch immer wieder die Floskeln des "gesunden Menschenverstandes", der Lebenswirklichkeit des „kleinen Mannes“ und der Verweis auf den „stinknormalen Bürger“ bemüht. Letztlich alles Harmonien einer populistischen Melodie. Während der „gesunde Menschenverstand“ unmittelbar und direkt einerseits ein Verweis auf die Alternativlosigkeit der selbst vorgebrachten Argumentation ist, wird damit gleichzeitig eine vermeintlich unideologische Sachlichkeit betont. Es entsteht eine Gleichsetzung von einer individuellen mit einer kollektiven Moral – alles Elemente, die dem Populismus zuzuordnen sind.¹⁵⁸ Der „kleine Mann“ hingegen ist zwar eine vorkommende, aber keine dominante rhetorische Figur innerhalb der Fokusgruppen. Und wurde unabhängig von Erwerbsstatus, Alter oder Geschlecht benutzt. Gemeinsam ist allen Verwendern dieser Begrifflichkeit in den durchgeführten Erhebungen, dass sie keinerlei neutrale oder positive Bezüge zum Politischen herstellen sowie einen gewissen Grundpessimismus bezüglich der Zukunftsaussichten vertreten. Der „kleine Mann“ wird demzufolge dann bemüht, wenn sich der Erwartungshorizont für die Befragten verkleinert.

Überdies verwendeten die Befragten gelegentlich die „Volks“-Semantik. In diesem Zusammenhang ist nicht nur „das Volk der Souverän“, sondern da wird „das Volk nicht mehr gefragt“, oder müsse „die Politik für das eigene Volk auch mehr tun“, „mehr Verantwortung für das Volk“ übernehmen. Wenn man Populismus mit Cas Mudde als „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“¹⁵⁹ definiert, sind diese Ge-

158 Vgl. Frank Decker, Populismus und der Gestaltwandel des demokratischen Parteienwettbewerbs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 5-6/2012, S. 10-15.

159 Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition*, Jg. 39 (2004) H. 4, S. 542–563, S. 543.

gensatzpaare „wir hier unten als das Volk“ gegenüber „denen dort oben in der Politik“, innerhalb der Gruppendiskussionen deutlich identifizierbar. Es waren zwar nur vereinzelte Aussagen, die angesichts der Gesamtfülle des Materials kein großes Gewicht einnehmen, jedoch fielen die Aussagen, die die Vorstellung eines dichotomen Weltbildes deutlich freilegten, oftmals ungefragt, nebenbei und unvermittelt. Dies lässt Rückschlüsse darauf zu, dass Sätze wie diese zum Grundkonsens innerhalb der gesellschaftlichen Mitte gehören, besonders unter Berücksichtigung des Befundes, dass der Begriff „Volk“ in dem oben dargestellten Zusammenhang unabhängig vom Erwerbsstatus, dem Alter oder den Zukunftsaussichten der Befragten gebraucht wurde. Er jedoch auffällig oft von Personen verwendet wurde, die aufgrund von Einkommen, Bildung und Beruf eher einer oberen Mitte zuzuordnen sind. Auch die Kritik gegen Wirtschaft, Großbanken sowie internationale Konzerne, die – wie gezeigt – über alle Maßen geäußert wurde, ist ein Kernbereich der wissenschaftlichen Definition des Populismus.¹⁶⁰

Wenn nun schon „populistische Versatzstücke“ zum politischen Tagesgeschäft gehören¹⁶¹ und ein Teil der Normalität der demokratischen Politik selbst sind, verwundert es nicht, wenn die gesellschaftliche Mitte dafür ein ertragreicher Resonanzboden zu sein scheint. Die Befragten greifen unwidersprochen und unhinterfragt auf die angebotene populistische sprachliche Symbolik zurück. In der Sprache über Politik verfestigen sich Vorurteile, Klischees und Abwertungsstrategien, die wiederum auf die Aufnahmekapazität und Verarbeitungsmuster der Befragten zurückwirken. Die Frage dabei ist, ob dieser Zirkel weiterhin „demokratieverträglich“¹⁶² bleibt, beziehungsweise, wo genau diese Zuträglichkeit für die Demokratie und die gesellschaftlichen Minderheiten aufhört und welche Grauzonen innerhalb der gesellschaftlichen Mitte sich selbst regulieren. Wenn in diesem Zusammenhang Karin Priester formuliert, dass Populismus

160 Nikolaus Werz, Einleitung. Populismus und Populisten, in: Ders. (Hg.), Populismus. Populisten in Übersee und Europa 2003, S. 15-43, hier S. 14

161 Ebd. S. 42; Franz Walter, Populismus und Demokratie, in: Alexander Hensel u. Daniela Kallinich u. Katharina Rahlf (Hg.), Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010, Stuttgart 2011, S. 225-227; Franz Walter, Ist Populismus ein Übel? . Über Rationalismus, Deformationen und Defizite der herrschenden Elite in der Demokratie, in: Forschung & Lehre, H. 7/2012, S. 536-538; Franz Walter, Populismus für die Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 05.01.2012.

162 Nikolaus Werz, Einleitung, 2003, S. 43.

immerhin als ein Frühwarnsystem fungiert¹⁶³, sollten die hier zusammengetragenen Aussagen zumindest hellhörig machen.

5.8 ALLES IST KONTINGENT! DIE ERWARTUNGEN DER MITTE AN DIE ZUKUNFT

Die hier beschriebene gesellschaftliche Mitte geht mit der Politik auch deshalb eine distanziert-populistische Beziehung ein, weil sie grundsätzlich durch einen Mangel an Sicherheit gekennzeichnet ist. Der sozialwissenschaftliche Befund, der mit den verschiedensten Stoßrichtungen und Untersuchungsdesigns immer wieder vorgelegt wird, scheint diesbezüglich eindeutig: Vor allem in der Mitte der Gesellschaft hätten in den letzten zwanzig Jahren Ängste aller Art dramatisch zugenommen.¹⁶⁴ Weil sich Selbstverständlichkeiten und Erwartungen an die eigenen Lebenschancen auflösen, grassiere Panik und Unsicherheit.¹⁶⁵ Die, durch die Individuen selbst konstatierte, Einflusslosigkeit bezüglich der eigenen sozialen Lage produziere Furcht¹⁶⁶ und lasse die vormalige souveräne Selbstsicherheit der Mitte verschwinden.¹⁶⁷ Dabei sei eine Zunahme der Sorgen über alle Einkommensschichten hinweg vernehmbar¹⁶⁸ – auch wenn sie allen objektiven Faktoren widerspreche beziehungsweise durch diese nicht in ihrer Gänze erklärt

163 Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt am Main 2007, S. 27.

164 Holger Lengfeld u. Jochen Hirschle, *Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg, eine Längsschnittanalyse 1984-2007*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 38 (2009), S. 379-398, hier S. 379.

165 Rainer Lindner, *Eine kranke und gestresste Gesellschaft. Russland in der Bevölkerungskrise*, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefter*, H. 6/2008, S. 38.

166 Janine Bernhardt u. Christoph Köhler, „Generalisierung von Unsicherheit?“. Ergebnisse einer Qualitativen Beschäftigtenbefragung, in: Christoph Köhler u. Kai Loudovici (Hg.), *Beschäftigungssysteme, Unsicherheit und Erwerbsorientierungen. Theoretische und empirische Befunde*, Jena 2007, S. 96-185, hier S. 134.

167 Heinz Bude, „Ein neuer politischer Egalitarismus“. Ein Gespräch mit dem Soziologen Heinz Bude, in: *Herder-Korrespondenz*, Jg. 63 (2009), S. 70-74, hier S. 77.

168 Thomas Volkmann, *Die Mitte unter Druck*. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hg.), o.J., online einsehbar unter http://umsteuern.org/wp-content/uploads/2009/06/2_mitteunterdruck_284s_i.pdf [eingesehen am 28.04.2013], S. 14.

werden könne.¹⁶⁹ Schließlich werden die Unsicherheiten schon allein durch ihre „authentische Angstkommunikation“, die immer echter sei als die reale Angst,¹⁷⁰ zur unmittelbaren Wahrheit.¹⁷¹ Angst und Statuspanik entstehen nicht allein bei dem Subjekt der gesellschaftlichen Mitte, sondern werden vor allem durch andere angestachelt oder durch mediale Krisenrhetorik geschürt, also sozial vermittelt.¹⁷² Während Furcht die Mitte der Gesellschaft schleichend befallt¹⁷³, blieben ihr selbst die genuinen Ursachen für die Zunahme der mannigfaltigen Beklemmungen verborgen.¹⁷⁴

An diese Diagnose schließen sich sogleich zwei Fragen an: Wie nehmen die hier Befragten Angst überhaupt wahr und was genau ist Angst für sie beziehungsweise die semantische und inhaltliche Antipode *Sicherheit*? Denn beide sollen hier gleichsam als Paar in den Blick genommen werden, weil sie sich nur aus ihrem Spannungsverhältnis zueinander erklären lassen. Zunächst: Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit und die durch letztere hervorgerufene Angst¹⁷⁵ sind Gefühle und Einstellungen, die sich immer auf die Zukunft beziehen und deren Befund von der Erwartungshaltung an kommende Entwicklungen abhängt.

Auf den ersten Blick scheint das Bedürfnis, der Angst auszuweichen und Sicherheit zu suchen, dem Menschen inhärent zu sein. Doch Franz Xaver Kaufmann hat in einer grundlegenden Studie herausgearbeitet, dass Sicherheit eben kein anthropologisches Grundbedürfnis ist, sondern erst in der Bundesrepublik

169 Vgl. hierzu exemplar. Dominik H. Enste u. Vera Erdmann, Mythen über die Mittelschicht. Informationen Roman Herzog Institut, in: Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte?, H. 9/2011, S. 10; Stefan Hradil, Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf... 2006, hier S. 40.

170 Vgl. Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Wiesbaden 2008.

171 Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen, 2007, S. 9.

172 Adelbert Evers, Über den Umgang mit Unsicherheit, 1987, S. 64.

173 Klaus Kraemer, Abstiegsängste in Wohlstandslagen, in: Nicole Burzan u. Peter A. Berger (Hg.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden 2010, S. 201-229, hier S. 202.

174 Helga Pelizäus-Hoffmeister, Unsicherheiten im Lebensverlauf um 1900 und um 2000, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33-34/2008, S. 25-31, hier S. 30.

175 Das heißt nicht, dass Angst nur aufgrund von Zukunftsunsicherheit entsteht. Jedoch ist es nur diese „sozial vermittelte Angst“, die hier im Fokus steht.

zum Symbol einer gesellschaftlichen Wertidee gerann.¹⁷⁶ Erst in dem Moment, in dem Gefahren und Unsicherheiten grundsätzlich als beherrschbar erschienen, konnte Sicherheit zu einem Basisthema der Gesellschaft werden.¹⁷⁷ Daraus folgt, dass Ängste auch immer kulturell geformt sind, durch Gesellschaften unterdrückt oder kultiviert, von ihnen legitimiert oder sanktioniert werden.¹⁷⁸ Gerade weil die Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit zeitgebunden sind, ist es offensichtlich, dass hier zunächst die genaue Bestimmung aus Sicht der sozialen Individuen notwendig ist.

Für die in den Fokusgruppen Befragten ist Sicherheit zunächst und vordergründig körperliche Unversehrtheit. Sie haben Angst vor Kriminalität, wenn sie am Abend allein durch die Straßen gehen, vor terroristischen Übergriffen oder vor Unfällen im Straßenverkehr. Sie fürchten sich vor unbekannten Krankheiten und Seuchen ebenso wie vor neuen und unbeherrschbaren Techniken. Als ein zweiter Angstproduzent werden auf Nachfrage Unsicherheiten bezüglich der persönlichen wirtschaftlichen Situation benannt, die eng an den Beruf gekoppelt sind. Doch nicht nur die Arbeitsplatzunsicherheit gilt als „Alptraum“, ebenso die Angst vor den enger werdenden finanziellen Spielräumen im Alter belastet. Schließlich äußern sie Furch davor, dass in Zukunft ein „ganz normales Leben“ nicht mehr möglich sein wird. Darunter fassen sie die Angst vor Verengung des Möglichkeitsraumes und den Verlust an Handlungschancen¹⁷⁹: „Urlaub“, „Job“ und „dass zu Hause alles läuft“ – all das soll für die Mitte möglichst auch in der Zukunft gelten.

Nur ein gutes Drittel der über einhundert Befragten aus den Teilprojekten über die Mitte in Nordrhein-Westfalen und die obere beziehungsweise untere Mitte in Göttingen glaubt, dass die *Gesellschaft* einer positiven Zukunft entgegengeht und weniger als ein Sechstel sieht für sich *persönlich* vertrauensvoll in die Zukunft. Zumindest geben sie dies zu Protokoll, wenn man sie direkt danach fragt. Zur Erschließung der Ursachen des (gefühlten) Verlustes an Sicherheit,

176 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart 1970, S. 13f; 45.

177 Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität, in: Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe, Historische und aktuelle Diskurse, Frankfurt a. M. 2003, S. 73-104, hier S. 93.

178 Jörg Bergmann, Paradoxien der Angstkommunikation. Über Verhalten und Modernität der Angst, in: Jahrbuch für Gruppenanalyse, H. 8/2002, S. 1-8, hier S. 1.

179 Auch Steffen Mau, Lebenschancen, 2012, S. 209.

müssen zunächst die Themen dechiffriert werden, die die Befragten mit der Zukunft verbinden. Die Teilnehmer sollten mit Hilfe der Frage nach einer idealen zukünftigen Gesellschaft sowie über die Entwicklung fiktiver Schlagzeilen ihre Affekte und Gedanken über die Zukunft verbalisieren. Hier schälten sich in allen Gruppen zwei immer wiederkehrende Themen heraus: Kinder und Energie. Über die Frage, wie es den Kindern in der Zukunft gehen wird, thematisierte die gesellschaftliche Mitte sozusagen die Ängste bezüglich ihrer *privaten* Entwicklung, während sie mit der Frage der Energiesicherheit eine *gesellschaftliche* Zukunft in den Blick nahm.

Die Befragten fürchten sich vor einer „Energiekrise“ aufgrund der Verknappung der natürlichen Ressourcen und der Abhängigkeit von anderen ressourcenreichen Staaten sowie vor einer massiven Preissteigerung von Strom, Öl und Gas. Eine Lösung sehen sie in der „Energiewende“. Für sie steht der Staat in der Pflicht, Elektroautos zu fördern, die Verbreitung von Solarstrom zu subventionieren und die Windenergie auszubauen. Wobei in einem Großteil der Gruppen die Forderung nach „sicherer Atomkraft“ – die allein für eine lückenlose Energieversorgung garantieren könne – nicht auf Widerspruch stieß. Damit offenbart sich auch ein großes Interesse der Befragten an der Umwelt- und Energiepolitik sowie die Anforderungen an die Politiker, dass diese für einen schonenden Umgang mit den Ressourcen und vor allem für Nachhaltigkeit verantwortlich sind.

Die individuelle Zukunft hingegen thematisieren die Befragten über Kinder, unabhängig davon, ob sie selbst Väter oder Mütter sind. Für den Nachwuchs wünscht sich die Mitte, dass er sich entfalten kann, einen Beruf findet, der ihm Spaß bereitet und den Lebensunterhalt sichert. Dabei soll es ihm nicht unbedingt „besser“ gehen, als ihnen selbst, sondern er soll möglichst den gewohnten elterlichen Lebensstandard halten. Ähnliches bestätigt auch die regelmäßig zu diesem Thema gestellte Frage des Allensbachinstitutes. Demnach wünscht sich eine Mehrheit von 57 Prozent der mittleren Einkommensklasse, dass es den Kindern später einmal genauso geht, wie ihnen selbst und lediglich 34 Prozent hoffen auf eine Besserstellung des Nachwuchses.¹⁸⁰

Wichtig in diesem Zusammenhang ist der Mitte der Gesellschaft der Erhalt der Handlungsspielräume und Lebenschancen für ihre Söhne, Töchter und Enkelkinder. Vor allem die Frage nach Chancen und Möglichkeiten bezogen die Befragten immer wieder auf die Bildungschancen ihrer Kinder, hier forderten sie „Chancengleichheit“ für die Zukunft ein. Gegenwärtig scheinen sie diese als nicht gegeben zu sehen, denn sowohl die obere als auch die untere soziale Mitte

180 Renate Köcher, Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, 2007, S. 670.

stellt fest, dass Chancen von der individuellen Ausbildung sowie von der sozialen Herkunft abhängig sind. Während auf der einen Seite einige Teilnehmer der Studie den Verlust an Chancen und den damit zusammenhängenden Druck artikulieren, thematisieren andere wiederum die positiven Folgen der aus ihrer Perspektive wahrgenommenen Chancen, wie Erfolg, Freiheit und Unabhängigkeit. Über alle Gruppen hinweg konnte diese Zweiteilung wahrgenommen werden in diejenigen, die Chancen als Verbreiterung ihrer Optionen wahrnahmen und diejenigen, die sich durch eine empfundene Reduktion der Chancen um einen Teil ihrer Zukunft bedroht sahen.

Die erste Gruppe ging mit dem Begriff der Chancen ganz selbstverständlich um und erweckte nicht den Eindruck, als ließen sie sich von den gebotenen oder auch nicht gebotenen Chancen und Möglichkeiten unter Druck setzen. Eine Ursache dieses selbstbewussten Umgangs kann darin liegen, dass die Gewinner von knappen Status- und Berufspositionen prinzipiell die Chancen innerhalb einer Gesellschaft als gerechter und fairer empfinden als die Verlierer.¹⁸¹ Da hier jedoch die positive Konnotation im Zusammenhang mit den zukünftigen Chancen bei den Teilnehmern unabhängig vom Status oder dem Alter beobachtet werden konnte, bietet sich angelehnt an das Konzept der gesellschaftlichen Exklusion von Heinz Bude noch eine andere Erklärung an. All jene, die der objektiv benachteiligten Lage zum Trotz das Gefühl haben, ihr „Leben meistern zu können“, sind lediglich marginalisiert, aber nicht aus der Gesellschaft exkludiert, denn für Bude ist die „subjektive Wahrnehmung der eigenen Chancenlage“ letztlich *das* Merkmal der Exklusion.¹⁸² So sind diejenigen, die sich eigentlich am unteren Rand der Mitte befinden nicht zwangsläufig pessimistischer bezüglich ihrer zukünftigen Chancen, weil sie sich, mit den Worten der Befragten, ein „zweites Standbein aufgebaut“ haben oder sich ständig darum bemühen, dass die „Möglichkeiten offen gehalten werden“.

Daneben konnte eine Gruppe von Individuen identifiziert werden, die den Begriff der Chancen beinahe als Zumutung empfindet. Eben jene nimmt den Widerspruch wahr, dass sich Bildung zwar als Chancenerweiterungsmaschinerie inszeniert, diesem Anspruch aber nicht gerecht wird.¹⁸³ In ihren Augen werden sich die Chancen in der Zukunft drastisch reduzieren. Daher verflüchtigt sich für sie auch die Vorstellung von einer durchlässigen Gesellschaft. An einen sozialen

181 Vgl. Jodi O'Brien, *Social prisms*, 1999, S. 146.

182 Heinz Bude, *Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden*, 2006, S. 234.

183 Vgl. auch Heike Solga, *Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft*, 2005, S. 43.

Aufstieg glauben diese Befragten schon lange nicht mehr.¹⁸⁴ Dabei war es ein Teil der Gesellschaft jahrzehntelang gewohnt, dass sich seine Bemühungen und Leistungsanstrengungen auszahlen. Sie setzten auf das Funktionieren eines meritokratischen Systems, nachdem Chancengleichheit, persönliches Talent und Leistungsbereitschaft zum Erfolg führen. Sie nahmen Kürzungen der Sozialtransfers oder des Nettolohnes hin, passten sich der gewandelten Arbeitswelt an. Sie wurden Leiharbeiter, führten Wochenendbeziehungen oder erduldeten Doppelbelastungen – alles in der Hoffnung, dass sich ihr Einsatz auszahlen und ihr Engagement belohnt werde, sei es finanziell, sei es durch einen sicheren Arbeitsplatz oder durch die gesellschaftliche Anerkennung. Doch all dies gilt nun nicht mehr. Zumindest empfindet es ein großer Teil der Befragten so.

Durch diesen imaginierten oder tatsächlichen Druck ist dieser Teil der Mitte ängstlich und unsicher geworden. Individualisierung, der Bedeutungswandel der Familie und widersprüchliche Rollenmodelle zählen ebenso zu den empfundenen Repressalien wie die bereits erwähnten Sozialreformen, Steuererhöhungen, Subventionseinschränkungen und Veränderungen der Arbeitswelt. Auch die neue Erfahrung der temporären Arbeitslosigkeit oder die wachsende Zahl der Bekannten, die durch Scheidung oder Langzeitarbeitslosigkeit abgehängt wurden beziehungsweise nach langen Ausbildungszeiten den Sprung in die Arbeitswelt nicht schaffen, belasten jene Vertreter der Mitte mitunter stark. Megatrends wie die Globalisierung und Individualisierung legen sich lähmend um sie. Ihre Lebenszufriedenheit sinkt.¹⁸⁵

Ob es, zusammengefasst, um die eigene oder die gesellschaftliche Zukunft geht: die Mitte ist unsicher und ängstlich. Nur drei Prozent der Befragten sahen für sich und die Gesellschaft eine positive Zukunft. Verantwortlich für diese Unsicherheit und somit im Umkehrschluss für die Herstellung von Sicherheit sind aus Sicht der Befragten mehrere Faktoren: sie selbst, die Politik und schließlich die „Umstände“.

Offenbar ist ein großer Teil der Mitte derzeit von der Kontingenz überfordert. Sie weiß nicht, was das Morgen bringen wird. Die Unsicherheit der Zukunft, die zu Beginn der Moderne Möglichkeiten eröffnete und Freiheiten ver-

184 Ein Befund, der Umfragen zu Folge auf ein Drittel der Mittelschicht zutreffe. Vgl. Renate Köcher, *Das Bewusstsein der Mittelschicht*, 15.07.2008.

185 Vgl. Franz Walter, *Neue Panik in der Mitte*, in: *Internationale Politik*, Jg. 63 (2008), S. 92f.

sprach,¹⁸⁶ scheint gegenwärtig Belastung, Anspannung und Furcht zu produzieren. Für die Mitte ist die Zukunft offen, ungewiss und zufällig, eben kontingent. „Kontingent ist, was auch anders möglich ist und auch anders möglich ist, weil es keinen notwendigen Existenzgrund hat.“¹⁸⁷ Doch diese Kontingenz ist sowohl historisch als auch kulturell variabel¹⁸⁸ und scheint gegenwärtig für die hier untersuchte gesellschaftliche Großgruppe eine andere zu sein, wie für die Mittelschicht fünfzig Jahre zuvor.¹⁸⁹ Da Kontingenz kein Übergangsstadium sondern ein Dauerzustand der postmodernen Gesellschaft geworden ist¹⁹⁰, müssen Kontingenzbewältigungsstrategien entwickelt werden. Hier konnten innerhalb der befragten Teilnehmer der Studie vier solcher Strategien identifiziert werden: die Herstellung einer „ambivalenzfreien Homogenität“,¹⁹¹ die Fiktionalisierung eines spezifischen Möglichkeitshorizontes, die Akzeptanz der Realität gepaart mit der Bewahrung des Erreichten und schließlich die Haltung des Pessimisten.

Die Methode der Herstellung einer ambivalenzfreien Homogenität kommt in letzter Konsequenz eher einer Kontingenzauflösung nahe. Die hier Befragten ziehen sich in eine Art „Nischengesellschaft“ zurück und begeben sich in eine Risikovermeidungshaltung. Für sie gibt es nur den einen, in ihren Augen meist fatalistischen, Weg. Sie imaginieren sich eine homogene Gesellschaft und glauben fest an die „meritokratische Realität“¹⁹², an der sie selbst, so ihre Annahme, nicht mehr teilhaben können. Sie bewerten ihre eigenen Zukunftschancen als äußerst gering. Überdies scheint für sie ein Handeln in der Zukunft nicht möglich, ihren Lebensweg beschreiben sie als fremdbestimmt und determiniert. Daneben konnte innerhalb der Bürgerproteststudie eine weitere Gruppe beobachtet werden, die Vielfalt, Antagonismen und Widersprüche dahingehend auflöst, dass sie an die Vision einer rationalen Planung für die Zukunft glaubt. In ihren Augen müssen nur sämtliche Fakten und Argumente zusammengetragen werden, aus denen sich dann schon eine „optimale Lösung“ konstruieren lasse. Für sie ist die Planung von komplexen Vorgängen eine Methode der Zukunftsbewälti-

186 Vgl. Michael Makropoulos, Kontingenz. Aspekte einer theoretischen Semantik der Moderne, in: *European Journal of Sociology*, Jg. 45 (2004), S. 369-399, hier S. 292.

187 Michael Makropoulos, *Theorie der Massenkultur*. München 2008, S. 33.

188 Ebd. S. 270.

189 Dies kann mit dieser Studie nicht belegt werden, jedoch legen all dies die oben angeführten soziologischen Untersuchungen nahe.

190 Richard Herzinger, *Republik ohne Mitte*, 2001, S. 23.

191 Michael Makropoulos, *Kontingenz*, 2004, S. 281.

192 Heike Solga, *Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft*, 2005, S. 212.

gung.¹⁹³ Ob dabei Interessen oder letztlich Individuen zurückbleiben und den Anschluss an diese Zukunft verlieren, steht bei jenen nicht im Aufmerksamkeitsfokus.

Eng an diesem Kontingenzmanagement, jedoch weniger exklusiv, operieren die „Pessimisten“. Für jene spezifisch ist die Überzeugung, dass mit der Wirtschafts- und Finanzkrise eine historisch einmalige Krisensituation seit 2008 eingetreten ist. Ihr Pessimismus, keine gesellschaftlich produzierte Disposition, sondern eine persönliche Anlage,¹⁹⁴ bezieht sich nicht zwingend auf alle Bereiche, sondern überwiegend auf ihre Zukunftsaussichten. In der Quintessenz entsteht auch hier, wie bei der Methode zur Herstellung einer ambivalenzfreien Homogenität, eine Art Überanspruch an Leistungen durch den Staat speziell für sie, die von den Folgen der Krise schließlich am härtesten betroffen seien. Rüdiger Graf hat durch die Arbeit über pessimistische und kulturkritische Autoren gezeigt, dass die schwarzseherische Rede über den Untergang eher ein metaphorischer Ausdruck für anstehende Veränderungen ist.¹⁹⁵ Auch Teile der hier befragten Individuen scheinen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen wahrzunehmen, können jedoch ihren Erfahrungsraum mit ihrem Erwartungshorizont nicht zusammenbringen. Durch das Misslingen dieser Transformationsleistung identifizieren sie für sich keinerlei Chancen oder positiven Zukünfte. Für die Pessimisten war in der Vergangenheit alles anders, als sie es in der Gegenwart wahrnehmen und wird auch alles anders sein, als sie es sich für die Zukunft eigentlich wünschen.

Diejenigen hingegen, die die Realität akzeptieren und das Erreichte für die Zukunft bewahren wollen, verfügen in diesem Punkt über mehr Zuversicht und Hoffnung. Für sie bedeutet Sicherheit oftmals materieller Wohlstand und Kontingenz ist ein akzeptierbarer „Normalzustand“¹⁹⁶ geworden, den sie nicht nur vollziehen, sondern in dem sie aktiv handeln.¹⁹⁷ Dennoch messen sie weder der

193 Helmut Schelsky, Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt, Jg. 17 (1966) H. 2, S. 155-172, hier S. 160.

194 Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933, München 2008, S. 90.

195 Ebd. S. 97.

196 Michael Makropoulos, Modernität als Kontingenzkultur. Konturen eines Konzept, in: Gerhart von Graevitz u. Odo Marquard (Hg.), München 1998, S. 55-79, hier S. 72.

197 Nach Michael Makropoulos, Tendenzen der Zwanziger Jahre. Zum Diskurs der klassischen Moderne in Deutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 39 (1991), S. 675-687, hier S. 682.

Gegenwart noch ihrer semipositiven Zukunft eine große Bedeutung bei beziehungsweise versprechen sich einen langen Bestand dessen. Oftmals wünschen sich all jene mehr Zufriedenheit „mit dem, was man hat“. Sie hoffen, erwarten aber keine Stabilität und versuchen, sich den Gegebenheiten anzupassen.

Daran schließt sich ein letztes, hier beobachtetes, Kontingenzmanagement, an: die Fiktionalisierung eines spezifischen, jedoch imaginierten Möglichkeits-horizontes. Diese zahlenmäßig recht große Gruppe besteht aus den Prototypen der „Multioptionsgesellschaft“. Sie nehmen die Zukunft als „wachsenden Raum der Chancen“¹⁹⁸ wahr, ein Tatbestand, den sie als „großartig“ bezeichnen. Gleichzeitig – und das ist das Überraschende – schüren sie den gesellschaftlichen Angstdiskurs beachtlich. Sie thematisieren permanent die Angst der anderen, die der jungen Leute, vor der ergebnislosen Suche nach einer Lehrstelle, die der Hartz-IV-Bezieher vor den steigenden Strompreisen, die der älteren Belegschaft vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Im selben Atemzug behaupten sie jedoch, bei dem Gedanken an die Zukunft selbst keinerlei Unsicherheit zu empfinden. „Ich bin nicht ängstlich!“. Für andere mag Fortschritt und Veränderung anstrengend sein, „für mich aber ist es toll“. Denn sie gehen „gelassen damit um“. In der Konsequenz bedeutet Sicherheit für diese Gruppe dann auch nichts anderes, als ihre „Schäfchen ins Trockene zu bringen“.

Für alle vier skizzierten Gruppen gibt es somit „unterschiedliche Zukünfte“,¹⁹⁹ und daher auch verschiedene Vorstellungen darüber, ob man sich sicher fühlt oder eben nicht. Doch gerade wenn man mit Kauffmann Sicherheit als einen „herstellbaren Zustand“ begreift, bei dem es nicht mehr um eine kontingente Zukunft, sondern um die Produktion einer „bestimmten“ Zukunft geht,²⁰⁰ muss konstatiert werden, dass dies nicht für alle hier beobachteten Individuen gleichermaßen gilt. Einigen gelingt es tatsächlich, produktiv innerhalb der Kontingenz zu agieren, sie müssen diese nicht zwingend auflösen.

Offensichtlich ist, dass der Zusammenhang zwischen verhältnismäßig niedriger Zukunftsangst auf der einen Seite und höherer Schulbildung sowie einem größeren Ausbildungsgrad auf der anderen Seite²⁰¹ nicht mehr gilt. „Der Riss in Bezug auf Sicherheit, Status und die erwartbare Kontinuität von Lebensumständen geht durch die Mitte selbst. Ein Teil lebt nach wie vor in gesicherten Ver-

198 Michael Makropoulos, *Theorie der Massenkultur*, 2008.

199 Auch Richard Herzinger, *Republik ohne Mitte*, 2001, S. 24.

200 Franz-Xaver Kaufmann, *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*, 1970, S. 357.

201 Wie noch von Kaufmann ermittelt, vgl. ebd., S. 364.

hältnissen, ein Teil wird immer verwundbarer.“²⁰² Um das zu verstehen, kann noch einmal Kaufmann bemüht werden: Sein über vierzig Jahre alte Befund, dass das Gefühl von Sicherheit und Unsicherheit erst durch das Zusammenspiel zwischen einer inneren Selbstsicherheit und einem Geborgenheitsgefühl sowie durch die Reduzierung der äußeren Gefahren hergestellt wird, scheint noch immer zu gelten. Umweltbedingungen allein – und das ist auch ein Ergebnis der vorliegenden Untersuchung – schaffen es nicht, Sicherheit zu vermitteln und lösen gleichzeitig ein umso größeres Angstgefühl aus, je fragiler sie werden. Dem kann die betroffene gesellschaftliche Mitte nur durch Selbstsicherheit, Orientierung an neuen, Sicherheit vermittelnden, Rahmen oder Forderungen nach Kontrolle über die vorherrschenden Gefahren begegnen. Sicherheit jedenfalls ist nur durch eine Kombination aus diesen inneren und äußeren Faktoren möglich. Und gerade dieses Zusammenspiel ist eine Vermittlungsleistung, die – so die Befragten – durch die Gesellschaft und Politik unterstützt werden müsste,²⁰³ denn genau diese Vorstellungen von einer funktionierenden Gesellschaft und über „gute Politik“ schälten sich in den Fokusgruppen heraus.

202 Oskar Niedermayer, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*. Wiesbaden 2001, S. 89.

203 Franz-Xaver Kaufmann, *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem*, 1970, S. 357-359.